This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Ger
3435
207

3 2044 010 407 252

Pachnicke Liberalismus als Kulturpolitik

Digitized by Google

Ger 3435.207

Harvard College
Library

FROM THE FUND BEQUEATHED BY

Archibald Cary Coolidge

Class of 1887

PROFESSOR OF HISTORY
1908–1928

DIRECTOR OF THE UNIVERSITY LIBRARY
1910–1928

Digitized by Google

Liberalismus als Kulturpolitik.

Von

Dr. Hermann Pachnicke,

Mitglied des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses.

Berlin 1907.
Verlag von Rosenbaum & Hart.

Digitized by Google

Ger 3435.207

HARVARD COLLEGE LIBRARY
COOLIDGE FUND

FEB 5 1943

F

Digitized by Google

Der Frontwechsel.

Zweierlei soll der Politiker vermeiden, er soll nicht prophezeien und nicht verzweifeln. Die Verhältnisse des öffentlichen Lebens sind viel zu mannigfaltig und verwickelt, als daß sich ihre künftige Gestaltung genau voraussehen ließe. Schicksalsfälle und seelische Wandlungen auf seiten der Regierenden, Stimmungswechsel im Volke, internationale Verschiebungen können die Dinge plötzlich zum Bösen, doch auch ebenso zum Guten wenden. Ein einziges nicht in Rechnung gezogenes Ereignis, und das Bild der Lage ist verändert.

So war es in der inneren Politik Deutschlands nach der Reichstagswahl von 1907. Bis dahin bildeten die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen die Stützen der Regierung, und in dieser Gruppierung durfte sich das Zentrum als der einflußreichste Faktor fühlen; denn es war zugleich imstande, wenn ihm die eine Koalition nicht behagte, eine andere zu schaffen, indem es sich mit der Sozialdemokratie und anderen Gruppen der Linken verband. So gab es zwischen rechts und links den Ausschlag, ganz wie es ihm gefiel und nützte. Aus dieser Vormachtstellung ist es jetzt verdrängt. Die Sozialdemokratie kann dem Zentrum mit ihren beinahe auf die Hälfte zusammengeschmolzenen Stimmen nicht mehr helfen, und die Konservativen wollen oder sollen es nicht mehr. Fürst Bülow wünscht künftighin mit den Konservativen, den Nationalliberalen und den Freisinnigen zu regieren. Er hofft, so verschieden die Bestandteile der neuen Mehrheit sind, doch eine Linie zu finden, die sich ungefähr in der Mitte zwischen ihnen hält, und auf welche alle sich vereinigen können. Bisher

Digitized by Google

nahm er die vorhandene Kräfteverteilung hin wie der Schiffer den Wind. Jetzt steuert er den eigenen, selbstgewählten Kurs.

Darin liegt für ihn ein Zwang und eine Gefahr, ein Zwang insofern, als er künftig nicht nur konservativen, sondern auch liberalen Wünschen entgegenkommen muß, eine Gefahr insofern, als, wenn der Blockversuch scheitert, der Reichskanzler dies mit dem Amte, das er liebt, bezahlen muß. Zweimal macht man eine solche Wendung nicht. Die Autorität wäre vernichtet, der Spott der ganzen Welt herausgefordert, wenn derselbe Mann, der das Zentrum ausgeschaltet hat, es wieder zu Gnaden aufnehmen wollte.

Dieser inneren Notwendigkeit verdankt es der Freisinn, der so lange abseits gestanden hat, daß er zu Einfluß gelangte. Er stellt in der neuen Mehrheitskombination nicht selten geradezu das Zünglein an der Wage dar. Von seinem Votum hängt das Schicksal wichtiger Gesetzesvorlagen und Etatsforderungen ab. Versagt er die Genehmigung, so können Schwierigkeiten bedenklichster Art entstehen.

Wollte er aus dieser Lage keinen Vorteil ziehen, so beginge er eine unverzeihliche Torheit. Das Korn, das sich der Sense bietet, muß geschnitten werden. Der Freisinn darf sich nicht wiederum dem Vorwurf aussetzen, eine Gelegenheit, die sich ihm bot, verpaßt zu haben. Schon einmal, im Jahre 1893, wollte ihn die Welle tragen. Er aber warf sich ihr entgegen und wurde überflutet. Diesmal muß er die Gunst der Stunde nutzen und im Interesse seiner selbst wie des Vaterlandes den ernsthaften Versuch unternehmen, der Politik einen Ruck nach vorn zu geben.

Der Kleinmut spricht von möglicher Enttäuschung, die Mißgunst warnt vor der Rolle des Düpierten. Als enttäuscht und düpiert stände aber der Liberalismus doch nur dann da, wenn er Opfer des Intellekts brächte und nachher um den Lohn betrogen würde. Der Freisinn hat indes um der Blockpolitik willen nicht einen einzigen Grundsatz preisgegeben und gibt auch künftig keinen preis. Er bewilligte aus Rücksichten der Kriegsbereitschaft den dreizehnten Haupt-

Digitized by Google

mann, er half die Kolonialabteilung zum Range eines Staatssekretariats erheben, genehmigte die koloniale Militärorganisation unter Verhütung ihres Übergewichts über die Zivilverwaltung. Liegt darin eine Verletzung des liberalen Prinzips? Es waren sachliche Gründe, welche zu der eingenommenen Haltung führten; es war das gesteigerte Verantwortlichkeitsgefühl, das dazu zwang, von dem bequemeren Standpunkt der Verneinung abzurücken.

Der Freisinn hat in nationalen Fragen nicht versagt, das ist alles. Das aber war doch grade die Sehnsucht der Besten, der Weitestblickenden im liberalen Lager. Wie oft ist verkündet worden, daß Militärfragen keine Parteifragen, Ziffern keine Prinzipien sind! Diese Erkenntnis hat sich Bahn gebrochen, diese Stimmung ist die herrschende geworden. Darin liegt ein parteipolitischer, ein nationaler Gewinn und nicht die geringste Verleugnung des liberalen Programms.

Für Bewilligungen solcher Art kann auch kein Lohn beansprucht werden; denn sie sind Pflicht und Schuldigkeit der Parteien, welche den Elementartrieb jedes Staates nach Selbstbehauptung anerkennen.

Daneben gibt es freilich Angelegenheiten, in denen das Für und Wider sich ungefähr die Wage hält und recht wohl besondere Gewichtstücke in die eine oder andere Schale gelegt werden können. Da gilt der Grundsatz von Leistung und Gegenleistung. Da wünscht, wer geben soll, zu nehmen. Das sind die Gelegenheiten, in denen man versucht, von den Parteiidealen soviel wie möglich ins Leben einzuführen. Kühlen Kopfes, klaren Blickes stellt man seine Bedingungen, und erfüllt wird Zug um Zug. In der Politik hat die Sentimentalität keinen Raum, das wußte niemand besser als Fürst Bismarck, der es offen aussprach, daß das do ut des eine Sache ist, die im Hintergrunde steht, auch wenn man anstandshalber nicht davon spricht.

Als diejenigen Forderungen, die sich bereits im nächsten Winter erfüllen sollen, gelten ein von alten Vorurteilen

Digitized by Google

losgelöstes Vereins- und Versammlungsrecht und eine Börsennovelle im Reich, die Durchführung der Fachaufsicht über das Schulwesen in Preußen, im weiteren Verlauf eine der Bevölkerungsverschiebung angepaßte Neueinteilung der Wahlkreise für das Reich und für Preußen, verbunden mit derjenigen Abänderung preußischer Wahlvorschriften, die vor oder nach den allgemeinen Landtagswahlen eine Mehrheit findet. Dies alles nicht nur, weil es liberale Wünsche, sondern auch, weil es Staatsnotwendigkeiten sind.

Das Aktionsprogramm ließe sich leicht erweitern, wenn Wollen und Können, Fordern und Erreichen eins wäre. Doch leider wird das Tempo der Annäherung an die letzten liberalen Ziele kein rasches sein. Mit 50 unter den 397 Stimmen des Reichstags, mit einigen 30 unter den 433 des preußischen Abgeordnetenhauses ist eine liberale Ära nicht heraufzuführen. Erst eine höhere Mandatsziffer berechtigt zu größeren Ansprüchen. Diese entscheidende Tatsache wird jeder beachten, der die Dinge sieht und nimmt, wie sie sind, und nicht nur Schaum schlägt.

Der Staatsmann denkt anders als der Parteimann. Jener will die Staatsmaschine in Gang erhalten, dieser sein Parteiprogramm verwirklichen. Der erstere sucht alle Gruppen, die er für seine Zwecke braucht, in gute Stimmung zu versetzen. Dem letzteren liegt zuvörderst an der eigenen Position.

Gegensätze und Reibungen sind dabei unvermeidlich. Die Erfüllung der Wünsche des linken Flügels würde die Abstoßung des rechten bedeuten und umgekehrt. Zwischen diesen widerstrebenden Tendenzen muß ein Ausgleich gesucht werden, bei welchem sowohl die Regierungs- wie die Parteiinteressen gewahrt bleiben. Die Parteien brauchen auf keine ihrer Forderungen zu verzichten; aber sie müssen ein Verständnis dafür haben, daß nicht jede derselben sofort in Erfüllung gehen kann. Nur solche Gegenstände dürfen zu gesetzgeberischer Behandlung ausersehen werden, die ein Kompromiß zulassen, und

Digitized by Google

das Kompromiß darf keinem Teile unerschwingliche Opfer auferlegen.

Das gilt, soll ein Zusammenwirken möglich werden, für Konservative wie für Liberale. Würden die Konservativen den zum äußersten geneigten Elementen in ihren Reihen die Zügel schießen lassen, würden sie im Reichstag oder, wo sie es nach ihrer Zahl noch mehr vermöchten, im preußischen Landtag rücksichtslos reaktionäre Politik treiben wollen, so wären die Absichten des Fürsten Bülow von vornherein vereitelt.

Ebenso hat der Freisinn, wenn er Mitarbeit leisten und nicht bloß sein Glaubensbekenntnis hersagen will, zwischen dem zu unterscheiden, was zurzeit erreichbar ist, und dem anderen, was darüber hinaus wünschenswert bleibt. Ist das Ganze nicht zu haben, so muß der Teil genommen werden. Kein Fortschritt erscheint wertlos, der sich in der Richtung auf das angestrebte Ziel bewegt. Das mag denen, die gewohnheitsmäßig ore rotundo sprechen, zu bescheiden klingen. Trompetengeschmetter wäre ihnen lieber. Doch wenn hinter den Trompetern keine Truppe, hinter den großen Worten nicht die Macht steht, ihnen Geltung zu verschaffen, dann wird nur die Luft erschüttert. Zu so harmlosen Vergnügungen sind Parteien nicht da. Ohne die Richtungslinien zu vergessen, die über den Tag hinausweisen, sollen sie die Forderung des Tages erkennen und, indem sie ihr genügen, so viel für sich zu profitieren suchen, als nur irgend möglich ist. Lassen sie sich dabei auch Abschlagszahlungen gefallen, so ist das keine Charakterschwäche, sondern ein jedem Mann der Praxis geläufiges Gebot der Klugheit. Die Leidenschaft hat noch stets gerufen: Alles oder Nichts, während die Vernunft mahnte: Etwas ist besser als Nichts. Die Vernunft aber behält recht. Mit Erfolgen, auch mit kleineren, wächst zugleich die Werbekraft sicherer als mit bloßen Konfessionen.

In dieser Überzeugung wird man nur bestärkt durch die Erwägung der Folgen, die eintreten müßten, sobald man

Digitized by Google

anders verführe. Bricht der Block auseinander, dann tritt das Zentrum in die Lücke. Wir hätten wieder die wahrscheinlich von den Nationalliberalen unterstützte konservativ-klerikale Koalition. Sie würde Übles tun, das sich andernfalls verhindern ließe, und Gutes unterlassen, das sonst erreichbar wäre. Die Spuren schrecken. Seit Ende der siebziger und noch mehr seit den neunziger Jahren hat diese rückständige Mehrheit Deutschland regiert. Und nun sollte die erste Gelegenheit, ihr Halt zu gebieten, unbenutzt vorübergehen?

Freilich, auch die jetzige Lage kann sich ändern. Ewig war die Vorherrschaft des Zentrums nicht, ewig wird auch die Blockpolitik nicht sein. Aber solange die Dinge bleiben, wie sie sind, solange hat der Freisinn Recht, zu handeln, wie er handelt.

Wie der Freisinn dem Zwang der Verhältnisse Rechnung tragen muß, so erst recht der Reichskanzler. Sein Nachfolger könnte mit dem Zentrum gehen, er selber kann es nicht. Rücksichten der Selbsterhaltung nötigen deshalb, wie wiederholt hervorgehoben werden muß, den Fürsten Bülow, den liberalen Wünschen soweit entgegenzukommen, als dies mit der Auffassung der übrigen Blockgruppen verträglich ist.

Fürst Bülow mag es daher dem Freisinn nicht verargen, wenn dieser gerade jetzt seine grundsätzlichen Forderungen mit erhöhtem Nachdruck anmeldet. Die politische Lage gebietet dies. Aber auch unter anderen Gesichtspunkten erscheint es zweckmäßig, einmal wieder den Gedankengehalt des Liberalismus darzulegen, den Kern der freiheitlichen Staatsanschauung aus der Schale zu lösen und ihn Freunden wie Gegnern, Regierenden wie Regierten vorzuweisen.

Das ist die Aufgabe der vorliegenden Schrift. Sie will nicht die Partei verpflichten; die Verantwortung trifft vielmehr den Verfasser ganz allein. Aber sie hält sich wohl mit der Stimmung der besonnenen Liberalen im Einklang, wenn sie, Verblaßtes auffrischend, Schiefes gerade richtend, die Bedürfnisse der neuen Zeit in den Vordergrund

Digitized by Google

rückend, einen Liberalismus zu zeichnen sucht, der der Gegenwart gerecht wird und Anwartschaft auf eine Zukunft hat.

Über Einzelheiten kann man verschiedener Ansicht sein. Einmütigkeit aber besteht in dem Grundgedanken, der auf die Entfaltung der Persönlichkeit, auf die Wohlfahrt der Gesamtheit, auf den Fortschritt der Kultur hinweist. Frei soll das Vaterland sein, auf daß jeder seine Kräfte regen kann; stark soll es sein, auf daß es seine Stellung in der Welt behauptet. Das war das Ideal, dem die Dichter entgegenjubelten, die Denker das Wort redeten, die Kämpfer ihr Schwert weihten, nicht aber ein rückständiges, von sozialen Kämpfen zerklüftetes, unter das Joch einer einzelnen Klasse gebeugtes Reich. Vorurteilslose Erfüllung des Rechts-, Macht- und Wohlfahrtszweckes, eine Fortentwicklung voll Zuversicht, ein froher Glaube an die geschichtliche Sendung des deutschen Volkes, das ist's, was alle Liberalen auch heute noch beseelt. Unter diesen Gesichtspunkten will alles Folgende betrachtet sein.

Digitized by Google

Gewissensfreiheit.

Entgegen dem Zuge der Zeit stellen wir die geistigen Interessen den wirtschaftlichen, die Verfassungs- den Verwaltungsfragen voran. Zunächst verlangen wir Gewissensfreiheit. Auf dem religiösen Leben der Gegenwart lastet ein schwerer Druck. Der Orthodoxie gilt ein überkommener Bestand an Glaubenssätzen und an Wundern für unantastbar. Wer daran zweifelt, wird verfolgt, zwar nicht mehr mit brennenden Scheiten und quälenden Foltern, nicht mehr mit Acht und Bann, wohl aber mit Anheftung eines moralischen Makels, mit Nichtbestätigung oder Absetzung. Es ist keineswegs nur die katholische Kirche, der jeder Glaubenssatz ein Rechtsgebot bedeutet; auch die evangelische Kirche straft Abweichungen von den Grundlagen der Bekenntnisschriften. Wir brauchen die Namen der Opfer nicht zu nennen. Es genügt, den Widerspruch hervorzuheben, in welchem der Starrsinn und die Verfolgungssucht der Buchstabengläubigen zu der wissenschaftlichen Weltanschauung steht.

Immer tiefer dringt der Blick des Menschen in das Innere der Natur, immer mehr Geheimnisse ringt er ihr ab. Heller und heller wird es, weiter und weiter weicht die mittelalterliche Bildung vor der modernen zurück. Eine unendliche Fülle von Formen enthüllte sich dem suchenden Auge. Die winzige Zelle offenbarte sich als der Elementarorganismus, aus dessen Gewebe der Körper der Pflanzen, der Tiere und der Menschen entsteht. In der mikroskopischen Untersuchung des Kleinsten, in der teleskopischen Erforschung des Fernsten sind gewaltige Fortschritte gemacht.

Leuchtend ging dem neunzehnten Jahrhundert das Gesetz

Digitized by Google

von der Unzerstörbarkeit des Stoffes und von der Erhaltung der Kraft auf. Gemeingut der Wissenschaft ist der Gedanke der Entwicklung geworden, und nur über die Form, in der sie sich vollzieht, wird noch gestritten. Von allen Seiten trat man an das Religionsproblem heran, auch von der Seite der Völkerpsychologie und der Sprachforschung. Wir kennen heute den Zusammenhang der ursprünglichen kosmogonischen Anschauungen mit der Eigenart der primitiven Menschenseele. Wir wissen, daß die Phantasie aller Völker, der christlichen wie der nichtchristlichen, ihre goldenen Fäden um die unverstandenen Naturgewalten und Naturerscheinungen spann, daß der einfache Sinn des Naturkindes das Bewegte als beseelt, das Mächtige als göttlich denken mußte. Wir sind darüber unterrichtet, wie die Vielheit der Götter und der Geister zur Einheit strebte und wie der Grund alles Werdens zuletzt nicht mehr in dem Gebote einer über Wolken thronenden Persönlichkeit, sondern in Naturgesetzen gefunden wurde, jenen ewigen, ehernen, großen Gesetzen, nach denen wir alle unseres Daseins Kreise vollenden.

Die Orthodoxie aber will den Menschen des zwanzigsten Jahrhunderts zu dem Glauben an eine willkürliche Durchbrechung der Naturgesetze zwingen. Die staatlichen Organe, die sie in diesem Anspruch unterstützen, scheinen den Mangel an Folgerichtigkeit nicht zu fühlen, dessen sie sich dabei schuldig machen. Einerseits gibt der Staat durch Errichtung naturwissenschaftlicher Professuren und Laboratorien Gelegenheit zur freien Forschung, errichtet Universitäten, deren Lehrer als ihr höchstes Ziel die Voraussetzungslosigkeit der Wissenschaft betrachten müssen. Andererseits sucht er zu hindern, daß die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Arbeit über die gelehrten Kreise hinausdringen, daß auch die Massen von den Früchten am Baume der Erkenntnis kosten. Für die Unterschichten der Gesellschaft sollen die großen Bahnweiser nicht gelebt haben, die den Kosmos von Kräften redlich und unbefangen in einen Kosmos von Gedanken umzuschaffen suchten. Auf den Schulkathedern und Kanzeln

Digitized by Google

soll der Mythos und das Dogma herrschen. Was selbst ein milder Mann wie Harnack im „Wesen des Christentums" als seine unerschütterliche Überzeugung ausspricht, „daß es als Durchbrechung des Naturzusammenhangs kein Wunder geben kann," darf ein Theologe in Preußen nicht verkünden.

Die Kultusminister, die das zuließen, scheinen vergessen zu haben, daß der Schutz der Religionsfreiheit den besten Traditionen des Hohenzollerntums entspricht. Es war der Prinzenerzieher Prof. Zorn, der vor etlichen Jahren in einer kleinen Schrift den Nachweis führte, daß die rechtliche Verwirklichung der Toleranzidee vorwiegend ein Verdienst der Regenten Brandenburg-Preußens ist, welche diesen Gedanken seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts gleichmäßig und ihrer Zeit vorauseilend zur Geltung gebracht haben, und daß die Religionsfreiheit, die die allgemeine Meinung vornehmlich auf die große Revolution zurückzuführen geneigt ist, schon preußisches Staatsgrundprinzip war, lange bevor jene Revolution unter Strömen Blutes das Menschenrecht der Gewissensfreiheit proklamierte.

Die von Zorn angeführten Belege sind sehr lesenswert, insbesondere alles das, was er von Friedrich dem Großen beibringt. Dieser Philosoph auf dem Thron schrieb einmal: „Die Theologen sind alle gleich. Immer wollen sie sich eine despotische Autorität über das Gewissen der Menschen anmaßen. Ihre Hand ist immer mit dem Bannstrahl bewaffnet, um das eingebildete Trugbild der Irr-Religion niederzuschmettern. Sie predigen Demut, eine Tugend, die ihrem eigenen Betragen fremd ist, nennen sich Diener eines Gottes des Friedens und haben doch zu oft ein Herz voll Haß." Eine andere Äußerung von ihm, die sich in seinem politischen Testament von 1751 findet, ist gleichfalls beherzigenswert. Sie lautet: „Die Katholiken, die Lutheraner, die Reformierten, die Juden und zahlreiche andere christliche Sekten wohnen in diesem Staat und leben da in Frieden. Ich suche sie alle zu vereinigen, indem ich ihnen zum Bewußtsein bringe, daß sie alle Bürger eines Staates sind, und daß man einen Menschen,

Digitized by Google

der einen roten Rock trägt, ganz ebenso lieben kann wie denjenigen, der einen grauen trägt." Es wäre gut, wenn dieser friderizianische Geist von neuem seine Schwingen regte und sich namentlich dem preußischen Unterrichtsministerium mitteilte.

Sogar auf die Universitäten möchte die Orthodoxie ihre schwere Hand legen und den ihr nicht genehmen Richtungen den Zugang sperren. Aber gerade hier müssen diese rückläufigen Bestrebungen mit besonderer Schärfe abgewiesen werden. Die Akademiker brauchen Wahrhaftigkeit; man darf sie nicht verpflichten, ihrer Arbeit da Grenzen zu ziehen, wo die Ergebnisse einem konfessionellen Dogma unbequem werden könnten; sie können nicht auf die Selbstachtung, auf die Achtung der Standesgenossen und der für den Seelenadel feinfühligen Jugend verzichten. Die voraussetzungslose Forschung ist das Palladium des Universitätsunterrichts, und alle, die bei der Anstellung von Universitätslehrern mitzuwirken berufen sind, mögen sich hüten vor dem, was nicht verziehen wird, vor der Verleitung zur Sünde wider den heiligen Geist. Als Mommsen bei Gelegenheit des „Falles Spahn" in diesem Sinne sprach, war es, als ob eine Flammengarbe aufstieg. Eine Universität nach der anderen sandte Zustimmungserklärungen. Schon vor ihm hatte Dahlmann einmal in gleicher Gesinnung gesagt: „Ich will als ein ehrlicher Mann aus dem Lande gehen und nicht meinen Zuhörern Lug und Trug als Wahrheit verkaufen." Nachher war es Professor Paulsen, der die Forderung der Voraussetzungslosigkeit im strengsten Sinne erhob, für die Philosophie sowohl wie für alle übrigen Wissenschaften. Keiner dürfe das Ziel vorgeschrieben werden, zu dem sie gelangen solle. Solche Worte weckten freudigen Widerhall in der ganzen gebildeten Welt.

Wir achten aufrichtige Frömmigkeit, wir spotten nicht der Glaubenslehren. Der Glaube hat mit dem zu tun, was sich der Beobachtung entzieht, die Wissenschaft mit dem, was sich wissen läßt. Wir halten beides streng auseinander und

Digitized by Google

erkennen in dem ersteren das Ergebnis einer Jahrtausende langen, psychologisch durchaus erklärlichen Entwicklung. Aber wir verlangen auch Achtung für Überzeugungen, die sich auf naturwissenschaftliche und prähistorische Forschung gründen, für die neue Religion, die das Wahre, Gute und Schöne verbindet, die das wissenschaftliche Erkennen, das sittliche Wollen, das Empfinden alles dessen pflegt, was die Alltagswelt verklärt. Der Liberalismus verpflichtet an sich zu keiner bestimmten Konfession. Es hat in seinen Reihen stets Anhänger der verschiedensten Kirchen, es hat darin Fromme und Freie gegeben. Die Meinung über die letzten, fernsten Dinge gilt ihm als das Allerheiligste der Menschenbrust. Aber die Freiheit der Meinungsbildung ist von ihm untrennbar. In ungehemmtem Wettkampf wird sich dartun, welcher der Richtungen die Zukunft gehört, und ob nicht eine Ethik, die, unabhängig vom Dogma, sicher in sich selbst ruht, Kraft genug besitzt, die Menschheit zu veredeln, — jene Ethik, die im Gefühl das Maß der Übereinstimmung oder des Streites zwischen den Wirkungen der Reize und den Bedingungen des Lebens erkennt, die die Lust als Lebenshelfer, den Schmerz als Warner vor Gefahr auffaßt, eine Unterordnung der niederen unter die höheren Gefühle, der niederen unter die höheren Zwecke fordert, den Blick auf die dauernden Interessen des Individuums, der Familie, des Staates lenkt.

Digitized by Google

Kunst.

Wie die Wissenschaft, die die Welt erhellt, so verlangt auch die Kunst, die die Welt verschönt, Bewegungsfreiheit. Hier wie dort bilden sich neben den alten neue Richtungen heraus und ringen nach Luft und Licht. Vom Staate ist zu verlangen, daß er allen Raum gewährt. Das übrige besorgen die hier tätigen Kräfte selbst. Auch für die Kunst gilt das Gesetz der Auslese; das Lebensfähige behauptet sich.

Gegen wirkliche Verletzungen des Feingefühls schützt das Strafgesetz in seiner jetzigen Fassung genugsam. Man braucht es nur anzuwenden, und man wird Schamlosigkeiten unterdrücken. Vor Maßregeln der Prüderie aber will die malende und meißelnde Hand ebenso wie die Feder des Bühnendichters geschützt sein.

Als ein Fortschritt ist es zu begrüßen, daß infolge der Reproduktionstechnik heute ein Schimmer von Schönheit bis in die letzte Hütte fällt. Die Kunst soll kein Luxus, sondern das tägliche Brot für das Volk sein. Sie stellt die Blüte des Völkerlebens dar. Als Bild der Vollendung, als feinste Frucht einer reichen Natur ist das Schöne ein Element der Freude und stärkt den Willen zum Leben. Diese erhebende Wirkung soll sich nicht nur auf wenige, sondern auf alle erstrecken. Dem ganzen Volke soll die Kunst gehören. Es waren Höhepunkte in der Geschichte, als der Demos von Athen zur Zeit des Perikles an der Tätigkeit seiner Künstler eifrigen Anteil nahm, als die Signorie von Florenz den Auftrag gab, einen Tempel zu schaffen, ehrwürdiger und herrlicher als irgend ein anderer in Toskana. Gelänge es, einen künstlerischen Enthusiasmus ähnlicher Art auch in deutschen Landen zu entzünden, dann zöge vielleicht eine neue Hoch-Zeit deutscher Kunst herauf. Ein Regiment des Schutzmanns und des Muckers kann diese Entwicklung nur stören.

Digitized by Google

Schule.

Vor etwa hundert Jahren schied ein Mann dahin, der zugleich ein warmherziger Förderer der Volksbildung und ein preußischer Junker war, Eberhard von Rochow. Er fragte sich und andere: „Sollte nicht jeder Staat große Vorteile davon haben, wenn zum Beispiel alle Menschen gewissenhaft würden? Sollte mit diesen Leuten, mit Soldaten, die auf diese Weise klug werden, sich nicht gut marschieren und ein Feldzug tun lassen?" Und er antwortete in jener Einfachheit, die alle seine Kundgebungen auszeichnet: „Ich dächte es wohl." Klug und verständig werden, heißt bei ihm nicht „arglistig, treulos, rebellisch und seines Berufes unwürdig werden". Darum stellte er den für seine Zeit immerhin bemerkenswerten Grundsatz auf, daß kein Kind während der Schulzeit Vieh hüten, andere Kinder warten, den Pflug treiben, kurz, von den Eltern zu Hantierungen gebraucht werden solle, die es abhalten, des Schulunterrichts zu genießen. Glücklich die Generation, deren führende Männer etwas von dem Respekt vor dem Wissen, der Rochow erfüllte, von der Liebe zum Volk, die ihn beseelte, in sich aufgenommen haben!

Seine Erziehungsgrundsätze sind heute noch keineswegs überall durchgedrungen. Bis zur Stunde gibt es einflußreiche Kreise, welche das Niveau des Volksschulwesens möglichst niedrig halten möchten. Sie fürchten, daß Bildung unzufrieden mache, und legen der Entwicklung der angewandten Pädagogik Hindernisse in den Weg. Anders der Liberalismus. Er kennt kein höheres Ziel als die Ausstattung jedes Menschen mit denjenigen Kenntnissen und Fertigkeiten, welche erforderlich sind, um den Kampf ums Dasein siegreich durchzufechten.

Digitized by Google

Er will, um das Ganze tüchtig zu machen, die Leistungsfähigkeit des einzelnen erhöhen; denn er weiß, daß mit kleinen Menschen wahrhaft Großes nicht zu erreichen ist. Was es seiner Volksschule entzieht, entzieht ein Volk sich selbst. Produktivere Ausgaben gibt es nicht als diejenigen für das Unterrichtswesen. Auch in Preußen sind diese Ausgaben gestiegen, von 4185297 Mark in 1849 auf 106356536 Mark in 1899 und seitdem weiter. Doch diese Steigerung genügt nicht, wenn das Schulwesen seiner Aufgabe gerecht werden soll.

Die Unterrichtsziele sind in mannigfacher Hinsicht höher als jetzt zu stecken. Liest man freilich die Reglements, so könnte man zufrieden sein. Durch den Unterricht im Deutschen soll der Schüler in Preußen die Befähigung zum freien Ausdruck seiner Gedanken im einfachen und zusammengesetzten Satz, sowie zur freien und richtigen Wiedergabe fremder Stoffe, zur Ordnung und klaren Darstellung der eigenen Gedanken gewinnen. Das Pensum in der Raumlehre scheint ebenfalls weit genug gegriffen. Über den Geschichtsunterricht heißt es in den preußischen Bestimmungen: Soweit sie dem Verständnis der Kinder zugänglich sind, werden die kulturhistorischen Momente in die Darstellung mit aufgenommen. In dem naturkundlichen Unterricht sind die Schüler zu einem annähernden Verständnis derjenigen Erscheinungen zu führen, welche sie täglich umgeben. In der mehrklassigen Schule ist dieser Stoff so zu erweitern, daß das Wichtigste aus der Lehre vom Gleichgewicht und der Bewegung der Körper, vom Schall, vom Licht und von der Wärme, vom Magnetismus und der Elektrizität geläufig wird. Selbst hinsichtlich des Religionsunterrichts läßt der Stand der Akten nur wenig zu wünschen; denn darin ist zu lesen, daß geistloses Einlernen und eine Überlastung des Gedächtnisses vermieden werden soll.

In der Praxis aber gestalten sich die Dinge minder gut. Wie sollen die Unterrichtsziele erreicht werden, wenn in der einklassigen Volksschule auf Rechnen und Raumlehre zusammen in der Unter- und Mittelstufe nur je 4, in der Ober-

Digitized by Google

stufe nur 5 Unterrichtsstunden entfallen, auf Realien in der Unterstufe keine, in der Mittel- und Oberstufe nur je 6 Stunden, in der mehrklassigen Schule auf Rechnen in der Unter- und Mittelstufe je 4, auf Raumlehre in der Unter- und Mittelstufe gar keine und in der Oberstufe nur 2 Stunden entfallen? Würden aber selbst die Realfächer auf Kosten der Choräle und Bibelstellen begünstigt, wie kann bei der vielfach herrschenden Überfüllung der Klassen der Lehrer sich mit den einzelnen Schülern ausreichend beschäftigen? Schon nach den Verordnungen ist die zulässige Schülerfrequenz für preußische Volksschulen mit 80 bei einklassigen, mit 70 bei mehrklassigen zu hoch gegriffen. Tatsächlich kommen Schülerzahlen vor, die vom pädagogischen Standpunkt einfach ungeheuerlich sind.

Was den Religionsunterricht anbetrifft, so drückt der geistliche Schulinspektor auf die tunlichst weite Ausdehnung desselben, und so mancher Lehrer, der es mit seinem Vorgesetzten nicht verderben will, gibt diesem Drucke nach. Im Geschichtsunterricht machen sich ähnliche Einflüsse bemerkbar. Man verwechselt nicht selten das patriotische Interesse mit dem dynastischen und treibt einen Gesinnungsdrill, welcher der Charakterentwicklung nur schaden kann. Wohl soll echte Vaterlandsliebe tief in die jungen Herzen gepflanzt werden, doch nicht auf Kosten der historischen Wahrheit. Alles Parteiische bleibe der Schule fern.

In den Unterstufen sollte der Unterricht der Kinder aller Stände gemeinsam sein und damit für Preußen eine Einrichtung getroffen werden, die in Süddeutschland und in mehreren Auslandsstaaten längst besteht und auch in Preußen früher bestand. Pädagogische Gründe für die Trennung der Kinder nach den Vermögensverhältnissen der Eltern lassen sich nicht anführen. Daher fort mit den Vorschulen, soweit dieselben aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden! Wer sein Kind durchaus in eine besondere Schule schicken will, mag dies tun; nur soll er dann die Kosten selber tragen.

Digitized by Google

Ebensowenig zerreiße man die Jugend unseres Volkes nach dem Bekenntnis, kehre vielmehr das Gemeinsame aller Glaubenslehren, ihren sittlichen Gehalt hervor. Nur dann bildet sich das Zusammengehörigkeitsgefühl heraus, das die Bewohner eines Landes erst zum Volke macht. Die Simultanschule ist zwar nicht Selbstzweck und nicht der Gipfel der Vollendung; die Entwicklung weist vielmehr noch über sie hinaus. Aber eine Position im Kampf um geistige Freiheit ist sie unter allen Umständen, und als solche muß sie, einmal erreicht, behauptet werden. Von den nationalen Bedenken abgesehen, drohen der übergroßen Mehrzahl der Konfessionsschulen, die das Volksschulgesetz in Preußen zur Regel machte, erzieherische und hygienische Mängel. Man hat mit unentwickelten Schulsystemen für die Minderheit, in kleineren Ortschaften mit unentwickelten Schulsystemen für beide Konfessionen und mit weiten Schulwegen für die Kinder zu rechnen. Unser Volksschulwesen ist damit um eine erhebliche Wegesstrecke zurückgeworfen worden. Um so dringender wird die Notwendigkeit, künftig auf dessen schleunige Fortentwicklung bedacht zu sein.

Die Aufsicht über das Volksschulwesen gebührt Fachmännern, nicht Geistlichen. In der Schule ist der Staat der Herr und nicht die Kirche. Für die Ausübung staatlicher Funktionen aber können immer nur zweckmäßig vorgebildete Kräfte in Betracht kommen. Zu Kreisschulinspektoren sind Männer zu ernennen, welche sich im Volksschuldienst bewährt haben, ebenso zu Ortsschulinspektoren, so lange die letztere Institution noch besteht. Die Schularbeit kann nur richtig beurteilt und die Schulpflege nur ordnungsmäßig von denen geübt werden, welche die Pädagogik in allen ihren Verzweigungen eingehend studiert und sich in langjähriger praktischer Tätigkeit als tüchtige Lehrkräfte bewährt haben. Ohne den Geistlichen zu nahe zu treten, darf man es aussprechen, daß sie nicht Schulmänner in dem Sinne sind, wie es Schulaufsichtsbeamte sein müssen. Hieraus aber ergeben sich Folgen, die im Interesse der Schule nicht zu

Digitized by Google

wünschen sind. Die Arbeitsfreudigkeit eines erfahrenen und tüchtigen Lehrers kann es nicht heben, wenn er sich sagen muß, daß derjenige, der seine Arbeit beurteilen soll, nicht den Einblick in die Schwierigkeiten und Bedingungen hat, von denen der Erfolg abhängt. Anderseits kann der weniger geübte Lehrer von einem solchen Aufsichtsbeamten nicht die Förderung erfahren, die im Interesse der Schule und seiner selbst zu wünschen ist. Eine nicht geringe Zahl von Geistlichen hat ja auch schon selbst verlangt, von dem Nebenamt als Schulinspektor entbunden zu werden. Anderseits verfügt der Lehrerstand über eine genügend große Zahl tüchtiger Männer, die sich zu Schulaufsichtsbeamten eignen. Die Verwendung solcher Lehrer im Schulaufsichtsdienste würde ein Ansporn zu regem Weiterstreben, zur Hebung des Lehrerstandes und der Schule sein. Das ist nicht nur die Auffassung des preußischen Lehrervereins, der sich kürzlich in diesem Sinne geäußert hat, sondern der ganzen deutschen Lehrerschaft.

Gegenwärtig wird innerhalb der preußischen Monarchie die Aufsicht über das Volksschulwesen in der Lokalinstanz nur nebenamtlich gegen eine Remuneration, in der Kreisinstanz haupt- und nebenamtlich wahrgenommen. Im Jahre 1906 existierten 331 Kreisschulinspektoren im Hauptamt. Die nebenamtliche Kreisschulinspektion sowie die Ortsschulinspektion wird meist von Geistlichen, letztere zum Teil auch von den Kreisschulinspektoren verwaltet. Die tatsächlichen Verhältnisse stehen also mit den hier zu stellenden Anforderungen keineswegs in Einklang.

Auf der gemeinsamen Grundlage des elementaren Unterrichts soll sich ein reichgegliederter Oberbau je nach den praktischen Bedürfnissen erheben.

Die heutige Zeit fordert ein besseres Rüstzeug als die frühere. Immer heißer wird die Konkurrenz. „Wie in der Natur die Zweige mit den Zweigen um den volleren Lichtstrahl streiten, wie der Halm sich heben will über den Halm, um ihn zu unterdrücken," so neiden auch in der wirtschaftlichen Welt die Existenzen sich den Raum. Der Stärkere behauptet

Digitized by Google

sich, der Stärkere aber ist der Gebildetere. Bildungsarbeit muß deshalb auch an den der Schulpflicht Entwachsenen grade in dem für die Entwicklung bedeutsamsten und zugleich gefährlichsten Übergangsalter verrichtet werden. Ein ganzes Netz von Fortbildungs- und Fachschulen soll sich über den Staat ausbreiten, nicht nur über die Städte, sondern auch über die Dörfer. Den ländlichen Fortbildungsschulen wurde bisher viel zu wenig Pflege zugewandt, und so blieben reiche Schätze ungehoben. Nicht nur das beteiligte Gewerbe, sondern die ganze Volkswirtschaft gewönne, wenn sich das Fortbildungsschulwesen besser als bisher entwickelte. Dazu ist vor allem die Einführung des Pflichtbesuchs erforderlich. So Treffliches die fakultative Schule leisten mag, sie kommt der Masse nicht zugute.

Dem Fortbildungsunterricht ist nach Möglichkeit ein fachlicher Charakter zu geben. In den Anstalten mit besserem Schülermaterial kann auch Rechts- und Wirtschaftskunde gelehrt werden. Einen wesentlichen Vorteil bringt der Zeichenunterricht; er bildet den Geschmack und den Formensinn, er schafft das rechte Augenmaß und die nötige Handfertigkeit. Durch ihn heben wir den Volksgeschmack, und das ist ein Magnet, der Gold anzieht. Sachkenner versichern immer wieder, daß die Stärke des französischen Gewerbes, namentlich des Kunstgewerbes, auf gründlicherer und andauernder Schulung im Zeichnen beruht. Die unterrichtetste Nation wird die tüchtigste und reichste werden. Unsere Ingenieure, Kaufleute gehen als Pioniere ins Ausland. Wo sie tätig sind, da faßt auch bald der deutsche Handel Fuß. Schon darum muß Deutschland seine Ehre darein setzen, die besten Schulen der Welt zu haben.

Daß auch die Mädchenschulbildung einer Reform bedarf, braucht nicht des näheren dargelegt zu werden. Die Regierung hat das selbst zugestanden und ist mit entsprechenden Umgestaltungsplänen befaßt. Wenn die moderne Frau der gleiche Trieb nach Selbsterhöhung und nach Kraftentfaltung wie den Mann beseelt, so ist dies nur etwas

Digitized by Google

Natürliches und Fördernswürdiges. Mag sie das Gelernte als Kontoristin, Telegraphistin, Apothekerin, als Ärztin verwerten, oder mag sie in die Ehe treten, das erhöhte Wissen und Können wird ihr stets von Vorteil sein. Der spezifische Pflichtenkreis der Frau, vor allem die Pflege und Aufziehung der Kinder sowie die Besorgung des Hausstandes, die ganze auf dieser Grundlage beruhende Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau wird bestehen bleiben; aber innerhalb dieses Tätigkeitsgebietes ist die kenntnisreiche Frau der höhere Typus. So gesehen, erscheint die Frauenfrage als eine Bildungsfrage. Aufgabe der öffentlichen Gemeinwesen bleibt es, ausreichende Bildungsgelegenheiten zu schaffen. Auch hier gilt das Wort von Leibniz: „Überlaßt mir die Erziehung, und ich will Europa vor Ablauf eines Jahrhunderts umgestalten."

Aber auch außerhalb der Schule gibt es eine Volksbildungspflicht. Der Staat soll die gemeinnützigen Veranstaltungen, die darauf abzielen, die Bildungsgegensätze auszugleichen, durch seine Organe und mit seinen Geldmitteln unterstützen. Ungezählte Kräfte sind bemüht, die Kulturschätze den Erwachsenen zugänglich zu machen, ihnen das beste zuzuführen, was Gegenwart und Vergangenheit aufweist, und dadurch den zwischen den einzelnen Volksschichten vorhandenen Abstand zu verringern. Es war Moltke, der das Wort sprach: „Die Stärke Deutschlands beruht auf der Homogenität seiner Bewohner; und diese wahre Homogenität kann nicht durch äußere Dinge hervorgebracht werden; sie muß durch die Gemeinschaft der geistigen und sittlichen Grundlagen, durch die Volksbildung erzeugt werden." Sollte die Staatsverwaltung da untätig zuschauen oder gar Steine in den Weg werfen? Eine gesteigerte Volksbildung schließt doch auch eine geläuterte Auffassung vom Staate in sich. Man gewöhnt sich, in ihm nicht mehr nur den Steuererheber und den Polizisten, sondern die höchste sittliche Organisation zu sehen.

Digitized by Google

Krone und Volksvertretung.

Es gab eine Zeit, in der dem Liberalismus republikanische Gesinnung nachgesagt wurde. Wenn dies je für einzelne richtig gewesen sein mag, auf die Partei als Ganzes traf es nicht zu. Die Liberalen waren und sind monarchisch. Nicht deshalb, weil sie die monarchische Staatsform an sich der republikanischen für überlegen halten. Der Genius des hellenischen Volkes hätte die monarchische Form ebensowenig ertragen, wie sie der Amerikaner erträgt. Der Grund ist vielmehr, daß diese Form dem deutschen Volk nach seiner ganzen Geschichte und Gemütsverfassung entspricht. In Deutschland hat das Königtum noch Leben. Die führenden Dynastien erwarben sich Verdienste und besitzen Macht. Es braucht auch kein Schattenkönig zu sein, keiner, der nach Thiers berühmtem Worte herrscht und nicht regiert. Erwünscht ist vielmehr ein Monarch, der mittut, eine Persönlichkeit voll Saft und Kraft, ein ganzer Mann, der sich bewußt ist, daß das Leben nicht Glück, sondern Pflicht bedeutet, Pflicht gegenüber Staat und Volk. So war Friedrich der Große, der sich den ersten Diener des Staates nannte, le premier domestique hieß es im Anti-Machiavell. Ebenso tapfer, ebenso hingebend verhielten sich, ohne an Friedrichs Talent heranzureichen, andere Fürsten, die auf deutschen Thronen saßen.

Was das moderne Rechtsbewußtsein indes ablehnt, ist die absolute Monarchie, der Sultanismus der Gekrönten. Die Zeit der unumschränkten Fürstenherrschaft ist vorüber. Die Völker sprechen mit. Im Zusammenwirken von Fürst

Digitized by Google

und Volk werden heutzutage die nationalen Geschicke entschieden. Wie es keine Universalgenies mehr gibt, so gibt es keine Monarchen mehr, die die gesamte Staatsgewalt, Gesetzgebung und Verwaltung, unmittelbar in sich vereinigen. Gegen jede Rückfälligkeit in dieser Richtung reagiert der Volksgeist jetzt sehr lebhaft. Selbst Fürst Bismarck, der nach seinem eigenen Wort drei Kaiser nackt gesehen, verurteilte das absolutistische Regiment. In seinen „Gedanken und Erinnerungen" sagt er, daß, wenn ein absolutistischer Monarch verhängnisvolle Beschlüsse fasse oder genehmige, niemand beurteilen könne, ob sie das Ergebnis eigenen moralischen Willens oder des Einflusses sind, den die verschiedenartigsten Persönlichkeiten männlichen und weiblichen Geschlechts, Adjutanten, Höflinge und politische Intriganten, Schmeichler, Schwätzer und Ohrenbläser geübt haben. Die allerhöchste Unterschrift decke schließlich alles; wie sie erreicht worden sei, erfahre kein Mensch. An einer anderen Stelle jenes bedeutsamen Werkes heißt es: Der Absolutismus wäre die ideale Verfassung für europäische Staatsgebilde, wenn der König und seine Beamten nicht Menschen blieben wie jeder andere, denen es nicht gegeben ist, mit übermenschlicher Sachkunde, Einsicht und Gerechtigkeit zu regieren. Die einsichtigsten und wohlwollendsten absoluten Regenten unterliegen den menschlichen Schwächen und Unvollkommenheiten, wie der Überschätzung der eigenen Einsicht, dem Einfluß und der Beredsamkeit von Günstlingen, ohne von weiblichen, legitimen und illegitimen Einflüssen zu reden. An einer dritten Stelle faßt er seine Ansicht dahin zusammen: „Ich halte den Absolutismus für keine Form einer in Deutschland auf die Dauer haltbaren oder erfolgreichen Regierung." Diese Auslassungen wird man nicht für Mäkeleien eines Mißvergnügten halten dürfen, sondern für den Ausdruck einer in langen Jahren dienstlicher Tätigkeit erworbenen Erfahrung. Ungefähr so denkt heute jeder vorurteilsfreie, jeder liberale Mann.

Konstitutionell wollen wir regiert sein. Krone und

Digitized by Google

Volksvertretung sollen einander die Wage halten. Vorzug der Königsgewalt ist es, daß sie auf eigenem Rechte ruht, daß sie über den Parteien steht, auf Gunst oder Ungunst von Wählern nicht zu achten braucht. Vorzug der Volksvertretung ist es, daß sie, als Ganzes genommen und ein geeignetes Wahlrecht vorausgesetzt, den Gemeinwillen des Volkes darstellt, Gutes fördern, Schlimmes hindern kann. Beide Instanzen zusammen haben gleichberechtigt den Gang der Dinge zu bestimmen.

Auch vom Parlamentarismus gilt das Wort, daß nichts so schön, nichts aber auch so schlimm ist, wie man es sich anfangs vorgestellt hatte. So schlimm ist eine Volksvertretung vom Standpunkt der Dynastie nicht; denn der Glanz der Kronen, der Einfluß ihrer Träger hat sich kaum vermindert. So schön ist sie vom Standpunkt der Demokratie nicht; denn das Edelerz erscheint von mancherlei Schlacken durchsetzt. Das Parlament, einst das Ziel der Sehnsucht, dem die Herzen mit stürmischem Begehr entgegenschlugen, ist heute Gegenstand kühler Kritik geworden. Das hätte sich kein Achtundvierziger gedacht, daß von dem Wahlrecht, um welches Blut geflossen ist, dermaleinst ein so wenig erfreulicher Gebrauch gemacht werden würde, daß den Debatten so oft die Höhenluft fehlen, daß der Spruch der Mehrheit so selten der Spruch der Weisheit sein würde.

Trotzdem ist die Hoffnung trügerisch, der Parlamentarismus werde an den Parlamenten zugrunde gehen. Die Idee der Repräsentativverfassung wurzelt zu tief, als daß sie je wieder absterben könnte. Jahrzehnte hindurch geübt, läßt sich das Recht der Mitarbeit an den öffentlichen Angelegenheiten dem Volke nicht wieder entreißen. Die bloße Existenz der Volksvertretung bedeutet für die Regierung bereits eine Mahnung zur Vorsicht und zur Selbstbeschränkung. Und warum sollte die Entwicklungslinie, wenn sie zeitweilig eine absteigende war, nicht wieder emporsteigen? Wer einsieht, daß das Ansehen der Abgeordneten durch die übermäßig

Digitized by Google

langen Reden leidet, der wird auf Abhilfe bedacht sein. Wie bei der Entstehung der Verfassung das englische Vorbild wirksam war, so blickt man vielleicht auch jetzt einmal hinüber auf das house of commons und erkennt den Unterschied zwischen hüben und drüben. Das englische Parlament fühlt sich nicht als Debattierklub, sondern als Mitrepräsentant der Staatsgewalt. Nicht Reden halten will es, sondern Geschäfte führen und die Verwaltung kontrollieren. In deutschen Volksvertretungen wird man den Eindruck nicht los, daß die meisten Reden aus der Zeitung für die Zeitung sind. Der deutsche Abgeordnete besteigt, um besser von den Pressevertretern gehört zu werden, die Rednertribüne, dehnt seinen Vortrag aus und putzt ihn auf. Der englische Abgeordnete erhebt sich gelassen von seinem Sitz, stellt kurz und bündig Fragen, und die Minister oder Staatssekretäre, die ihren Platz unter den übrigen Abgeordneten haben, nur daß sie auf der ersten Bank in unmittelbarer Nähe des speaker's sitzen, geben darauf sofort die Antwort. Solcher Fragen, offiziell questions for oral answer genannt, werden oft recht viele gestellt. Erst wenn sie erledigt sind, beginnt man mit den orders of the day, also der eigentlichen Tagesordnung. Enthält sie Gegenstände von besonderer Bedeutung, so werden die Debatten natürlich lebhafter, und gelegentlich tost der Glutwind der Leidenschaft auch durch den englischen Parlamentssaal. Im ganzen aber beherrscht ein Zug von Sachlichkeit die Diskussion, die sich dadurch sehr zu ihrem Vorteil von den Verhandlungen kontinentaler Parlamente unterscheidet.

Ganz einflußlos ist auch der deutsche Reichstag nicht. Gesetzen drückt er meist sein eigenes Gepräge auf, und bis zu einer gewissen Grenze, an der das Unannehmbar steht, fügt sich der Bundesrat. Doch etwas sehr viel Wichtigeres fehlt: Minister setzt die Krone ein und ab, ohne sich sonderlich um das Parlament zu kümmern. Ein Wink von der Hand des Monarchen, und der Kelch der Macht, aus welchem sie so gern trinken, ist von ihren Lippen verschwunden.

Digitized by Google

Das liegt einerseits an der Jugendlichkeit des deutschen Parlamentarismus, anderseits an seiner Zerissenheit. Hier können keine Paragraphen, sondern nur innere Wandlungen helfen. Eine Verringerung der Zahl der Parteien, ein festeres Gefüge der Mehrheit, ein stärkeres Selbstbewußtsein, das gibt dem Parlament die Kraft, Ministern einen Rückhalt zu bieten.

Digitized by Google

Die Reichsverfassung.

Die für das Deutsche Reich geltende Verfassung ist unter dem Donner der Schlachten geboren. Sie mußte schnell vollendet werden und trägt noch manche Spuren der Überhastung an sich. Trotzdem trat man immer nur zögernd und schonend an ihre Abänderung heran. Erst sollte sich der Einheitsbau genügend festigen, ehe man Grundlage und Aufriß umgestaltete. Unitarische und föderalistische Tendenzen waren gegen einander auszugleichen, dynastische Empfindlichkeit und Stammeseigenart zu berücksichtigen.

Ein Menschenalter ist dahin gegangen, und die gewählte Konstruktion hat sich bewährt. Wetterfest und stolz steht der ragende Bau, geachtet, ja bewundert in der ganzen Welt. Immer zahlreicher sind die Klammern geworden, die ihn zusammenhalten, immer größer die Menge gemeinsamer Gesetze. Von Jahr zu Jahr nimmt die Einheitlichkeit zu, wachsen die Teile inniger zu einem Ganzen zusammen. Übereinstimmend ist das bürgerliche Recht und das Strafrecht, übereinstimmend die sozialpolitische Gesetzgebung, zum größten Teil auch das Militärwesen. Wir besitzen bereits eine Reichs-Erbschaftssteuer, zu der die Einzelstaaten nur Zuschläge erheben. Die Rechtsform des Bundesstaats bleibt, doch sie füllt sich mehr und mehr mit einheitsstaatlichem Inhalt. Diesen Entwicklungsprozeß hält nichts mehr auf; er liegt im Wesen eines Staates, der sich ausleben und auswirken will.

Nachdem so das deutsche Gemeinwesen an innerem Halt gewonnen, wird es aber auch Zeit, die Lücken zu schließen, die die Verfassung ließ, und die Versprechungen auszuführen, die sie machte. Eine der Lücken ist in der Rechtsstellung

Digitized by Google

des Reichskanzlers zu suchen. Zunächst fehlt dessen Verantwortlichkeit. Fast überall sonst, wo die Idee des Konstitutionalismus durchdrang, mußte auch das Prinzip der Ministerverantwortlichkeit anerkannt werden, da einerseits der Satz gilt: the king can do no wrong, und da anderseits der Volksvertretung nicht die Mittel vorenthalten werden dürfen, um, wo dennoch Unrecht vorkommt, Sühne zu fordern und zu erlangen.

Die Reichsverfassung kennt eine Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber Anordnungen und Verfügungen des Kaisers, welche erst Gültigkeit gewinnen, sobald der Reichskanzler sie gegenzeichnet. Damit ist aber nur ein Prinzip aufgestellt, das seiner Verwirklichung durch Reichsgesetze noch harrt. Es sind Anordnungen zu treffen, worauf sich die Verantwortlichkeit erstreckt, wer befugt ist, sie geltend zu machen, welches Verfahren dabei einzuhalten ist, welche Wirkungen mit ihr verknüpft sind. Versuche, das nachzuholen, was bei der Beratung der Verfassungsurkunde unterlassen werden mußte, sind neuerdings gemacht und führen hoffentlich zum Ziel. Mag die Volksvertretung oder ein Staatsgerichtshof die Handhaben gegen den Minister auch noch so selten benutzen, nötig sind sie, sowohl mit Rücksicht auf den Minister, der dadurch in die Lage versetzt wird, dem Kaiser gegenüber seine Meinung nachdrücklicher geltend zu machen, als auch mit Rücksicht auf die deutsche Volksvertretung, welche dieselben konstitutionellen Rechte verlangen darf, deren andere Parlamente sich erfreuen.

Außerdem aber bedarf die Stellung des Reichskanzlers und seiner Staatssekretäre überhaupt einer Reform. Dem Reichskanzler sind Aufgaben gestellt, die auch der Begabteste nicht lösen kann. In seiner Person fließen so verschiedenartige Amtsbefugnisse und Amtspflichten zusammen, daß es unmöglich ist, eine der herkömmlichen staatsrechtlichen Kategorieen aufzufinden, unter welche er vollkommen paßt. Die auswärtige Politik, die Finanzpolitik, das Eisenbahn- und Postwesen, das Maß- und Gewichtswesen, die Sozialpolitik,

Digitized by Google

die Gewerbepolitik, das Militärwesen, — alles soll er leiten. Seine Verantwortung reicht soweit wie seine Kompetenz, und seine Kompetenz erscheint fast grenzenlos.

Die Staatssekretäre sind seine Untergebenen, die Reichsämter seine Spezialbureaus. Überdies ist dank der schon erwähnten Zentralisationstendenz der Geschäftskreis in stetigem Wachstum begriffen. Nimmt man noch hinzu, daß der jetzige Reichskanzler zugleich preußischer Ministerpräsident ist und somit auch für die preußische Politik die Verantwortung trägt, so springt in die Augen, daß hier ein eigentlich unmögliches Gebilde geschaffen wurde. Der Kanzler muß entlastet werden. Dies ist möglich, wenn die Staatssekretäre nicht mehr dienstlich untergeordnete Organe des Reichskanzlers bleiben, sondern die Stellung eigentlicher Ressortchefs erhalten. Eine solche Rangerhöhung gebührt in erster Linie dem Verwalter der Finanzen. Er vor allen bedarf der Rückenstärkung, um dem oft recht kühn auftretenden Ressortpatriotismus gegenüber die budgetären Rücksichten zu wahren.

Man wendet ein, einer solchen Reform widerstrebe der bundesstaatliche Charakter des Reiches. Aber sollte der Bundesstaat, wenn er einen verantwortlichen Minister erträgt, nicht auch deren mehrere ertragen? Vielleicht sind die Dinge für diese Lösung im Augenblick nicht reif. In absehbarer Zeit wird man indes aus praktischen Gründen dahin gelangen müssen, dem Reichskanzler die allgemeine Leitung der Politik, der inneren wie der äußeren, zu übertragen und innerhalb dieses Rahmens den Staatssekretären eine selbständige, mit eigener Verantwortlichkeit ausgestattete Stellung zu gewähren. In Preußen ist das System der Ministerkollegialität, verbunden mit einem gewissen Übergewicht des Ministerpräsidenten, durchgeführt. Im Reiche ist es ebenfalls am Platze.

Digitized by Google

Die Verwaltung.

Der Tätigkeits- und Herrschaftskreis der Verwaltung dehnt sich unaufhörlich aus. Jede Legislaturperiode, jede Session vermehrt die Vollmachten und Pflichten. Nicht in gleichem Maße wachsen die Fähigkeiten der Verwaltungsorgane. Es ist eine alte, grade von Sachverständigen erhobene Klage, daß die geistige Beschaffenheit des Verwaltungsnachwuchses hinter den Anforderungen des Amtes gegenwärtig vielfach zurückbleibt. Der Grund hierfür ist nicht zuletzt darin zu suchen, daß die Kreise, aus denen die höheren Beamten hervorgehen, zu eng gegriffen sind. Man muß in der Auswahl des Personals weitherziger verfahren, frisches Blut ist der Verwaltung zuzuführen, und zwar bis in ihre Spitzen. Nicht die Geburt, sondern das Verdienst, nicht die Konnexion, sondern die Qualifikation hat zu entscheiden. Das gilt nicht allein für die Diplomaten, bei deren Ernennung das Ausland nicht zu seinem Schaden eine weit größere Vorurteilslosigkeit an den Tag legt, sondern auch für Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte und ähnliche Beamte. Die durch die bekannten wirtschaftlichen Vorgänge hervorgerufene Umbildung der Gesellschaft ist bei der Ämterbesetzung zu berücksichtigen, die neben der alten neu emporgekommene Oberschicht gleichfalls heranzuziehen. Erst wenn die Verwaltung auf diese Weise einen volkstümlicheren Zug erhält, wenn Klassengeist und Kastendünkel schwinden, stellt sich ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse des Publikums und auch wohl eine von Überhebung freiere Form des Umganges mit demselben ein. Insbesondere darf die liberale Gesinnung nicht mehr als ein Grund zur Ausschließung von höheren Verwaltungsstellen gelten.

Digitized by Google

Wahlrecht.

Das jetzige Reichstagswahlrecht war ein Schachzug Bismarcks gegen Österreich und den Liberalismus. Beide wollte er matt setzen, Österreich, indem er es in Gegensatz zu einer mächtigen Volksströmung brachte, den Liberalismus, indem er die, wie er glaubte, sehr starke konservativ-dynastische Grundstimmung der Unterschichten unseres Volkes gegen ihn ausspielte. Österreich gegenüber gelang sein Plan. Der Liberalismus aber wuchs in den siebziger Jahren dank dem gleichen und geheimen Wahlrecht zu einer Macht im Reiche an. Deshalb bereute später der Fürst Bismarck die Einführung des demokratischen Wahlrechts und schrieb, da auch noch die Sozialdemokratie ins Kraut schoß, warnend kurz vor seinem Tode: „Jedes großstaatliche Gemeinwesen, in welchem der vorsichtige und hemmende Einfluß der Besitzenden verloren ginge, wird immer in eine der Entwicklung der ersten französischen Revolution ähnliche, den Staatswagen zerbrechende Geschwindigkeit geraten."

Auch andere Männer von Bedeutung haben der Wahlgleichheit widersprochen. So meinte der Berichterstatter der Frankfurter Nationalversammlung, G. Waitz, keine Staatsordnung könne zu irgend einer Stetigkeit gelangen, wenn die Entscheidung aller politischen Fragen in die Hände der großen Masse gelegt wird. Ähnlich erklärte von Sybel gleichfalls auf Grund seiner aus der Geschichte gewonnenen Überzeugung, daß das allgemeine Wahlrecht für jede Art von Parlamentarismus der Anfang vom Ende sei.

In neuester Zeit hat sich die Gegnerschaft gegen das im Reiche geltende Wahlverfahren etwas gelegt, als die letzten

Digitized by Google

Wahlen zeigten, daß auch die Bäume der Sozialdemokratie nicht in den Himmel wachsen. Noch wenige Jahre zuvor — es war am 11. Mai 1904 — drohte der Ministerpräsident von Bülow im Herrenhaus: „Wenn die deutschen Wähler von dem bestehenden Wahlrecht keinen richtigen Gebrauch zu machen wissen, werden sie sich auch nicht wundern können, wenn früher oder später das Dilemma entsteht, ob der Zukunftsstaat mit seiner Zuchthausordnung und mit seiner Güterteilung etabliert oder ob das bestehende Wahlrecht durch ein anderes ersetzt werden soll." Beruhigend wirkt jetzt besonders die Erwägung, daß die Reihen der Sozialdemokratie sich voraussichtlich noch ganz anders lichten, sobald einmal ein wirklicher nationaler Sturm das Land durchbraust. Einstweilen hat jedenfalls die Niederlage der Sozialdemokratie das Reichstagswahlrecht gerettet.

Daß die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl das Bild der Vollkommenheit darbietet, behaupten auch ihre Anhänger nicht. Welcher ernste Beurteiler vermöchte die Schattenseiten zu übersehen, die darin liegen, daß sich eine das feinere Gefühl schwer verletzende Agitationsweise herausbildet, daß Klassen, die am meisten Stimmen zu vergeben haben, in oft unwürdiger Weise umworben und umschmeichelt werden, daß mit jedem Jahre mehr eine Überfracht von Initiativanträgen lediglich demonstrativen Charakters die Parlamentssession belastet, von anderen unerquicklichen Erscheinungen erst gar nicht zu reden. Das Reichstagswahlrecht hat, wie jede andere menschliche Einrichtung, seine schlimmen und seine guten Seiten. Wie überall hängt aber auch hier die Entscheidung über Wert oder Unwert davon ab, ob der Nachteil die Vorteile überwiegt oder umgekehrt.

Für das demokratische Wahlrecht spricht zunächst der Umstand, daß es da ist. Anders wirkt die Gewährung, anders die Zurücknahme eines Zugeständnisses. Nachdem sich das deutsche Volk einmal an diese freie Form der Wahl gewöhnt hat, würde es die Beseitigung derselben als ein Unrecht empfinden und sich dagegen lebhaft auflehnen. Das Staatsschiff

Digitized by Google

triebe schweren Stürmen zu, und mit einem ziemlich hohen Grade von Wahrscheinlichkeit wäre anzunehmen, daß die radikalsten Parteien, denen man Abbruch tun wollte, Nutzen aus der Krisis zögen. Leichtherzige glauben vielleicht, ein starker Mann würde schon durchhalten. Sie vergessen dabei nur, daß Kraft nur der eine Bestandteil staatsmännischer Größe ist; der andere ist Klugheit. Ohne Kopf vermag die Faust nicht viel.

Aber auch an und für sich betrachtet bietet dieses Wahlrecht wesentliche Vorzüge. Es bringt, was im Volke lebt, ans Licht, zeigt als Ventil die Spannung an und erleichtert so dem Staatsmann die Auffindung des richtigen Weges.

Was noch mehr ist, es bietet dem Letzten aus dem Volke Gelegenheit, zu sagen, was er denkt und wünscht. Den Mühseligen und Beladenen wird es auf diese Weise Stab und Stütze. Wenn das heutige Zivil- und Strafrecht ein sozialer Zug durchdringt, wenn Deutschland einen Arbeiterschutz schuf, der es an die Spitze der Völker führte, so ist dies im tiefsten Grunde dem jetzigen Wahlrecht zu verdanken. Ohne den Druck von unten wären wir nicht so weit gekommen. Freiwillig opfern die Privilegierten nichts; sie müssen dazu gezwungen werden.

Indem das Wahlrecht diesen Zwang ausübt, sichert es der nationalen Entwicklung einen ruhigen Gang. Wer den Weg des Gesetzes offen sieht, braucht den der Ungesetzlichkeit nicht zu betreten. Nicht Revolution, sondern Evolution wird die Regel, der Staatsgedanke und das Heimatsgefühl behalten Macht über Köpfe und Herzen.

Endlich ist dieses Wahlrecht eine Schule für die Massen. Es nötigt sie zur Anteilnahme am politischen Leben; es führt sie zum Überlegen, zum Lesen, zum Hören, kurz, zu alle dem, was nötig ist, um auf die Frage an das Volk, die eine Wahl bedeutet, die vom Standpunkt des einzelnen aus richtige Antwort zu geben.

Wägt man so das Für und Wider, dann erscheint nur die Beibehaltung eines Wahlrechtes ratsam, welches allen

Digitized by Google

Klassen der Bevölkerung gleichmäßig die Möglichkeit gibt, einen wirksamen Einfluß auf die Stellen zu üben, an denen die Gesetzgebung gemacht und der Geist der Verwaltung bestimmt wird. Hierauf haben insbesondere solche Nationen Anspruch, in deren Staatsbereich die allgemeine Steuer- und Wehrpflicht herrscht. Den Pflichten müssen vollwertige Rechte entsprechen.

Einfluß aber übt der gemeine Mann nur, wenn die Wahl nicht nur gleich, sondern auch geheim ist. Der Reiche hat es leicht, von Mannesmut zu reden und eine offene Bezeichnung des zu Erwählenden zu fordern. Aber die Scharen der Abhängigen fühlen sich nicht stark genug, um alle etwaigen Konsequenzen ihrer Aufrichtigkeit zu tragen. Der Unterste schaut nach dem Mittleren, der Mittlere nach dem Oberen; alles duckt und windet sich, um ja nicht anzustoßen. Will man ermessen, wie tief eine derartige Verderbnis greifen kann, so erinnere man sich, daß wir nahezu eine Million Beamte und sonstige Staatsangestellte in Deutschland haben, daß allein die Zahl der bei den deutschen Eisenbahnen beschäftigten Beamten und Arbeiter im Jahre 1905 nicht weniger als 606 612 betrug, daß wir in der Landwirtschaft 3 Millionen, in der Industrie 5, im Handel und Verkehr fast 1 Million männliche Gehilfen oder Dienende, wie die Statistik sie im Gegensatz zu den Selbständigen nennt, (nach der Berufstatistik von 1895) zählten, ja daß sich von den 13 350 700 Wahlberechtigten des Jahres 1907 wohl nur der geringste Teil einer Stellung erfreuen dürfte, die ein souveränes Lächeln über das Urteil der Umwelt erlaubt.

Auch eine ständische Vertretung kann ernsthaft nicht in Betracht kommen. Sie raubt den Abgeordneten ihr Bestes, den Charakter als Volksvertreter, sie degradiert sie zu Geschäftsführern eines Standes. Ständedelegierte nehmen Ständeinteressen wahr; ihre Herkunft weist sie darauf hin. Die Erwählten des allgemeinen Wahlrechts dagegen mahnt, wenn nicht das Gewissen, so doch die Verfassung, die Gesamtinteressen als Richtschnur zu betrachten.

Digitized by Google

Unerfreulichen Nebenwirkungen des gleichen und geheimen Wahlrechts wird am besten dadurch begegnet, daß die gebildeten Klassen die Führung übernehmen. Die Masse will geleitet sein; sie braucht Autoritäten, und es fragt sich nur, wer diese Autoritäten sind. Das weiß die Arbeiterwelt selbst am besten. Die englischen Gewerkvereine übertragen ihre Leitung einer Arbeiteraristokratie. Bei den deutschen Sozialdemokraten wächst der Autoritätsglaube gelegentlich sogar zu einem Totenkultus aus. Treten die Berufenen an die Spitze, so erschweren sie den Unberufenen das Handwerk, so sind sie es, die den hinter ihnen Stehenden die Gedanken und Willensregungen vermitteln. Sie können, wenn sie unerschrocken und mit dem Idealismus, der noch dem Alter Jugend gibt, in die Tageskämpfe eingreifen, der Kleingeisterei, dem Neide und der Schelsucht wirksam entgegentreten. Und was sie können, sollen sie. Mit dem Maß der Bildung wächst die Verantwortlichkeit gegenüber dem Gemeinwesen. Die Intellektuellen sind das Salz der Erde. Wenn aber das Salz dumm wird, womit soll man salzen?

Ist das demokratische Wahlrecht richtig für das Reich, dann ist es auch richtig für Gliedstaaten von ähnlicher Struktur. In kleineren Gemeinwesen, in denen es sich hauptsächlich um Vermögensverwaltung handelt, könnte dadurch leicht ein bedrohliches Übergewicht der kleinen Steuerzahler über die großen, des fluktuierenden über das seßhafte Element herbeigeführt werden. In Preußen aber läßt sich wie im Reich zwischen den Wählerschichten ein Ausgleich finden.

Man suche das preußische Wahlrecht nicht durch den Hinweis zu verteidigen, daß das daraus hervorgegangene Abgeordnetenhaus sich von den schlimmsten Übertreibungen einer Klassenherrschaft freigehalten und z. B. eine progressive Einkommensteuer bis zu 4% eingeführt habe. Jedes Experiment beruht auf Isolierung. Diese Isolierung ist in Preußen wegen der Wechselwirkung mit dem Reich nicht durchzuführen. Die preußischen Parteien sind ungefähr dieselben wie im Reich, und was sie in Preußen sündigen würden, müßten sie im Reiche

Digitized by Google

büßen. Nur wenn es im Reiche kein demokratisches Wahlrecht gäbe, ließe sich auf das plutokratische Wahlrecht Preußens wirklich eine Probe machen.

Das beste Merkmal der Brauchbarkeit eines Wahlrechts ist, daß es allen Richtungen eine entsprechende Vertretung sichert. Wie wenig genügt das preußische Wahlgesetz dieser Anforderung! Es schreckt vom Wählen ab. Und zu welchen Widersprüchen führt es! Besitz und Bildung, die es begünstigen will, läßt es bald in der ersten, bald in der dritten Klasse erscheinen, den Kanzler wirft es mit dessen Kutscher zusammen. So durchbricht es den Grundsatz, dem es sein Dasein dankt. Eine Änderung muß erfolgen. Das ist die Ansicht aller Freisinnigen, vieler Nationalliberalen und selbst einiger Freikonservativen.

Der Freisinn wünscht eine einfache Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen auch deshalb, weil eine klare und folgerichtige oder, um mit den Programmworten des Fürsten Bülow zu sprechen, eine „einheitliche und kraftvolle" Politik nicht möglich ist, wenn die beiden einflußreichsten Volksvertretungen eine Verschiedenheit ihrer Grundlagen und darum ihrer Zusammensetzung aufweisen. Aber er hat nicht die Macht, seinen Wunsch in Wirklichkeit zu übersetzen. So sehr hält er den Fürsten Bülow nicht in der Hand, daß er ihm Art und Zeitpunkt der Reform vorschreiben könnte. Noch machtloser wäre er einem etwaigen Nachfolger gegenüber, den nichts hindern würde, die zerstörte Brücke zum Zentrum wieder aufzubauen, die ganze Blockpolitik für eine Episode zu erklären und darunter einen dicken Strich zu ziehen. Erst wenn die Freisinnigen im preußischen Abgeordnetenhause stärker geworden sind und die Unterstützung, die aufrichtige Unterstützung anderer Parteien erhalten, können sie mehr fordern und werden mehr durchsetzen. Ein starkes Argument für sie liegt jedenfalls in der Tatsache, daß fast der ganze Süden Deutschlands ein liberales Wahlrecht hat. Die Ausnahmestellung Preußens erscheint unter diesem Gesichtspunkt noch weniger haltbar.

Digitized by Google

Vereinsrecht.

Auf dem Gebiet des Vereinswesens traten von jeher zwei völlig entgegengesetzte Richtungen hervor: im Volk ein Zug, die Kräfte zu vereinigen, in der Regierung die Sucht, diese Vereinigung zu erschweren. Schon den Genossenschaften und Bruderschaften des deutschen Mittelalters standen die damaligen Machthaber und Theoretiker mißtrauisch gegenüber. In der Zeit des Polizeistaats konnte ein Mann wie Justi den Satz aussprechen: „Da eine jede Regierung geneigt ist, alle guten Endzwecke zu befördern, so muß eine jede Gesellschaft und Versammlung einen gegründeten Verdacht wider sich erregen, die nicht die Absichten ihrer Regierung entdecket und ihre Bestätigung und Bewilligung erwartet." Dieser Geist des Mißtrauens und der Bevormundung hat sich bis in die neueste Zeit erhalten, und immer fanden sich Gelehrte, die ihn befürworteten. So schrieb auch Lorenz Stein, jeder Verein bedürfe der Regierungsgenehmigung, die jederzeit zurückgenommen werden könne und müsse, sobald sich etwa infolge eines Ministerwechsels die Ansichten der Regierung in dieser oder jener Verwaltungsfrage geändert hätten.

In Mecklenburg besteht noch heute ein Gesetz, das politische Vereine und Versammlungen von der Genehmigung des Ministers abhängig macht. Das preußische Vereinsgesetz läßt zwar die Bildung von Vereinen und Versammlungen ohne behördliche Erlaubnis zu, doch aus jedem seiner Paragraphen spricht die Angst, die blasse polizeiliche Seelenangst vor einem Mißbrauch der gewährten Rechte. Die Befugnisse, die der Polizei darin gegeben, die Schlingen

Digitized by Google

und Fußangeln, die den Vereinsvorsitzenden darin gelegt sind, genügten der preußischen Regierung noch nicht, und sie forderte im Winter 1896/7 für die Polizeibehörde die Vollmacht, Versammlungen aufzulösen und Vereine zu schließen, welche die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staats oder den öffentlichen Frieden gefährden. Der Gesetzentwurf, der in letzter Instanz den Gendarmen zum Herrn des Versammlungswesens gemacht hätte, kam glücklicherweise nicht zustande. Man vergegenwärtigte sich noch zu rechter Zeit, daß es für unerwünschte Agitationen drei Methoden gibt, die des Vereins und der Versammlung, die der Presse und die der persönlichen Beeinflussung, daß jenes Gesetz aber nur die eine der drei Methoden träfe und diese in recht unzweckmäßiger Weise.

In der Tat, was will in dem papiernen Zeitalter die Auflösung eines Vereins oder einer Versammlung besagen! Was man nicht reden durfte, läßt man drucken, und dann flattert es in Tausenden, ja in Millionen von Blättern hinaus. Was sich nicht öffentlich darlegen ließ, wird geheim übermittelt, und hier vielleicht in sehr viel giftigerer Form. Zu dieser Erwägung tritt die geschichtliche Erfahrung. Nur zu oft hat man versucht, der herrschenden Partei gefährliche Bestrebungen mit Gewalt zu unterdrücken, und immer schlugen die Versuche fehl. Gedanken lassen sich nur durch Gedanken, Gründe nur durch Gründe, Irrtümer nur durch Widerlegung beseitigen.

Jetzt endlich scheint man für diese Lehre der Geschichte ein Ohr zu haben, scheint einzusehen, daß es für die Vorteile des Vereinswesens keinen Ersatz gibt, und daß seine Nachteile von einer gesunden Volksseele überwunden werden. Ein den modernen Verhältnissen entsprechendes Vereinsgesetz ist angekündigt worden. Das Versprechen harrt seiner Erfüllung. Wanderte das Rüstzeug des Polizeistaats wirklich in die Rumpelkammer, würde alter Schutt hinweggefegt, eröffnete sich den Kräften, die sich außerhalb der Amts-

Digitized by Google

sphäre betätigen wollen, ein ebenes und freies Feld, so wäre dies ein nicht zu unterschätzender politischer Gewinn. Hoffentlich macht man ganze Arbeit, entwertet nicht die Zugeständnisse durch unannehmbare Forderungen, verwendet keinen Kautschuk. Was dem Strafgesetz zuwiderläuft, muß verboten bleiben; aber dehnbare Begriffe, wie öffentlicher Frieden, staatliche Sicherheit, sollten keinen Raum finden. Der Grundsatz, daß sich alle Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts friedlich und unbewaffnet versammeln dürfen, hat das Ganze zu beherrschen. Damit erlangen nicht nur politische, sondern auch sozialpolitische Verbände die Freiheit der Bewegung, die sie nicht entbehren können, und auch die Frauen dürfen sich auf dem Boden des öffentlichen Lebens ungehindert rühren. Deutschland verlöre damit den Ruf der Unfreiheit, den es im Ausland hat.

Büreaukratisch-polizeiliche Zutaten sollte die Regierung auch deshalb vermeiden, weil dadurch nicht nur Enttäuschung, ja Verbitterung hervorgerufen, sondern auch das ganze Gesetzgebungswerk gefährdet würde. Man denke an das Schicksal der preußischen Vereinsnovelle und des Arbeitswilligengesetzes. Beide bedecken das Leichenfeld der Legislative. Soll auch das neue Gesetz, die Frucht der Paarung, so enden?

Digitized by Google

Wirtschaftspolitik.

In der Frage der Abgrenzung des Freiheitskreises der einzelnen gegenüber dem Wirkungsbereich der Staatsgewalt hat die Stellung des Liberalismus gewechselt. Die Wandlungen der Partei stehen indes in engem Zusammenhang mit den Wandlungen der Wissenschaft und mit Veränderungen in den Wirtschaftsverhältnissen.

Der allgemeinen Regel, daß der Staat zur Befriedigung der Bedürfnisse seiner Angehörigen diejenigen Tätigkeiten zu übernehmen habe, welche weder die Privatwirtschaft, noch freie Vereine, noch andere Zwangsgemeinschaften überhaupt, oder welche alle diese nur weniger gut oder nur kostspieliger ausüben können, hätte auch wohl schon der Liberalismus der sechziger und siebziger Jahre zugestimmt. Nur würde er diese Regel in seinem Sinne ausgelegt, also die Fälle, in denen der Staat eine glücklichere Hand als der einzelne zeigen kann, sehr selten für gegeben erachtet haben. Ausnahme oder Regel, das war für ihn die Frage. Als Regel galt, daß jeder einzelne in seinem Selbsterhaltungstrieb und der genaueren Kenntnis seiner Verhältnisse am sichersten im Durchschnitt geleitet und daß aus der Summe dieser wohlinspirierten Einzelwillen auch der größtmögliche Vorteil für das Ganze erzielt wird. Diese Formulierung setzte Bamberger noch im Jahre 1873 den Herren Schmoller, Brentano und anderen „Kathedersozialisten" entgegen. Der Staat mache uns nur glücklich, so fügte er hinzu, und wir wollen ihm den Beweis seines Rechtes gern erlassen! „So lange wir aber nicht an sein Können glauben, glauben wir auch nicht an sein Recht. Mit Wünschen gibt sich die Wissenschaft nicht ab."

Digitized by Google

Von diesem Standpunkt aus bekämpfte Bamberger im Jahre 1873 in seiner „Arbeiterfrage unter dem Gesichtspunkt des Vereinsrechts" die gesetzliche Anerkennung der Gewerkvereine. Heute wird auf sozialem Gebiete nichts dringender gefordert als eben diese gesetzliche Anerkennung. Ein anderes Beispiel: im Jahre 1869 zogen Carl Braun-Wiesbaden und Max Hirsch gegen die obligatorische Einführung der Fabrikinspektion zu Felde. Heute verlangt man eine immer weitere Ausdehnung der Wirksamkeit dieses Instituts.

Erklärlich wird die Scheu vor behördlicher Bevormundung durch die damals noch rege Erinnerung an die Epoche des Absolutismus, in welcher Serenissimus Manufakturen begründete, Maulbeerbäume pflanzen und Häuser bauen ließ, das Rauchen und die Schnurrbärte verbot und Kleiderordnungen publizierte. Die Theorie zu dieser Praxis hatte Hobbes geliefert. Er konstruierte sich den Staat als die irdische Vorsehung und stattete ihn mit unbegrenzten Vollmachten aus. Gegen diese Überspannung des Staatsbegriffs reagierte schon die Philosophie Lockes. Er fand die Aufgabe des Staates in dem Schutz der Rechte und Interessen der Bürger, und diese kommen nach ihm auf drei Dinge hinaus: Leben, Freiheit und Eigentum. Sie bilden die Schranke, welche die Staatsgewalt nicht überschreiten darf. Einer ähnlichen Anschauung huldigte Kant, indem er den Rechtsschutz als die eigentliche Staatsaufgabe bezeichnete und der Freiheit eines jeden soweit Spielraum ließ, als nicht die des anderen verletzt wird. In gleicher Richtung, nur unter schärferer Betonung des Individualprinzips, bewegte sich Wilhelm von Humboldt in seinen „Ideen zu einem Versuche, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen". Der Staat ist nach ihm nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Bildung der Menschen. Die Bildung, das innere Dasein, welches der erste Quell und das letzte Ziel alles Wirkens sei, müsse vor allem gepflegt werden, und zwar sei die höchste und harmonischste Entfaltung aller Kräfte

Digitized by Google

in ihrer Eigenart anzustreben. Zu dieser Eigentümlichkeit der Kraft und der Bildung sei Freiheit die erste Bedingung und Mannigfaltigkeit der Situationen die zweite. Nur unter solcher Voraussetzung entständen vielseitigere und kraftvolle Charaktere. „Unter freien Menschen gewinnen alle Gewerbe besseren Fortgang, blühen alle Künste schöner auf, erweitern sich alle Wissenschaften. Unter ihnen sind auch die Familienbande enger, die Eltern eifriger bestrebt, für ihre Kinder zu sorgen, und bei höherem Wohlstand auch vermögender, ihrem Wunsch hierin zu folgen." Humboldts Wort, daß das, worauf die ganze Größe des Menschen zuletzt beruht, wonach der einzelne Mensch ewig ringen muß, Eigentümlichkeit der Kraft und der Bildung sei, nimmt John Stuart Mill zum Motto für seine tiefgreifenden Untersuchungen über die Freiheit. Er will die Natur und die Grenzen der Gewalt ergründen, welche dem Staate und nicht minder der Gesellschaft dem einzelnen gegenüber zusteht, und gelangt zu dem Satze, „daß der einzige Zweck, der den Menschen berechtigen kann, vereinzelt oder vereinigt die Freiheit anderer zu beschränken, der Selbstschutz ist, daß die einzige Absicht, indem er gegen irgend ein Mitglied einer gesitteten Gemeinschaft Gewalt gebrauchen darf, die ist, Unheil für andere zu verhüten".

So wurde der Individualismus eine Zeit lang die allein herrschende Ansicht. In der Darstellung, die Adam Smith und seine Schule davon gab, erschien das wirtschaftliche Leben als ein Mechanismus, welcher sich durch die in ihm wirkenden Kräfte selbsttätig reguliert. Die eigentliche Triebfeder ist das persönliche Interesse. Jeder Eingriff in den natürlichen Gang der Entwicklung schadet in der Regel mehr als er nützt. Wie der Kampf ums Dasein ein allgemeines Gesetz der organischen Natur ist, so soll es auch im wirtschaftlichen Getriebe herrschen. Der freie Wettbewerb ist der beste Sporn zur Entwicklung. „Die Welt geht von selbst, laßt sie gewähren!" wurde das Stichwort dieser Richtung. Bastiat verkündete: „Ich aber sage

Digitized by Google

Euch: wer die Freiheit verstößt, hat keinen Glauben an die Menschheit.“ Alle berechtigten Interessen stehen im Einklang, das ist der Grundgedanke seiner Harmonielehre. Er stimmt einen begeisterten Hymnus auf die Vorsehung an, welche sich im Mechanismus des sozialen Lebens noch staunenswerter offenbare als in den Bewegungen der Himmelskörper, weil sie den Eigennutz und das Gemeinwohl so trefflich versöhne. Prince Smith faßte seine Gedanken in die Formel: „Volle Gerechtigkeit nur durch absolute Freiheit.“ Oder an anderer Stelle: „Aber dem Staate erkennt der Freihandel keine andere Aufgabe zu als eben die eine: die Produktion von Sicherheit .... Darum bekämpft der Freihändler jede Einmischung des Staats in den freien Gang des Volkshaushalts.“

Der Rückschlag gegen diese Einseitigkeiten blieb nicht aus. Wie ein Uhrwerk oder wie die Schönheitslinien der klassischen Kunst, so war das Wirtschaftsleben denn doch nicht. Gleichheit der Wirkungen läßt sich nur bei Gleichheit der Vorbedingungen erwarten. Man darf einen nackten, nur mit Pfeil und Bogen bewaffneten Wilden nicht einem schwer gepanzerten oder einem mit modernen Präzisionswaffen ausgerüsteten Manne gegenüberstellen. Die völlige wirtschaftliche Freiheit bedeutet Schutz für den Starken, Entwaffnung des Schwachen. Ökonomische Gesetze sind allerdings unabhängig, nicht aber die Bedingungen, unter denen sie wirksam werden. Auf diese Bedingungen haben Staat und andere öffentliche Gewalten Einfluß mit dem Ziel zu nehmen, den Schwächeren gegen die Ausbeutung durch den Starken sicherzustellen. Nicht daß sie den Starken schwächen, wohl aber daß sie den Schwachen stärken.

Diese von der nachklassischen Schule der Nationalökonomie geltend gemachten Gedanken gingen am Liberalismus nicht spurlos vorüber. Langsam oder schneller, zögernd oder willig zahlte jeder der neuen Zeit seinen Tribut. Mancher wurde sogar in überraschend kurzer Frist aus einem manchesterlichen Saulus gleich ein halbsozialistischer Paulus. Eine

Digitized by Google

ruhige, folgerichtige Entwicklung machten diejenigen durch, welche in den siebziger Jahren an den Universitäten Nationalökonomie und Staatsrecht studierten und auf diese Weise gleich von vornherein mit der neueren wissenschaftlichen Richtung in Berührung kamen. Diese jüngeren Elemente brauchten, als sie in das politische Leben eintraten, nicht erst umzulernen. Ihre ganze Grundstimmung ging von vornherein dahin, daß man immer nur von Fall zu Fall die Stelle und die Zeit bestimmen kann, wo von Staats wegen unmittelbarer Zwang, wo mittelbare Förderung stattzufinden oder wo sich die Staatsgewalt völlige Enthaltsamkeit aufzuerlegen hat. Wie von der Staatsscheu, so fühlten sie sich von der Staatssucht frei. Damit war die Brücke zur akademischen Wissenschaft geschlagen, und die Annäherung konnte so eng werden, daß Vertreter der früher kathedersozialistisch gescholtenen Richtung den liberalen Parteiorganisationen als Mitglieder beitraten.

Was Schmoller in seinem „Grundriß" an leitenden Ideen aufstellt, findet liberalerseits keinen prinzipiellen Widerspruch. Mit ihm erkennen wir den Entwicklungsgedanken als die beherrschende Idee unseres Zeitalters an, mit ihm gehen wir von den Trieben und Gefühlen aus, betrachten die Volkswirtschaft als gesellschaftliche Erscheinungen auf Grund von Sitte und Recht, von Institutionen und Organisationen, in Zusammenhang mit Staat, Religion und Moral, mit ihm treten wir den individualistischen Zuspitzungen ebenso wie den sozialistischen entgegen, an der Freiheit des einzelnen und des Eigentums festhaltend, aber Sozialreformen fordernd, und wie er begreifen wir, daß unter den Staaten eine steigende Annäherung im Sinne der Weltwirtschaft stattfinden muß. Ist dies im Grundzug das Bekenntnis der heutigen nationalökonomischen Wissenschaft, wir unterschreiben es. Anderseits glauben wir uns der Zustimmung Schmollers versichert halten zu dürfen, wenn wir vor einer Überspannung der Staatstätigkeit, vor einer Vernichtung privater Initiative und namentlich vor einem Miß-

Digitized by Google

brauch der Staatsgewalt zur einseitigen Förderung von Klasseninteressen warnen. Entscheidend bleibt die Wohlfahrt der Gesamtheit. Welches andere Daseinsziel sollte der Staat, das rechtlich geeinte Volk, denn haben, als das Wohl aller in gleicher Berechtigung der einzelnen zu fördern?

Dieses höchste Gebot ist in neuester Zeit nicht selten verletzt worden. Einflußreiche Berufskreise haben die Gelegenheit benutzt, an der Politik auf Kosten minder einflußreicher zu verdienen. Einem derartigen Beginnen gegenüber erscheint ein Bündnis zwischen Liberalismus und Wissenschaft, welche beide der wirtschaftlichen Entwicklung ohne Standesinteresse gegenüberstehen, ganz besonders am Platze.

Das Unerfreulichste an der Interessenpolitik war, daß sie der elementaren Entwicklungstendenz der deutschen Volkswirtschaft zuwiderlief. Das Klima Deutschlands gestattet, daß sowohl ein intensiver Ackerbau und eine bedeutende Viehzucht als auch eine viel umfassende gewerbliche Tätigkeit entwickelt werden kann. Ebenso ist die Bodenbeschaffenheit bei aller Ungleichheit im Einzelnen für beide Hauptrichtungen der wirtschaftlichen Arbeit im Ganzen günstig genug. Geradezu bevorzugt erscheint Deutschland in bezug auf die verfügbaren Arbeitskräfte, und zwar sowohl nach Menge wie nach Beschaffenheit. Der Staat hat danach seine Pflege allen diesen Zweigen der wirtschaftlichen Arbeit mit gleicher Sorgfalt zuzuwenden.

Digitized by Google

Landwirtschaft.

Die deutsche Landwirtschaft schritt während des vergangenen Jahrhunderts rüstig vorwärts, insbesondere nachdem die Naturforscher die Gesetze aufgezeigt hatten, welche dem Ackerbau zugrunde liegen. Justus Liebig lieferte den Nachweis, daß alle grünen Gewächse gewisser animalischer Substanzen als Nahrung bedürfen, daß sie diese nur im Boden finden und daß der Boden an Naturstoffen verarmt, wenn ihm der Landwirt nicht durch angemessene Düngung Ersatz gewährt. Durch ihn und seine Schüler entstand ein neuer Wissenszweig, die Agrikulturchemie, der sich später die Agrikulturphysik anschloß. In steigendem Maße wurden Dungmittel wie Guano, Knochenmehl, Kali, Superphosphat dem Boden zugeführt. In der Viehzucht verwendete man Kraftfuttermittel, Ölkuchen usw. Dadurch hoben sich die Roherträge in geradezu erstaunlicher Weise. Man hat neuerdings berechnet, daß die Gesamtproduktion der Landwirtschaft von 1800—1900 um 212 % gestiegen ist. Die Steigerung kann sich, wenn auch in langsamerem Tempo, fortsetzen, da noch einige Millionen Hektar Ödland im Deutschen Reich zur Verfügung stehen, und da, soweit die Viehzucht in Betracht kommt, die dafür besonders geeigneten Klein- und Mittelbetriebe in der Zunahme begriffen sind.

Trotzdem kam zu Ende des 19. Jahrhunderts eine Depression über die Landwirtschaft, weil aus neu erschlossenen Ländern zu teilweise geringen Frachtsätzen landwirtschaftliche Produkte eingeführt wurden und die Preise drückten. Man suchte diesen weltwirtschaftlichen Einflüssen durch Zölle zu begegnen, die eine Preissteigerung hervorrufen oder doch einem weiteren Sinken vorbeugen sollten.

Digitized by Google

Der gewünschte Effekt trat ein. Agrarzölle aber tragen das unheimliche Schicksal in sich, daß sie, um dauernd eine Wirkung auszuüben, immer weiter in die Höhe geschraubt werden müssen, daß also die Opfer wachsen, die andere Klassen für die Grundbesitzer bringen. Die steigende Betriebsergiebigkeit setzt sich nämlich sehr bald in höhere Landgüterpreise um, und dann beginnt das Spiel der Einkommensverschiebung von neuem. Eine der Landwirtschaft und zugleich der Gesamtheit nützliche Wendung kann nur durch Vervollkommnung der Betriebsweise erzielt werden. Für diese die Vorbedingungen schaffen zu helfen, ist der Liberalismus bereit, da er die große Bedeutung von Ackerbau und Viehzucht nicht verkennt.

Einer einseitigen Bevorzugung der agrarischen Interessen aber muß er entgegentreten, und zwar eben deshalb, weil sie der Zurücksetzung von Industrie und Handel gleichkommt. Alter non potest invenire nisi alter perdiderit, oder auf gut deutsch: „Des einen Nachtigall ist des anderen Eule." Die Landwirtschaft hat gleichen Anspruch auf die Fürsorge des Staates wie alle übrigen Produktionszweige, aber keinen höheren als diese.

Die Landwirtschaft bildet auch keineswegs mehr das Rückgrat des Staates. Fanden vor dem Eisenbahnzeitalter rund 80 % des deutschen Volkes in ihr die unmittelbare Grundlage ihres Erwerbes, so lebten 1882 nur mehr 42,4 % von land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit einschließlich der Fischerei. Im Jahre 1895 war dieser Anteil bereits auf 37,5 % herabgesunken. Die im Juli 1907 aufgenommene Berufs- und Betriebsstatistik wird ergeben, daß sich der Prozentsatz weiterhin verringert hat.

Die Verschiebung des Schwerpunktes von der Landwirtschaft zur Industrie beschränkt sich nicht auf Deutschland. In vielen Auslandsstaaten tritt die gleiche Erscheinung hervor. So ging in Belgien der Anteil der Land- und Forstwirtschaft einschließlich der Fischerei auf 21,1 %, in Großbritannien und Irland auf 12,4 %, in England und Wales allein auf gar 8 % zurück.

Digitized by Google

Die Industrie wird eine immer ergiebigere Kraftquelle für den Staat. Sie stellt, absolut genommen, die meisten Soldaten, sie zahlt die meisten Steuern. Auf sie entfällt der größere Anteil der drei Milliarden, um welche das deutsche Nationalvermögen jetzt durchschnittlich in jedem Jahre wächst. Eine Wirtschaftspolitik, welche die industrielle Entwicklung hemmt, bedeutet danach eine Verletzung der Lebensinteressen Deutschlands.

Die Förderung der Industrie braucht keineswegs zu einer Vernachlässigung der Landwirtschaft zu führen. Für beide lassen sich gleichzeitig günstigere Entwicklungsbedingungen schaffen. Dahin gehört vor allem eine gesunde Verteilung des ländlichen Grundbesitzes, eine richtige Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb. Hieran fehlt es in Deutschland. Es gibt Gegenden, in denen der Großbetrieb unnatürlich überwiegt. Einer Aufteilung steht das Fideikommißwesen im Wege. Diesen Übelstand hat schon Lasker richtig gewürdigt. Es klingt wie ein Vermächtnis, wenn die Denkschrift, die die letzte Arbeit seines Lebens war, mit fast feierlichem Nachdruck ausführt: „Mir steht heute noch klarer als im Jahre 1866 vor der Seele, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Lage unserer Nation einen so umfangreichen Großgrundbesitz, als einzelne Teile Deutschlands und besonders die Ostprovinzen aufweisen, nicht gestattet, und daß zur Herstellung normaler Zustände auf dem Gebiet der Landwirtschaft eine sehr umfangreiche Reduktion des Großgrundbesitzes eintreten muß.“ Die hiermit gestellte Aufgabe hat die konservative Epoche unserer Politik nicht zu lösen vermocht. Der Liberalismus kann sie lösen; er kann hier eine Bauern- und zugleich eine Mittelstandspolitik treiben, die ihm die Sympathien weiter Volkskreise sichert und ihm das Bewußtsein gibt, der Zukunft des Vaterlandes einen wesentlichen Dienst geleistet zu haben.

Man feiert doch sonst den Bauernstand als Mark des Staates; warum will man diesen Stand nicht größer, diesen Staat nicht markiger machen? Der Kleinbetrieb nährt seinen

Digitized by Google

Mann. Fast überall, wo eine Zerteilung großer Güter stattgefunden hat, kamen die Ansiedler, deren Familienmitglieder in Haus und Feld mitarbeiten, allmählich vorwärts, vergrößerten ihren Viehstand, zahlten Hypotheken ab und gründeten auf diese Weise für sich und die Ihren eine, wenn auch bescheidene, so doch sichere Existenz. Auf einer kleineren, von den Besitzern beaufsichtigten Fläche wird es selten vorkommen, daß, wie sich der Präsident der Generalkommission für Pommern und Brandenburg ausdrückte, die Beete verwahrlost, die Äcker verquekt, die Wiesen versumpft und mit Schachtelhalmen bedeckt sind. Intensiv bearbeitet, gibt der Boden sehr viel reichere Erträge her als bei extensiver Bewirtschaftung. Auch die Viehzucht gewinnt; denn sie fällt, namentlich soweit Schweine in Betracht kommen, vorwiegend dem Kleinbetrieb zu. Darin eben unterscheidet sich die landwirtschaftliche von der industriellen Entwicklung, daß jene dem Klein- und Mittelbetrieb dauernd einen größeren Spielraum läßt, während diese ihn einengt.

Wenn sich so das platte Land dichter als bisher bevölkert, so stehen auch mehr Arbeitskräfte zur Verfügung. Die Klagen über Leutenot werden seltener.

Den Nutzen von der Verminderung des Großgrundbesitzes hat nicht nur das platte Land. Auch das gewerbliche Leben in den nahen Städten wird befruchtet, sobald größere Bauerndörfer da erwachsen, wo bisher nur einige einsame Gutshöfe lagen.

Durch nichts werden die Vorteile einer Anlegung von Bauernstellen so deutlich dargetan wie durch die amtliche Denkschrift „20 Jahre deutscher Kulturarbeit", in welcher die Einwirkung der Tätigkeit der preußischen Ansiedlungskommission auf die wirtschaftliche Entwicklung der Provinzen Westpreußen und Posen zur Darstellung gebracht ist. Überall, so heißt es in der Denkschrift, bedeutet die Siedlung einen Fortschritt der Landeskultur. Die ganze Gemarkung wird gleichmäßig in Nutzung genommen, die Bearbeitung der Außenschläge, die im Guts-

Digitized by Google

betriebe oft vernachlässigt werden mußte, wird verbessert, Ödland und wertlose Weiden geben Erträge. „Namentlich in der Aufzucht der Tiere ist der Bauer dem Grundbesitzer überlegen, weil er es ihm mit seinen bezahlten Arbeitskräften in der Pflege des Viehes und in der beständigen Aufsicht nicht gleichtun kann. Die eigene Arbeit und Aufsicht des Herrn ist aber im Stall noch wichtiger als auf dem Acker nach dem Sprichwort: „Des Herren Auge macht das Vieh fett." Noch mehr als das Rindvieh vermehrt sich der Schweinebestand; denn Schweinezucht und -mast ist das eigentliche Arbeitsfeld des kleinen Bauern."

In voller Übereinstimmung mit dem, was wir von der Wirkung auf die Städte sagten, bemerkt die amtliche Denkschrift, daß die Besiedlung einer Anzahl benachbarter Güter die kleinen und mittleren Städte in kurzer Zeit aus vieljähriger Ruhe zu frischem wirtschaftlichem Leben erweckt. Der Großgrundbesitzer bezieht den größeren Teil seines Bedarfs aus der Ferne, wenn nicht aus der Residenz, so doch aus der Provinzialhauptstadt. Ganz anders der Bauer, der mit seinem Verkehr auf die naheliegende Landstadt angewiesen ist. Die Denkschrift stellt dies zahlenmäßig fest und liefert damit den unwiderleglichen Beweis, daß es insbesondere unter den östlichen Verhältnissen kein geeigneteres Mittel zur raschen und nachhaltigen wirtschaftlichen Hebung der Städte gibt, als die bäuerliche Besiedlung der umliegenden Großgüter.

Kurz, von welcher Seite man dies Problem auch betrachtet, es erweist sich als eins der dringendsten der Zukunft und als eines, auf dessen Bewältigung der Liberalismus seinem innersten Wesen nach hingewiesen wird. Im preußischen Herrenhaus erschien die Interpellation: „Ist der Königlichen Staatsregierung bekannt, daß von seiten der Landbank in Oberschlesien ausgedehnte Ankäufe größerer lebensfähiger Rittergüter behufs Zerschlagung erfolgen, und gedenkt sie, Maßnahmen zu treffen, um diesem, sowohl in volkswirtschaftlichem wie in sozialem Interesse schädlichen Ver-

Digitized by Google

fahren zu steuern?“ Deutlicher konnte die Stellung des befestigten Grundbesitzes nicht gekennzeichnet werden.

Ebenso zeigen die Ziffern über die Begründung von Fideikommissen die Tendenz nach Besitzkonzentrierung. Immer mehr bis dahin freivererbliche Güter wurden innerhalb der preußischen Monarchie während des 19. Jahrhunderts in der Familie festgelegt, sodaß zuletzt das Areal der preußischen Fideikommisse 2121636 ha Fläche, d. s. 6,09 % der Gesamtfläche nach der im Jahre 1895 vorgenommenen Feststellung, betrug. In Schlesien stieg es sogar bis zu 13,7 % der Fläche. Das ist eine unerwünschte Entwicklung, unerwünscht nicht nur vom Standpunkt der jüngeren Geschwister, die von einer angemessenen Erbteilnahme ausgeschlossen werden, sondern auch vom Standpunkt der Volkswirtschaft insofern, als gebundener Besitz meist schlechter bewirtschaftet zu werden pflegt und als die Unveräußerlichkeit den Übergang in tüchtigere Hände hindert.

Nicht Latifundienbildung, sondern Vermehrung des kleinen Grundbesitzes, nicht Arrondierung, sondern Parzellierung ist das Ziel, das sich die moderne Agrarpolitik stellen muß. Hier hat das bisherige Regiment versagt. Die Mittel und Kräfte, die in den polnischen Provinzen zur Anlegung von Rentengütern verwendet worden sind, hatten einen besonderen, den nationalen Zweck, den sie leider nur zum Teil erreichten. Darüber hinaus sind 2 Millionen Mark in den preußischen Etat eingestellt. Die Summe ist so kümmerlich wie der Erfolg. Auch die mit Aufteilung staatlicher Domänen gemachten Versuche blieben spärlich. Viel Versäumtes ist hier nachzuholen.

Digitized by Google

Gewerbewesen.

Tausendfach ist sie beschrieben worden, jene Revolution, die seit zwei Menschenaltern unser Wirtschaftsleben bis in die Tiefen umgestaltet hat. Zu seinem Beginn sah das neunzehnte Jahrhundert die Dampfmaschine, die Spinnmaschine und die Lokomotive, an seinem Ende sah es die Elektrotechnik, das Automobil, die Schnelltelegraphie. Die Dampfkraft hat gegen Wasser und Wind den Vorteil, frei von jeder anderen örtlichen Fessel zu sein als von der Nähe und Billigkeit des Heizmaterials; sie läßt sich, sagt Engel, ebenso schnell erzeugen wie abstellen, ist ebenso leicht zu den höchsten Stärken zu konzentrieren, wie im kleinsten wirksam zu machen. Sie ist in Maschinen anwendbar, die selbst mit außerordentlicher Raschheit und Ausdauer den Ort wechseln, darin das beste Pferd unendlich übertreffend. Sie ermüdet, versagt, versiegt nicht. Mit ihr in Wettbewerb trat die Elektrizität. Die Naturkraft, die man früher nur in der Form des aus den Wolken zuckenden Blitzes, des aus geriebenem Bernstein oder Harz überspringenden Funkens kannte, vermittelt heute in Sekunden menschliche Worte durch alle Länder, erhellt die Dunkelheit, scheidet und schmilzt Metalle, treibt Maschinen und trägt Lasten. Wer will sagen, daß damit die Grenze ihrer Wirksamkeit erreicht sei! Rastlos arbeitet der Erfindungsgeist fort, man staunt kaum noch über die Neuerungen; denn es verbreitet sich unter dem Eindruck all jener Umwälzungen unwillkürlich das Gefühl, daß der Technik fast kein Ding unmöglich sei.

Das Ergebnis der Entwicklung war, daß an die Stelle der Kleinstädte und der zerstreuten Gewerbe die Riesenstädte und Industriezentren, an die Stelle des Kleinbetriebes mehr und mehr der Großbetrieb, an die Stelle des lokalen Absatzes der Außenhandel trat, daß sich die Bevölkerung ge-

Digitized by Google

waltig mehrte und die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung zunahm. Die Handarbeit aller 1600 Millionen Menschen, die heute auf der Erde leben mögen, würde nicht ausreichen, um das zu spinnen, zu drucken und zu schleppen, was heute die Maschine spinnt, druckt und schleppt.

Den Riesenschritt der neuen Zeit erkennt man erst, wenn man auf die Vergangenheit mit ihrer langsamen Bewegung zurückblickt. Jahrtausendelang hat die Menschheit dieselben Werkzeuge, Hebel und Meißel, Hobel und Säge, Rad und Spindel gewissermaßen als Verlängerungen und Verfeinerungen der menschlichen Hand benutzt. Vom Vater auf den Sohn vererbte sich die altgewohnte Kunst. Zuletzt aber brauchten nur siebzig Jahre zu vergehen, um die Produktion wenigstens aller Massenartikel auf eine völlig andere Grundlage zu stellen.

Die veränderten Tatsachen riefen eine Veränderung der Rechtsformen hervor. Wie die Ritterrüstungen dem Pulver nicht standhielten, so schlossen sich die Zunftstuben vor dem Zugwind der Weltwirtschaft, und mit ihnen schwand manche liebgewordene Einrichtung auf Nimmerwiederkehr. Mögen betagte Meister seufzend zurückschauen auf die alte Zeit mit ihrer Geschlossenheit des Gewerbes, mit ihren Handhaben zur Abwehr der Konkurrenz, mögen Abgeordnete, um in kleinen Landstädten Stimmen zu gewinnen, die Neubelebung abgestorbener Formen verlangen, es ist vergebens.

Oder glaubt man wirklich, daß die Bannmeile, der Backofen-, Schmiede- und Schankzwang, das Mühlsteinregal, das Monopol der Torgauer Seiler für den Handel mit sauren Gurken, das Chemnitzer Privilegium, wonach ein zehnmeiliger Rundbezirk „nur in Chemnitz bleichen, auch weder roher Flachs oder Garn und ungebleichtes Leinen ausgeführt werden durfte," — in die Gegenwart hineinpassen würde? Will man die Gewerbegerechtsame wiederherstellen, die zu einem Familieneigentum und käuflich wurde? In Preußen gab es Städte, wo eine Bäckergerechtigkeit 2500 Taler, eine Schuh-

Digitized by Google

machergerechtigkeit 1200 Taler galt. Die gesamte Braugerechtigkeit einer einzigen Stadt hat ein Schriftsteller um die Wende des 18. Jahrhunderts auf 800 000 Taler veranschlagt. Das alles waren Mißbräuche, die dem Fortkommen jeder folgenden Generation im Wege standen. Die Zunft, die früher den ganzen Menschen in Anspruch und in Schutz nahm, entartete gleichfalls; der Prüfungszwang führte zu Streitigkeiten, die gar kein Ende nehmen wollten. Zuletzt erging es dem größten Teil des Handwerks und des Kleinhandels unter der Herrschaft des Zunftzwanges recht übel, und der Übergang von der Gebundenheit zur Freiheit erschien für viele als eine Erlösung.

Jetzt ist die Stufe der Stadtwirtschaft überstiegen, ein Zurück gibt es nicht mehr. Die technische Entwicklung ist durch kein Gesetz geschaffen worden, und kein Gesetz kann sie beseitigen. Wenn das Eisenbahnnetz der Erde mehr als 900 000 Kilometer umfaßt, wenn der Außenhandel der Welt insgesamt mehr als 100 Milliarden Mark beträgt, woran das deutsche Zollgebiet mit 12 Prozent beteiligt ist und hinter Großbritannien nur noch etwa um 5 Prozent zurückbleibt, dann hat die Stunde der Weltwirtschaft geschlagen, und ein neues Gewerberecht mußte an die Stelle des alten treten.

Wer von einer „zügellosen" Gewerbefreiheit nach den mehr als zwanzig Abänderungen, welche die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes erfahren hat, noch heute sprechen wollte, würde nur beweisen, daß er ein Held oder ein Opfer der Phrase ist. Seit Mitte der siebziger Jahre geht die Tendenz der Gewerbeordnung dahin, die Bewegungsfreiheit soweit irgend möglich einzuschränken und die korporative Organisation der Handwerker nach Kräften zu fördern. Nur die letzte Linie mußte eingehalten werden: Auf den Prüfungszwang, der die Abgrenzung der Arbeitsgebiete nach sich zöge, konnte und durfte man nicht wider zurückgehen. Das sah die Mehrheit der Handwerkervertretungen endlich selbst ein.

Der Mittelstand an sich, das heißt jene Schicht von Volksangehörigen, die durch ihre Leistung, ihre Bildung oder ihren Besitz über die arbeitenden Massen hinausragen, ohne

Digitized by Google

doch zu den Großkapitalisten zu gehören, ist keineswegs verschwunden. Nur umgebildet hat er sich, gewisse Bestandteile durch andere ersetzt. Seine Gesamtlage ist, verglichen mit derjenigen im Mittelalter, auch keineswegs eine schlechtere geworden. Der Handwerker, der in seiner Werkstatt gute Arbeit macht und in seinem Laden gute Ware führt, kommt auch heute noch vorwärts. Wenn eine Reihe von Gewerbearten untergegangen, andere vom Untergang bedroht sind, so ist anderseits doch auch nicht zu verkennen, daß die moderne Entwicklung dem Handwerk mancherlei Vorteil gebracht hat. Die neuen Werkzeuge, Maschinen und Motoren erleichtern dem Kleingewerbetreibenden die Produktion und verstärken dessen Arbeitskraft. Von der Fabrik bezieht er Teilstücke, die er mit Nutzen zu einem Ganzen zusammenfügt. Mit Erzeugnissen der Fabrik treibt er Handel und bezieht daraus, wie jeder Kaufmann, einen entsprechenden Gewinn. Er leitet Filialen von größeren Geschäften. Vor allem aber profitiert er von dem durch die rationellere Betriebsweise gehobenen Wohlstand. Endlich sind mancherlei neue Betriebsformen entstanden, denen sich die anderwärts verdrängten Kräfte zuwenden können.

Das Klein- und Mittelgewerbe wird die Position, die ihm geblieben ist, um so besser behaupten, je mehr es seine eigene Leistungsfähigkeit erhöht. Anpassen soll es sich der neuen Lage, nicht ihr widerstreben. Man räume mit dem alten Schlendrian auf, reize die Kauflust, zeichne deutlich alle Preise aus, verkehre geschickt mit dem Publikum, kurz, man gehe, soweit es die Kapitalkraft oder der Kredit irgend erlaubt, die Wege des glücklicheren Rivalen, und man wird Erfolg haben wie dieser. Nicht eine Aufhebung der Konkurrenz, sondern tüchtige Konkurrenten brauchen wir. Auch zur Begründung und Aufrechterhaltung von Rohstoff- und Werkzeuggenossenschaften sind kenntnisreiche und geschäftsgewandte Persönlichkeiten erforderlich.

Wie der Handwerker der Zukunft ist, so wird des Handwerks Zukunft sein.

Digitized by Google

Handel.

Die Wirtschaftswissenschaft neigte anfangs mehr der Handelsfreiheit als dem Schutzzoll zu. Ihre hervorragendsten Vertreter waren darin einig, daß es zumeist nur eine *Umlenkung* und *keine Vergrößerung der Produktion* bedeutet, wenn die Einfuhr ausgeschlossen und der bis dahin vom Ausland gelieferte Bedarf im Inland hergestellt wird. Schützt der Staat ein Gewerbe, so ziehen sich die Kapitalien zu diesem vorteilhafteren Verwendungsplatz hin, verlassen also diejenigen Betriebe, in welchen sie bisher beschäftigt waren. Es wird nicht *mehr*, sondern *anders* produziert. Ob diese künstliche Verteilung der Produktionskräfte günstiger wirkt als die natürliche, muß für den Regelfall bezweifelt werden. Wenn jedes Land die ihm eigentümlichen Kräfte ausbildet, so wird es in den Stand gesetzt, dasjenige, was es am vorteilhaftesten herstellen kann, gegen anderes auszutauschen, zu dessen Erzeugung es minder befähigt ist. Will es dagegen Dinge herstellen, zu welchen die Vorbedingungen fehlen, so verschwendet es Kraft. Schon *Adam Smith* sagte: „Mit Hilfe von Treibhäusern kann man in Schottland recht gute Weintrauben ziehen, nur würde der Wein dreißigmal so viel kosten als anderswo." Unter diesem Gesichtspunkt hatte J. B. *Say* recht, wenn er die Schutzzölle einen Kampf gegen die Natur nannte.

Aber sie bewirken nicht nur eine *andere Verteilung* der Produktion, sondern auch des *Produktions-Ertrages*. Ein bestimmter Einkommensteil wird aus der Tasche des einen in die des anderen geleitet, wobei die Empfangenden meist die Reicheren, die Verlierenden meist die

Digitized by Google

Ärmeren sind. Der Schutzzoll ist die Politik des Vorderhauses, und darin liegt seine soziale Gefahr.

Allerdings behaupten die Verteidiger der Zölle, daß auch die Arbeiter Vorteil davon hätten, weil sich die Arbeitsgelegenheit vermehre und der Lohn steige. Das ist in vielen Fällen richtig. Nur müssen Lohnsteigerungen oft erst in schwerem Kampf errungen werden; das heißt, die Streikbewegung mit allen ihren unerfreulichen Erscheinungen ist die unmittelbare Folge von Zollerhöhungen. Hat sich endlich der Ausgleich zwischen Warenpreis und Arbeitslohn vollzogen, dann sind lediglich die Produktionskosten gestiegen, nicht aber die Produktivität.

Ein Erziehungszoll kann da in Frage kommen, wo Reichtum oder Armut an Kapital, Gunst oder Ungunst der Verkehrsverhältnisse, der verschiedene Grad der Arbeiterleistung, die Ungleichheit der Steuern Unterschiede in dem Produktionsverhältnis bilden, deren Ausgleich erwünscht ist. Der Schutzsuchende müßte aber immer nachweisen, erstens daß er schutzbedürftig ist, zweitens daß und wann der Schutz sein Ziel erreicht, drittens daß die dadurch bedingten Opfer in richtigem Verhältnis zu dem Nutzen stehen.

So aber gehen die Dinge in Wirklichkeit nicht zu. Zollfragen sind Machtfragen; wer die Mehrheit im Parlament hat und den erforderlichen Einfluß auf die Regierung ausübt, verschafft sich Zollgeschenke, so viel er irgend kann, und gibt sie freiwillig nicht wieder her.

Ein fernerer Gegengrund besteht darin, daß der Schutzzoll leicht den Trutzzoll nach sich zieht. Auch im Ausland leben Egoisten, welche jede Gelegenheit wahrnehmen, sich durch Zölle zu bereichern. Ihre Arbeit wird erleichtert, wenn man den nationalen Nerv reizt und die bei uns beschlossene Erhöhung als eine Herausforderung erscheinen läßt, für welche Vergeltung geübt werden müsse. So kann leicht durch das böse Beispiel eines führenden Staates eine protektionistische Strömung hereinbrechen, die alle der Selbstsucht gezogenen Dämme überflutet. Dadurch entsteht eine

Digitized by Google

Periode lähmender Unruhe. Stetigkeit ist Lebenselement der Volkswirtschaft; nur auf diesem festen Untergrunde vermag der Geschäftsmann zu kalkulieren und zu disponieren. Aber gerade mit der Stetigkeit ist es dann vorbei. Eine neue Zollerhöhung des konkurrierenden Staates und Fäden, welche betriebsame Hände in jahrelanger Arbeit geknüpft haben, zerreißen plötzlich. Die überschüssige Ware bleibt im Inland und drückt hier auf den Preis. Mit der Einfuhr geht die Ausfuhr zurück, da ein Volk auf die Dauer nur mit eigenen Produkten zahlen kann.

Alle diese Gefahren sind um so größer, je kleiner das Zollgebiet ist, welches dem Hochprotektionismus verfällt.

So spricht im Zweifelsfalle die Vermutung für die Handelsfreiheit oder doch für den niedrigeren Zoll. Das war der Standpunkt von Staatsmännern wie Hardenberg, Peel, Gladstone, Cavour, auch des jüngeren Bismarck. Das entsprach so sehr der Auffassung der Wissenschaft, daß Heinrich von Treitschke im Jahre 1874 sagen konnte: „Freihändler sind wir doch allesamt!" Da aber kam der Umschwung. Die deutsche Landwirtschaft exportierte nicht mehr, sondern begann, das Eindringen ausländischer Konkurrenzware zu fürchten. Bismarck schrieb den Dezemberbrief und regte durch unzählige Artikel in seiner „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" das Publikum an, unter Beiseitelassung der politischen Gesichtspunkte den materiellen Vorteil zu verfolgen. Die Zeit der Verfassungskämpfe sei vorüber und die Ära der Verwaltung gekommen, so hieß es; man habe nicht mehr nach dem Programm der Parteien, sondern nach den Bedürfnissen des Berufsstandes zu fragen, dem jeder angehöre. Er rechnete dabei auf die Schwäche der Menschen, und er rechnete richtig. Es bildeten sich die Interessenvertretungen, es entstand der Bund zwischen Großindustrie und Großgrundbesitz, und alles drängte sich an die Regierung, welcher bei diesem Wettlauf naturgemäß die Rolle des Schiedsrichters zufiel.

Auch in der nachbismarckischen Zeit setzte sich die In-

Digitized by Google

tereſſenjagd fort und wurde zuletzt ſo ſtark, daß dem dritten Kanzler des Reichs im Jahre 1900 das Bekenntnis entfuhr: „Ich bin alt geworden in dem Glauben an den Fortſchritt der Menſchheit. Nun geſtehe ich, daß mein Glaube in den letzten Jahren etwas erſchüttert worden iſt. Der naturnotwendige Kampf ums Daſein hat in neuerer Zeit eine Richtung, eine Form angenommen, die an Vorgänge in der Tierwelt erinnert, und die einen Fortſchritt in abſteigender Linie befürchten läßt.“ Dieſen Seufzer ſtieß Fürſt Hohenlohe im Kreiſe von Gelehrten aus, bei deren Anblick er allerdings, wie er hinzufügte, die tröſtende Überzeugung erhalte, daß noch genügend geiſtige Kraft und Macht verhanden ſei, um die drohende Flut der materiellen Intereſſen auf ihr richtiges Maß zurückzudämmen.

Inzwiſchen ſtaute ſich noch einmal die protektioniſtiſche Strömung. Aber bald mußten Graf Caprivi und von Marſchall den Fanatikern des Schutzzolls weichen, die ſich am liebſten mit einer bis an die Zähne reichenden Rüſtung verſehen, mit Säbeln raſſeln und mit Sporen klirren wollten, um ſo das Ausland in Furcht zu verſetzen. Zuletzt kam es zu dem Generaltarif von 1902, welcher einen Rückfall in die ſchlimmſten Übertreibungen des Merkantilismus darſtellt.

Der Liberalismus iſt ſich wohl bewußt, daß die Praxis ſich nicht nach Lehrbüchern, ſondern nach der im Staate vorhandenen Kräfteverteilung richtet. Politik iſt Kunſt, nicht Wiſſenſchaft. Da ſtehen fordernde Menſchen; haben ſie die Macht, ſo zwingen ſie die Staatsgewalt in ihren Dienſt. Was auf dieſe Weiſe aufgebaut iſt, läßt ſich auch nicht mit einem Male einreißen. Unter den gegebenen Umſtänden muß man ſich damit begnügen, eine Abtragung der Zollmauer Stein um Stein und Handelsverträge zu fordern, die, wiewohl auf unerwünſcht hohem Zollniveau, dem Wirtſchaftsleben Ruhe ſchaffen.

So ſtimmte der Liberalismus anfangs der neunziger Jahre für die Handelsverträge des Grafen Caprivi, und ſo widerſtrebte er folgerichtig der von dieſen Bahnen ab-

Digitized by Google

biegenden Handelspolitik der Herren Fürst Bülow und Graf Posadowsky.

Der Opposition von 1902 schwebte als Ziel die Verlängerung der bestehenden Verträge vor. In der Vertretung dieses Gedankens sind Ungeschicklichkeiten vorgekommen; doch im Kern war er richtig. Der Verteuerung der Arbeitskraft, die dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit, der Erzielung des höchsten Nutzens mit den geringsten Kosten widersprach, der Verschärfung der Gegensätze, die zuletzt zu einem Zollkrieg hätte führen können, mußte mit Schärfe entgegengetreten werden. Das Ziel war nicht nur richtig gegriffen, es wäre auch erreichbar gewesen, wenn die nationalliberale Partei nicht versagt hätte. Da diese Partei es aber vorzog, der konservativ-klerikalen Koalition ihre Unterstützung zu leihen, konnte der neue Generaltarif im „Reichsanzeiger" erscheinen.

Damit hatte sich die Situation geändert, und demgemäß mußte auch die Taktik der Freisinnigen eine andere werden. Nunmehr stand die Alternative auf Generaltarif oder Vertragstarif, auf Getreidezölle von 7 oder 5 Mark, ja auf Zollkrieg oder auf Sicherung der Handelsbeziehungen für lange Jahre. Die Antwort konnte nur zugunsten der niedrigeren Zölle und der langfristigen Bindung lauten. Demgemäß stimmten die Freisinnigen, wenigstens zur Hälfte, für die ersten sieben Verträge. Sie wurden dafür von der andern Hälfte lebhaft angegriffen, ihre Abstimmung als ein schwerer Fehler, als ein trostloses Schauspiel, der Tag der Entscheidung als schwarzer Tag bezeichnet, den älteren ein vale senex zugerufen. Die Sozialdemokratie überbot diese Kritik noch und notierte sich bereits die einzelnen Abgeordneten, die den Verträgen zugestimmt hatten, als besondere Angriffsobjekte für die nächste Wahl. Aber schon der achte Vertrag, der deutsch-bulgarische, der bald darauf erschien und auf durchaus gleicher Grundlage wie derjenige mit Serbien und Rumänien beruhte, sah die Freisinnigen geeinigt. Ausnahmslos genehmigten sie ihn. Zuletzt erkannte sogar die Sozialdemokratie die Theorie vom kleineren Übel an, indem sie das Abkommen mit den

Digitized by Google

Vereinigten Staaten von Amerika guthieß, obwohl dieses gleichfalls das höhere Zollniveau zur Grundlage hatte. So trug die sachliche Politik über die agitatorische, das Verantwortlichkeitsbewußtsein über die Heldenspielerei zuletzt den Sieg davon.

Der Zukunftsweg liegt klar vorgezeichnet. Deutschland, das immer mächtiger emporstrebt, das in allen Meeren seine Flagge zeigt, das auf vielen Gebieten bereits den unbestritten ersten Rang einnimmt, darf nicht länger der Gefahr ausgesetzt werden, wichtige Absatzmärkte einzubüßen. Die Handelspolitiker müssen wieder ihre Hauptaufgabe darin erkennen, den Warenaustausch zu erleichtern, nicht aber, schlaue Interessenten zu begünstigen; sie dürfen nicht mehr das Einkommen von einem zum andern zu übertragen, sondern müssen das Gesamteinkommen zu erhöhen suchen.

Zweimal setzte im Laufe der letzten hundert Jahre eine verhältnismäßig freihändlerische Bewegung ein, in den Jahren 1818 und 1890. Hoffen wir, daß wir der dritten großen handelspolitischen Wendung zum Guten nicht mehr fern sind, — hoffen wir darauf, und wirken wir dahin!

Eine pfleglichere Behandlung des Exports ist heute mehr denn je erforderlich. Nie zuvor war Deutschland so innig wie jetzt in den Weltverkehr verflochten. Mehr als sechs Milliarden Mark beträgt seine Ausfuhr, und dazu treten die Einnahmen der Flußschiffahrtsgesellschaften und der Eisenbahnen, der Seetransport- und Seeversicherungsunternehmungen, die Erträgnisse aus den in deutschen Besitz gelangten Wertpapieren, die Gewinne aus deutschen Kapitalanlagen im Ausland. Diese Werte sind in stetem Wachstum begriffen, und damit wird die Verpflichtung, sie zu schützen, immer dringender. 4498 Millionen Mark von unseren Ausfuhrwerten entfielen 1906 auf Fabrikate, 4244 Mill. Mark von der Einfuhr auf Rohstoffe für Industriezwecke, — auch das ist ein Wegweiser für die Zukunft.

Schwerlich wird die Entwicklung dahin führen, daß sich Staatengruppen, wie etwa ein Mitteleuropäischer Wirt-

Digitized by Google

schaftsverein, bilden und in Selbstgenügsamkeit eine autonome Wirtschaftspolitik treiben. Die dem entgegenstehenden Schwierigkeiten sind so groß, daß sie kaum überwunden werden können. Ungleich leichter lassen sich dagegen die zu hoch emporgetriebenen Zölle ermäßigen und dadurch endlich wieder Schritte in der Richtung auf eine natürlichere Arbeitsteilung tun.

Digitized by Google

Kartellwesen.

Zu den alten Argumenten gegen eine Übertreibung des Schutzzolls ist ein neues getreten, die Entwicklung des Kartellwesens. Die Kartelle revolutionieren unsere Volkswirtschaft, durchbrechen die Gewerbefreiheit, schalten das Gesetz von Angebot und Nachfrage für immer größere Gebiete aus. Die ganze Industrie ist von dieser Bewegung ergriffen, und wer in seiner Eigenschaft als Abnehmer auf ein Kartell schilt, unterläßt es selten, sich als Produzent zu kartellieren.

Solche Produzentenverbände können Gutes stiften, indem sie die Erzeugung dem Bedarf anpassen, Unkosten ersparen, bei sinkender Konjunktur die Bremse ansetzen, bei steigender die Überstürzung verhüten und auf diese Weise Krisen, wenn nicht hindern, so doch mildern. Zum Schaden schlagen sie dagegen aus, wenn sie lediglich auf Preiserhöhung, auf Schröpfung der Verbraucher oder Weiterverarbeiter bedacht sind.

Tatsächlich wollen nur zu viele Kartelle weniger im Sinne des Prinzips höherer Wirtschaftlichkeit ein Fortschritt als eine einfache Bereicherungsquelle für die Beteiligten sein. Sie setzen die Warenpreise so hoch hinauf, wie die Situation dies irgend zuläßt, und halten an ihnen selbst dann noch fest, wenn alle Zeichen der Konjunktur auf eine Ermäßigung hinweisen. Der größte Mißbrauch der Macht ist es, dem Ausland die Waren billiger als dem Inland zu liefern. Dadurch wird nicht nur das Inland schwer benachteiligt, sondern auch die mit dem Zoll verfolgte Absicht des Gesetzgebers durchkreuzt. In solchen Fällen sind die Kartelle nicht mehr Fallschirme der Produktion, nicht mehr Mangel und Überfluß ausgleichende

Digitized by Google

Talsperren, als welche man sie angepriesen hat, sondern Auswüchse, die mit der Heckenschere zurückgeschnitten werden müssen.

Die mißbräuchliche Ausnutzung der monopolartigen Stellung solcher Preisvereinigungen wird in dem Maße *erleichtert*, wie man die *Zölle erhöht*. Der Zoll ist der Wall, der das Kartell umfriedet. Je höher die Umwallung, desto ungestörter übt dahinter der Kartelleiter seine Wirksamkeit aus. Es ist kein Zufall, daß die Kartelle in denjenigen Ländern den größten Umfang gewonnen haben, welche die höchsten Schutzzölle gewähren, also namentlich in Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Es ist ferner kein Zufall, daß in Deutschland die Kartelle erst emporwuchsen, fast möchte man sagen: emporwucherten, als die Verschärfung des Schutzprinzips eintrat. Während 1879 nur 14 Kartelle bei uns bestanden, ist die Zahl derselben gegenwärtig auf weit über 400 gestiegen.

Mit Kartellgesetzen und Staatsaufsicht würde hier wenig ausgerichtet werden. Der langjährige Präsident einer der größten Eisenbahngesellschaften Amerikas, *O. J. Smith*, konnte spöttisch ausrufen: „Macht euch keine Sorge! Während der letzten dreißig Jahre hat man schon oft genug gegen uns gestimmt, ohne uns auch nur im geringsten zu schaden. Es macht uns Spaß, zu sehen, wie die naiven Leutchen uns feierlich in Anklage versetzen und trotzdem nichts, rein gar nichts fertig bringen.“ Wer sich solchem Spott nicht aussetzen will, muß das Problem von einer andern Seite anfassen, nämlich von der Seite der Zollpolitik. Das Schicksal des Zuckerkartells hat hierfür das lehrreichste Beispiel geboten. Auf diese Weise trifft man zwar nicht alle — einzelne haben es mit zollfreien Gegenständen zu tun —, aber doch recht viele und recht bedenkliche Gebilde. Vielleicht gelingen internationale Verträge auch für andere Weltmarktartikel als für Zucker.

Digitized by Google

Börse.

Die Sache der Börse ist nicht die Sache einer einzelnen Partei, sondern der gesamten Volkswirtschaft. Denn eines Marktes, auf dem sich Angebot und Nachfrage begegnet, einer Vermittlung zwischen den kapitalsuchenden Staaten, Gemeinden und Unternehmungen einerseits und dem anlagesuchenden Kapital anderseits, der Möglichkeit eines Ausgleichs nationaler und internationaler Verbindlichkeiten kann kein modernes Wirtschaftssystem entraten.

Soll die Börse als Regulator und als Barometer aber richtig funktionieren, so darf der Gesetzgeber sie nicht falsch behandeln, wie dies in dem Börsengesetz von 1896 geschehen ist. Nicht alles an jenem Gesetz verdient Tadel. Soweit darin Bestimmungen über die Organisation der Börse, die Feststellung der Preise, die Zulassung der Wertpapiere zum Börsenhandels- und Kommissionsgeschäft, das ehrengerichtliche Verfahren und einiges andere getroffen werden, sind Einwendungen um so weniger zu erheben, als das Gesetz hier meist schon Vorhandenes übernommen und kodifiziert hat. Die eigentliche Neuerung und Verschlechterung dagegen liegt im Absatz IV, der den Terminhandel in Bergwerks- und Fabriksunternehmungen, in Getreide und Mühlenfabrikaten untersagt und, soweit Börsenterminhandel überhaupt noch gestattet bleibt, ein Schuldverhältnis aus Termingeschäften nicht begründet wissen will, wenn nicht beide Teile zurzeit des Geschäftsabschlusses in dem Börsenregister eingetragen waren. Hierdurch wurde das Übergewicht der Großbanken verstärkt, die Spekulation in die Form des Kassageschäfts gedrängt, welches Kapitalien überflüssigerweise festlegt und dadurch zur

Digitized by Google

herrschenden Geldteuerung beiträgt; ferner wurden die Schwankungen der Kurse nach oben wie nach unten vergrößert und das Geschäftsleben durch Legalisierung des Differenzeinwands vergiftet.

Außer dem agitatorischen Bedürfnis war es die Unkenntnis der Verhältnisse, welche den gesetzgeberischen Mißgriff veranlaßt hat. Inzwischen aber sind Erfahrungen gemacht worden, aus denen jeder lernen kann, der lernen will. Man hat Vertreter des Staats und der Landwirtschaft in die Börsenorganisation einbezogen, und gerade aus der Mitte dieser Vertreter kommt der Ruf nach Reform. Der für die Landwirtschaft in den Börsenvorstand berufene Graf von der Schulenburg-Grünthal äußerte im Mai 1907 im Herrenhaus: „Wenn man solche Zustände gesehen hat, muß man sagen: hier tut's, weiß Gott, dringend not, daß etwas für die Reparatur von Treu und Glauben getan wird." Nun also, man tue etwas, und zwar etwas Gründliches.

Man tue es auch mit Rücksicht auf den hohen Diskont, der, wie bemerkt, zum Teil eine Folge des Börsengesetzes ist. Zum andern Teil kommt der ungewöhnlich hohe Stand der Warenpreise und die starke Anspannung des Kredits in Betracht. Der vorhandene Vorrat an Münzmetall könnte an sich für den Zahlungsbedarf genügen. Selbst die früheren Bimetallisten behaupten heute nicht mehr, daß der Goldvorrat zuzüglich der jährlichen Goldausbeute zu gering sei, und sie verzichten deshalb auf ihren Vorschlag, Gold und Silber nebeneinander als Münzmetall gelten zu lassen, d. h. zwei Wertmesser da einzuführen, wo die Natur der Sache nur einen einzigen erlaubt. Die Erde gibt soviel Gold her, als der Verkehr bedarf, aus Alluvium wie aus Gestein. Die Goldproduktion des Jahres 1905 schloß mit 1585, die des Jahres 1906 mit 1680 Mill. Mark ab. Nur müssen Einrichtungen getroffen werden, um eine ungeeignete Benutzung der Barmittel zu verhindern.

Digitized by Google

Finanzwesen.

Was der Staat braucht, muß er haben. Wollte eine Partei, gestützt auf die Abneigung der Wählerschaft gegen das Steuerzahlen, Ausgaben bewilligen, ohne für Einnahmen zu sorgen, so würde sie die politische Moral verletzen. Nur das Eine steht ihr frei: sie darf hinsichtlich der Form der Deckung, der Art und Ausgestaltung einer Steuer ihre Vorbehalte machen.

Der Liberalismus stimmt einer Steuer nur zu, wenn sie dem Postulat der Allgemeinheit entspricht und wenn sie die Leistungspflicht nach der Leistungsfähigkeit bemißt. Damit sind Steuern ausgeschlossen, die ein einzelnes Gewerbe herausgreifen und für sich allein heranziehen. Ausgeschlossen ist ferner eine weitere indirekte Besteuerung.

Die volle Schwere der durch Zölle hervorgerufenen Belastung ermißt man erst, wenn zu den in die Reichskasse fließenden Erträgen die Preiserhöhungen hinzugerechnet werden, welche der auf ausländische Erzeugnisse gelegte Zoll für die entsprechende Inlandsware nach sich zieht. Bei der Verbrauchssteuer gilt es als selbstverständlich, daß sie den Warenpreis um ihren Betrag verteuert. Die Verbrauchsabgabe soll — ihr Name sagt es — den Verbraucher treffen. Nicht ganz so rein kommt die Preiswirkung des Zolls zum Ausdruck. Sein Zweck ist, wenn anders er nicht als bloßer Finanzzoll dem Staate Einnahmen zuführen soll, das Inlandserzeugnis zu schützen, d. h. es billigeren Auslandspreisen gegenüber konkurrenzfähiger zu erhalten. Dieser Schutz wird nur durch einen höheren Preis gewährt. Ein Schutzzoll, der die Inlandspreise nicht erhöhte, hätte seinen Zweck verfehlt.

Daß der Preis stets genau um den Betrag des Zolles

Digitized by Google

steigt, soll nicht behauptet werden. Der preisbildenden Momente gibt es viele, und eines kann das andere durchkreuzen. Ganz ohne Wirkung aber bleibt die Einführung eines Zolles niemals. Es ist, als ob zu den vorhandenen Zuflüssen, die ein Gewässer bilden, ein neuer tritt. Der Wasserspiegel hebt sich, wenn nicht der Abfluß stärker wird. Genau so steigt das Preisniveau, falls nicht Umstände eintreten, die die Steigerungstendenz aufheben. Oder umgekehrt ausgedrückt: im luftleeren Raum fällt ein Stück Blei und eine Federflocke gleich schnell zu Boden, im lufterfüllten Raume nicht. Aber das Fallgesetz bleibt immer richtig.

Zu den Hunderten von Millionen, die an Zollerträgen im Etat erscheinen — allein für Getreide, Hülsenfrüchte und Malz wurden in 1906 nicht weniger als 218 Mill. Mark, 3,55 Mark auf den Kopf, eingenommen —, treten also andere Hunderte, die darin nicht erscheinen. Nun liegt es in der Natur der indirekten Abgaben, daß sie auf die schwachen Schultern meistens schwerer drücken als auf die starken. Maßstab der Belastung ist der Verbrauch, und nicht die Leistungsfähigkeit. Der Ärmere gibt 50—60%, unter Umständen noch mehr für seine Nahrung aus, der Reichere einen sehr viel geringeren Prozentsatz seines Einkommens. So verlockend indirekte Steuern für den Staatsmann sind, für das Volk enthalten sie eine Unbilligkeit, die ihre Grenze haben muß. Kann diese Last zurzeit nicht wesentlich verringert werden, so soll man sie wenigstens nicht noch erhöhen.

Oberster Grundsatz der Besteuerung bleibt die Gerechtigkeit, d. h. die Allgemeinheit und Gleichmäßigkeit. Alle müssen an den Lasten tragen, und die Last hat sich nach der Kraft zu richten. Von der Tendenz, Leistungspflicht und Leistungsfähigkeit einander anzupassen, ist die ganze Entwicklung des modernen Steuerwesens beherrscht.

Die Beachtung dieses Steuerpostulates wird um so mehr notwendig, je höher der Staatsbedarf ansteigt. Gibt es ein Gesetz der Ausdehnung der Staatstätigkeit und damit der Staatsausgaben, so wird jede auf eine schwache Stelle

Digitized by Google

gelegte größere Last nur um so schmerzlicher empfunden. Tatsächlich sind in allen Kulturstaaten die Budgets fortgesetzt gewachsen. Die Ursachen für die Bedarfssteigerung liegen zumeist in den Rüstungen, aber nicht allein in ihnen; auch der wirtschaftlich-soziale Aufgabenkreis hat sich erweitert.

Dringender als zuvor sieht sich somit der Politiker, der dem Rechtsbewußtsein seiner Zeit genügen will, auf die Erschließung direkter Steuerquellen angewiesen. Eine Einkommenssteuer oder eine Vermögenssteuer, die den Vermögensstamm nicht angreift, hat alle die Vorzüge, welche den Zöllen und Verbrauchssteuern abgehen. Sie steigt und fällt mit der Steuerkraft. Sie ist dem Staatsbedarf leicht anzupassen, wenn man sie beweglich macht.

Spricht somit sachlich alles für eine direkte Reichssteuer, so spricht juristisch nichts dagegen. Eine Bestimmung, daß den Bundesstaaten die direkten, dem Reich die indirekten Steuern gebühren, enthält die Reichsverfassung nicht. Im Gegenteil, man hat auf diese Unterscheidung ausdrücklich und bewußt verzichtet.

Der Anfang mit der Heranziehung des Einkommens und Vermögens zur Deckung von Reichsausgaben ist auch bereits gemacht. Die Tantiemensteuer trifft einen Teil des Einkommens, die Erbschaftssteuer trifft das Vermögen. An Stelle dieser intermittierenden, nur im Erbgang eintretenden setze man die reguläre, das Vermögen Jahr für Jahr erfassende Vermögenssteuer, und man hat den Schritt getan, der nach der ganzen Vorgeschichte und bei der Geltung des allgemeinen Wahlrechts unvermeidlich ist. Legen wir preußische Verhältnisse zugrunde und rechnen das Verhältnis von Preußen zum Reich wie 3 zu 5, so ist dem Reiche ein Ertrag von 60 Mill. gewonnen. Er kann sich erhöhen, wenn man etwas weniger milde zugreift. Noch sträuben sich die Bundesstaaten; aber sie haben ebenso der Erbschaftssteuer widerstrebt, die dennoch zur Einführung gelangte. So wird auch die Reichsvermögenssteuer kommen, weil ihre werbende Kraft zu groß ist, als daß man ihr für immer widerstehen könnte. Vielleicht reizt es die Bundes-

Digitized by Google

staaten, wenn ihnen gestattet wird, Zuschläge zur Reichsvermögenssteuer zu erheben, wie sie solche auf die Erbschaftssteuer legen dürfen. Jedenfalls mögen sie davon überzeugt sein, daß es hier nur ein Entweder—Oder gibt: entweder eine selbständige direkte Vermögenssteuer oder höhere Matrikularbeiträge. Die letztere Lösung würde für eine Zwischenzeit schon deshalb eventuell annehmbar erscheinen, weil auch die einzelstaatlichen Zuschüsse zumeist aus direkten Steuern herrühren.

Der Einwand, daß unter der direkten Besteuerung die Kapitalsbildung leide, hält nicht Stich. Allerdings wurden in Reich und Bundesstaaten zusammen für 1906 nicht weniger als 526 Mill. Mark einschließlich der Erbschaftssteuern auf direktem Wege erhoben; aber das Einkommen allein der preußischen Zensiten betrug in 1906 zusammen 10331 Mill. Mark, wobei zu beachten, daß 22 Millionen Köpfe nicht veranlagt, weil einkommensteuerfrei sind. Die jährliche Vermehrung des deutschen Volksvermögens, das Mitte der 90er Jahre auf 200 Milliarden geschätzt wurde, durch reale Ersparnisse, berechnete Becker im Jahre 1886 bereits auf 2,5 Milliarden jährlich. Heute ist sie erheblich höher. Der Nationalwohlstand wuchs trotz der Steuer an, und er wird auch unter einer Reichsvermögenssteuer weiter wachsen.

Außerdem wird man freilich die Fehler der bestehenden Steuern korrigieren müssen, vor allem diejenigen der Branntweinbesteuerung. Der Branntwein hat sich, soweit er aus der Kartoffel herrührt, stets der liebevollsten Behandlung seitens des Steuerfiskus zu erfreuen gehabt. In der Maischraumsteuer erfand man ein System, welches durch die Denaturierungs- und Ausfuhrprämie eine rasche Entwicklung der Technik begünstigte. Empfänger der Prämie ist derjenige, welcher den mit der Maischbottigsteuer belasteten Branntwein zur Denaturierung (oder Ausfuhr) anfertigen läßt, also in der Regel nicht der Brenner, sondern der Besitzer eines Branntweinlagers oder einer Reinigungsanstalt. Der eigentlich Begünstigte bleibt indes der Brenner, da für ihn die

Digitized by Google

Prämie in dem ihm vom Händler bezahlten Spirituspreis zum Ausdruck kommt. So günstig diese Steuerform anfangs gewirkt hat, zuletzt führte sie dahin, daß sie in Umkehrung des Satzes vom Schutze der Schwachen zu einer Bevorzügung der Starken wurde; denn die gezahlte Rückvergütung ist um so größer, je mehr Ausbeute der Brenner erzielt, und die Ausbeute stellt sich um so höher, je besser die maschinelle Einrichtung, je kapitalkräftiger der Betriebsunternehmer ist. Daß hier Wandel geschaffen werden muß, hat die Regierung durch Einbringung des Maischbottigsteuerentwurfs selbst anerkannt. Nur will sie noch immer eine Schonung walten lassen, welche angesichts der bestehenden Mißstände nicht mehr gerechtfertigt erscheint.

Womöglich noch reformbedürftiger ist das Branntweinsteuergesetz von 1887, welches den Doppelsatz der Steuer von 50 und 70 Mark für kontingentierten und nichtkontingentierten Spiritus einführte. Die Differenz von 20 Mark sollte im Preis des Trinkbranntweins zum vollen Ausdruck kommen. Darum wurde der Berechtigungsschein eingeführt und zur weiteren Sicherheit bestimmt, daß das Kontingent stets hinter dem Trinkverbrauch, also das Angebot stets hinter der Nachfrage zurückbleibt. Der agrarische Mund behauptet, die 20 Mark seien keine Liebesgabe; die agrarische Hand aber greift hastig danach. Jede Brennergruppe neidet der andern ihr Kontingent.

Aus dieser verwickelten und verkünstelten Besteuerungsweise führt ein grader Weg heraus, die einfache Fabrikatsteuer, wie sie auch für andere Genußmittel besteht. Schwierig bleibt dabei nur die Behandlung der kleineren und mittleren Brennereien, die der Konkurrenz erliegen würden, wenn man sie steuerlich nicht schonen wollte. Bei gutem Willen läßt sich aber auch hier eine Überleitung finden. Grade an dem Willen hat es freilich bis jetzt gefehlt und wird es vielleicht auch bei der für 1912 bevorstehenden Reform der Branntweinsteuer fehlen. Aber endlich muß eine sachgemäße Reform in Angriff genommen und altes Unrecht gesühnt werden.

Digitized by Google

Auch gegen die Beseitigung des Prämiensystems bei der Zuckersteuer haben sich die Interessenten anfangs gesträubt. Es gab Unglückspropheten, die, als die Brüsseler Zuckerkonvention in Sicht trat, frischweg verkündeten: „Der Rübenbau wird auf dem Lande verschwinden, nach Fortfall der Prämien wird man teuren Rohrzucker essen.“ Die Konvention von Brüssel wurde abgeschlossen, dem Zuckersyndikat der Lebensfaden abgeschnitten, und Deutschland ist noch immer das erste Zuckerland der Welt. Gegenwärtig reguliert der freie Markt die Produktion; durch niedrigere Preise als Folge eines Überangebots führt er Einschränkungen, durch höhere Preise als Folge einer dringlichen Nachfrage eine Ausdehnung der Produktion herbei. Hat die deutsche Zuckerindustrie einen Teil ihrer Ausfuhr verloren, so erweiterte sie dafür den Absatz auf dem Inlandsmarkt. Der Zuckerverbrauch stieg fast automatisch in dem Maße, wie der Zuckerpreis herabging.

Digitized by Google

Sozialpolitik.

Wer heute Sozialpolitik treiben, die Massen geistig und wirtschaftlich emporheben will, hat sich zuvor mit derjenigen Richtung der neuesten Philosophie auseinanderzusetzen, die nicht das Glück der vielen, sondern die Größe einzelner, die Züchtung von Heroen als Kulturziel hinstellt. Friedrich Nietzsche war der Meinung, daß ein Volk nur ein Umweg der Natur sei, um zu einem Dutzend großer Männer zu gelangen. Er stellte das Prinzip auf: „Die Menschheit soll fortwährend daran arbeiten, einzelne große Menschen zu erzeugen, — dies und nichts anderes sonst ist ihre Aufgabe." Schon die Jugend solle im Kultus des Genius erzogen werden; man müsse ihr beibringen, daß sie nur die eine Pflicht habe, „die Geburt und Entwicklung des Philosophen, des Künstlers, des Heiligen in und außer uns zu beschleunigen und so an der höchsten Vollendung der Natur mitzuarbeiten." Die ganze Menschheitsgeschichte erschien Nietzsche wie Schopenhauer derart, als rufe ein Riese dem andern durch die öden Zwischenräume der Zeiten zu, und als setze sich, ungestört durch mutwilliges, lärmendes Gezwerge, welches unter ihnen weg krieche, dieses hohe Geistesgespräch auch in Zukunft fort.

Wer wollte es leugnen, daß ein immer höherer Menschheitstyp herausgebildet werden muß. Die Entwicklungslehre weist deutlich darauf hin. Doch der Drang nach den besseren Daseinsbedingungen beherrscht alles, was lebt. Nicht wenige Auserwählte nur, nicht allein die Gestalter oder Verkündiger ihrer Zeit, sondern jedermann vernimmt die innere Stimme, die zum Höheren und Besseren aufruft. Überall, in den

Digitized by Google

Sonnen- wie in den Planetennaturen, wirkt der Trieb, die Summe der Luſtgefühle größer werden zu laſſen als die der Leidgefühle. Ausnahmslos waltet das Geſetz, daß man ſich an die erreichte Beſſerung der Lage raſch gewöhnt, und daß dieſe das Niveau bildet, über welches ein neuer Reiz hinausgehen muß, um als ſolcher bewußt zu werden. Beides zugleich, der höhere Typ und das größte Glück der größten Zahl, ſind die Sterne, nach denen wir den Kurs zu richten haben, — das hat Nietzſche überſehen, ſo hoch ſein Geiſt ſonſt flog.

Dieſer Grundgedanke, allen die Möglichkeit des Aufſtiegs zu bieten, beherrſcht denn auch tatſächlich die moderne Sozialpolitik. Der Staat erkennt die Freiheit der Perſon bei der Arbeit bis zu der durch das öffentliche Wohl gezogenen Grenze an und wirkt zugleich dahin, daß die Arbeiter von der Freiheit nicht nur die Sorge, ſondern auch die Freude haben. Eine geſundheitsſchädliche Beſchäftigung, eine Übertreibung des Abhängigkeitsverhältniſſes ſucht er durch Geſetze zu verhindern, und außerdem gibt er den Beteiligten Gelegenheit zu ſelbſtändiger Mitwirkung bei der Feſtſetzung aller ſonſtigen Arbeitsbedingungen.

Das vom Standpunkt des einzelnen Rechtmäßige iſt hier zugleich vom Standpunkt des Ganzen zweckmäßig. Im Wettſtreit der Völker kann ſich Deutſchland nur behaupten, wenn alle ſeine ſchaffenden Kräfte ihr Höchſtes hergeben, und das tun ſie lediglich in gehobener, nicht in gedrückter Lage. Nach einem bekannten und nur zu richtigen Worte iſt derjenige Staat der ſtärkſte, der die meiſten helläugigen, breitbrüſtigen und hochgemuten Menſchen hat. Der größere Anteil der Maſſen an den Kulturgütern erhöht zugleich die Konſumtionskraft und ermöglicht dadurch eine Ausdehnung der Produktion. Wird mehr verdient, ſo kann mehr ausgegeben werden. Die Landwirtſchaft, das Handwerk, der Hausbeſitz, ſie alle ziehen davon Vorteil, das ganze Wirtſchaftsleben wird befruchtet.

Nicht zuletzt iſt es die Rückſicht auf eine ruhige Entwicklung des ſtaatlichen Lebens, die zur ſozialen Fürſorge

Digitized by Google

nötigt. Die Arbeiter sollen die Überzeugung gewinnen, daß die heutige Wirtschaftsordnung, wenn sie Wunden schlägt, auch Wunden heilt; sie sollen eingeordnet werden in den Organismus des Staats, um hier als nützliche Glieder zum Wohl des Ganzen mitzuwirken. Damit erhält die Sozialpolitik eine hohe volkserzieherische Bedeutung.

Der Beweis, daß tatsächlich die arbeitenden Klassen innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems vorwärtskommen, ist geführt. Das erkennen selbst Kommunisten an. Im Jahre 1845 schrieb Friedrich Engels über die Lage der arbeitenden Klassen in England: „Weiber, zum Gebären unfähig gemacht, Kinder verkrüppelt, Männer geschwächt, Glieder gequetscht, ganze Generationen verdorben, mit Schwäche und Siechtum infiziert, und dies alles bloß, um der Bourgeoisie den Beutel zu füllen." Als im Jahre 1892 die zweite Auflage jenes Buches erschien, mußte sein Verfasser zugeben, daß der damals beschriebene Stand der Dinge heute größtenteils der Vergangenheit angehöre. Damals prophezeite er eine Revolution, die er für ganz unvermeidlich hielt, weil es schon zu spät sei, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Kurz vor seinem Tode dagegen gestand er einem Freunde: „Ich bin nun doch zu der Ansicht gekommen, daß die englischen Arbeiter gar nicht daran denken, der kapitalistischen Wirtschaft den Garaus zu machen, sondern nur noch darauf bedacht sind, sich möglichst gut unter ihr zu stellen."

Auch andere als er erblickten mit ihrem Seherauge, das in mehr oder minder holdem Wahnsinn rollte, bereits den Zusammenbruch alles Bestehenden, der nur abgewendet werden könnte, wenn die kranke Gesellschaft die von ihnen verschriebene Medizin einnähme. War ihre Phantasie besonders lebhaft, so schwelgten sie in der Ausmalung entsetzlicher Bilder, gewöhnlich entweder von einem Vulkan, auf dessen Oberfläche Menschen tanzen, in dessen Innern aber die Lava zischt, oder von einem Prachtbau, in dem üppige Feste gefeiert werden, während Simson, der geblendete Riese, mit wutverzerrten Zügen unten an den Säulen rüttelt. Es ist anders gekommen,

Digitized by Google

als die Propheten kündeten. Wenn die Zukunft auch noch eine Fülle ungelöster Aufgaben aus der Hand der Gegenwart empfängt, so ist doch schon sehr viel erreicht. Nicht abwärts, sondern aufwärts führt der Weg.

Am wenigsten braucht die deutsche Sozialpolitik den Vergleich mit derjenigen anderer Länder zu scheuen. Um nicht des Selbstlobs bezichtigt zu werden, folgen wir einem ausländischen Beurteiler, der unsere sozialen Verhältnisse respektvoll, ja bewundernd schildert: Ist der deutsche Arbeiter in Schwierigkeit aus Mangel an freundlichem Rate, — es gibt keinen Gegenstand unter der Sonne, über welchen die Auskunftsstelle nicht zur Information bereit wäre. Sind Kapital und Arbeit in Streit geraten, — in den Gewerbegerichten wird die Gelegenheit zur raschen und kostenlosen Erledigung geboten. Wirft Krankheit ihre Schatten über das Heim des Arbeiters, — der Versicherungsfonds ist da, zu dem er in gesunden Tagen beigesteuert hat. Dazu treten gut eingerichtete öffentliche Krankenhäuser und Erholungsheime, Heilstätten, die von den Versicherungsanstalten errichtet sind. Ist die letzte Szene in des Lebens ereignisreichem Lauf gekommen, der Verfall und die Hilflosigkeit, so erwartet den müden Soldaten der Industrie ein Ruhegehalt, das nicht so ergiebig ist, wie es sein sollte, aber doch eine willkommene Beisteuer zu den eigenen Ersparnissen oder den Opfern von Kindern und Verwandten bildet. Fügt man hinzu, daß bei uns die Mittelstufen der Einkommensteuer immer stärker besetzt werden, daß sich die Arbeitszeit verkürzt, der Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln erweitert, die Sterblichkeit vermindert, so ergibt dies ein Gesamtbild, dessen man sich trotz mancher trüben Züge freuen kann.

Deutschland hat Großes geleistet, und es wird das Begonnene beherzt, ohne Überhastung, aber auch ohne Verschleppung fortsetzen. Wenn es nicht noch rascher auf diesem Wege vorwärtsschritt, so lag dies außer an sachlichen und parteipolitischen Schwierigkeiten an der staatsrechtlichen Eigenart des Deutschen Reiches. Der Bundesrat hat oft gezögert, da er

Digitized by Google

seinerseits wieder mit Rückständigkeiten in den einzelnen Staaten rechnen mußte. Im Reichstag dagegen ist jetzt mehr denn je diejenige soziale Wärme vorhanden, welche die Keime zur Entfaltung bringen könnte.

Der Liberalismus hat nicht allen dem Arbeiterschutz und der Arbeiterversicherung gewidmeten Gesetzen zugestimmt. Er wollte dem staatlichen Zwange engere Grenzen ziehen und fürchtete eine Vernichtung der Selbsttätigkeit, eine moralische Entkräftung durch die behördliche Bevormundung. Seit dem Beginn der 90er Jahre jedoch änderte sich die Haltung. Man stellte sich nicht nur auf den Boden der gegebenen Gesetze, man half auch bei deren Ausbau mit. Aus Prinzipienfragen wurden Zweckmäßigkeitsfragen. Es drang die Überzeugung durch, daß ein gewisser Zwang notwendig ist, um der Klassenselbstsucht Zügel anzulegen und der Fahrlässigkeit des einzelnen zu begegnen. Man erkannte ferner, und zwar schon an den immer von neuem ausbrechenden Arbeitsstreitigkeiten, daß die Tatkraft der Arbeiter so leicht nicht ermattet.

Zum Zeugnis dessen seien einige der sozialpolitischen Anträge der 90er Jahre angeführt. Ein Antrag Pachnicke-Roesicke verlangte, daß ein Reichsarbeitsamt errichtet werde, welchem die Untersuchung und Feststellung der Arbeiterverhältnisse im Deutschen Reich unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer obliegt. Aus der hierdurch eingeleiteten Bewegung ging die jetzige sozialpolitische Abteilung des Statistischen Amts hervor. Ein Antrag Pachnicke regte die Niedersetzung einer Kommission mit der Aufgabe an, die bisher gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit getroffenen Versicherungseinrichtungen zu prüfen und Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung dieses Zweiges der Versicherung zu machen. Das erste Ergebnis dieser Anregung war die Arbeitslosendenkschrift des Reichsamts des Innern. Ein Antrag Roesicke-Pachnicke verlangte einen Gesetzentwurf betreffend Errichtung kommunaler Arbeitsnachweise. Dieselben Abgeordneten forderten wiederholt die Ab-

Digitized by Google

änderung der Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung. Die Abgeordneten Schrader, Rickert, Pachnicke, Freſe beantragten die Berufung einer Kommiſſion zur Unterſuchung der beſtehenden Wohnungsverhältniſſe. Ein Antrag Pachnicke von 1897 verlangte einen Geſetzentwurf, nach welchem die Anſtellung von Gewerbeaufſichtsbeamten und die Ordnung ihrer Zuſtändigkeitsverhältniſſe von Reichs wegen erfolgt.

Eines aber haben die freiheitlich gerichteten Parteien ſtets konſequent als ihr Ziel feſtgehalten, die Koalitionsfreiheit. Ihrem Antrieb war es zu danken, daß in der Gewerbeordnung von 1869 die Koalitionsverbote beſeitigt wurden. Die weitere Vervollſtändigung des Koalitionsrechts ſuchte ſowohl die freiſinnige und deutſche Volkspartei wie die freiſinnige Vereinigung beſonders durch die geſetzliche Anerkennung der Berufsvereine zu fördern, die ſie wiederholt beantragt haben. Sie alle waren gleichmäßig davon überzeugt, daß die Schranken fallen müſſen, welche den Gebrauch des Rechts auf Organiſation zurzeit erſchweren.

Aus der formalen Gleichberechtigung muß die faktiſche werden, und das iſt nur durch den Zuſammenſchluß der Kräfte möglich. In der Vereinzelung ſind die Arbeiter machtlos, in der Vereinigung ſind ſie ſtark. Die Organiſation wird überdies von einem ganz anderen Verantwortlichkeitsgefühl beherrſcht als die unorganiſierten Maſſen. Zu Verbänden zuſammengefaßt, lernen die Arbeiter Beſonnenheit und gewöhnen ſich, durch üble Erfahrungen gewitzigt, ihre Macht vorſichtig zu gebrauchen.

Ihr Hauptzweck bleibt, Einfluß auf den Preis der Arbeit zu gewinnen. Dieſer Zweck iſt ſo berechtigt, dieſes Streben ſo ſelbſtverſtändlich, wie es berechtigt und ſelbſtverſtändlich iſt, daß der Unternehmer oder Kaufmann für ſeine Ware den höchſten Preis, für ſeine Arbeit den größten Lohn zu erzielen ſucht.

Verſtändige Arbeitgeber wehren ſich auch gar nicht mehr

Digitized by Google

gegen ein Verhandeln mit Arbeiterverbänden. Sie wissen, daß der Konstitutionalismus in der Industrie genau so eine entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit ist wie der Konstitutionalismus im politischen Leben. Die Arbeitsbedingungen sind nicht mehr individuell, also müssen sie auch kollektiv geregelt werden, sei es zwischen Fabrikleitung und Arbeitsausschuß, sei es zwischen den zentralen Organisationen beider Parteien. Früher gab es nach einem hübschen Worte von Professor Philippovich zwei Wege für die Unternehmer, sich zu ruinieren: nicht zu verstehen, wie man produziert, und nicht zu verstehen, wie man Produkte absetzt. Heute gibt es noch einen dritten: nicht zu verstehen, wie man mit Menschen umgeht.

Wie der Arbeitnehmer, so hat auch der Arbeitgeber ein Recht auf Organisation, und er macht, um einem Übermaß der Forderungen zu begegnen, einen immer umfassenderen Gebrauch davon. Zusammenballung hier, Zusammenballung dort, Macht gegen Macht. Wer nicht vergewaltigt werden will, muß sich zur Wehre setzen. Im Krieg gilt das Gesetz des Krieges.

Doch der Kriegszustand soll nicht zur Regel werden. Es muß zum Friedensschlusse kommen. Tarifgemeinschaften sind abzuschließen, die den Arbeitgeber vor Streik und Schmutzkonkurrenz schützen, dem Arbeitnehmer eine untere Lohngrenze für vorherbestimmte Fristen sichern. Diese ihre Vorteile machen es wahrscheinlich, daß die Tarifgemeinschaft der Arbeitsvertrag der Zukunft werden wird.

Das Koalitionsrecht wird auf solche Weise zur Vorfrage aller Sozialpolitik. Man gewähre deshalb, was man auf die Dauer nicht versagen kann. Man verwechsle nicht Arbeiter und Sozialdemokraten. Andere Staaten mit stärkerer Demokratisierung erkennen die Organisationen willig an, behandeln deren Kongresse mit höflicher Aufmerksamkeit, berufen Arbeitervertreter in die Regierung und stehen sich gut dabei. Man gerate nicht gleich wegen unerfreulicher Erscheinungen des Korpsgeistes in Erregung. Keine Vereinigung von Men-

Digitized by Google

schen, die sich behaupten will, kann auf gewisse Zwangsmittel verzichten. Eine unzulässige Überspannung rächt sich schon jetzt. Ein wahrer Wald strafgesetzlicher Lanzenspitzen starrt dem entgegen, der den Rechtskreis seines Nachbarn durchbrechen will. Bedrohung, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Zusammenrottung — so viel Exzesse, so viel Paragraphen. Ein Bedürfnis nach einer Verschärfung des Strafgesetzes ist danach nicht anzuerkennen.

Der Gesetzgeber soll strengste Gerechtigkeit nach beiden Seiten walten lassen. Entschuldigt man hier, so entschuldige man auch dort. Jeder mag die Mittel wählen, die seinem Zweck entsprechen, und jeder der Strafe verfallen, wenn er dabei zu weit geht. Für das Gemeinwesen gibt es nur eine Richtschnur, das Gemeinwohl.

Das ist die Auffassung des Liberalismus, und darin unterscheidet er sich von der Sozialdemokratie. Er geht von dem Gesamtinteresse, sie vom Klassenstandpunkt des Arbeiters aus. Er will das Lebenslos der Millionen bessern, um Deutschland zum ersten Industriestaat der Welt zu machen; sie will der Klasse dienen, von der sie gewählt wird. Der Liberalismus weist es von sich, die Filiale irgend einer Interessengruppe zu sein. Die Sozialdemokratie dagegen gibt sich bewußt und ausdrücklich als Standesvertretung. Kaum je hat sie ein Wort der Mäßigung, der Versöhnlichkeit, kaum je zeigt sie eine Spur von Verständnis für die Gegenseite. Sie bezichtigt das Unternehmertum tagtäglich brutalster Instinkte und treibt dadurch die Arbeiter zum Kampf. Alles Recht pflegt nach ihrer Darstellung auf seiten der Arbeiter, alles Unrecht auf seiten der Arbeitgeber zu liegen. Ja, sie hat bereits begonnen, ihre Stellung in der Gemeindeverwaltung parteiisch auszunutzen, indem sie die Unterstützung Ausgesperrter durch die Gemeinden beantragte. So wird das oberste, für den Staat wie für die Gemeinden geltende Verwaltungsprinzip, die Neutralität gegenüber wirtschaftlichen Kämpfen, verletzt. Eine solche Einseitigkeit und Maßlosigkeit kann der Sache derer, die man

Digitized by Google

schützen will, nur schaden. Man verscherzt sich die öffentliche Sympathie und verschlechtert die Chancen des Erfolgs.

Zum Glück gibt es eine von der Sozialdemokratie unabhängige, in sozialer und in nationaler Hinsicht besser geartete Arbeiterbewegung. Sie zu fördern, ist die Aufgabe aller Arbeiter- und Vaterlandsfreunde.

Digitized by Google

Krieg und Frieden.

Das Völkerrecht hat eine glänzende Geschichte hinter sich und eine große Zukunft vor sich. Insbesondere seit dem Wiener Kongreß hielt es einen wahren Siegeszug. Immer zahlreicher wurden die Gebiete, die es erfaßte, immer mannigfaltiger die Regeln, die es mit Rechtskraft für die Staaten aufstellte.

Die Gründe für diese beispiellose Entwicklung sind vorwiegend wirtschaftlicher Art. Das Recht entsteht als Ordnung des menschlichen Gemeinwesens, als Sicherung der Lebensbedingungen eines Volkes durch den gemeinschaftlichen Willen auf Grund der Überzeugung, daß die betreffenden Vorschriften zum Wohl des Ganzen unentbehrlich sind. Je größer der Kreis der zu schützenden Interessen, desto größer der Bereich des Rechts. So schuf die Stadtwirtschaft des Mittelalters ein städtisches, die Nationalwirtschaft der späteren Zeit ein staatliches und die heutige Weltwirtschaft ein internationales Recht. Wohl fehlen dem Völkerrecht ein Tribunal und äußere Zwangsmittel. Doch das Bewußtsein, daß die Zugehörigkeit zur großen Völkerfamilie im eigensten Interesse jedes Staates liegt, bildet einen inneren Zwang, der den geschlossenen Verträgen die Beachtung sichert.

Schon besteht im Haag ein Schiedsgerichtshof, ein Sekretariat für die laufenden Geschäfte unter Leitung und Aufsicht des Verwaltungsrates, der aus den im Haag akkreditierten Gesandten der Vertragsmächte gebildet wird. Besondere Schiedsgerichtsverträge sind geschlossen, denen zufolge Streitigkeiten, die keine Ehren- oder Lebensfragen berühren, dem Schiedsgerichtshof überwiesen werden sollen.

Digitized by Google

Tatsächlich sind denn auch vorher und nachher eine Menge von Streitigkeiten geschlichtet worden, ohne daß das Schwert aus der Scheide fuhr. Die großen Kriege werden seltener.

Daß sie aber ganz aufhören, ist in absehbarer Zeit nicht anzunehmen. Der Schiedsrichter hat das geltende Recht zum Ausgangspunkt zu nehmen und streitende Staaten als gleichwertige Rechtssubjekte zu betrachten. Das aber will man nicht immer; das alte Recht soll bisweilen nicht respektiert, sondern reformiert werden. Es sollen morsche Throne stürzen und frische sich erheben, Fürstengeschlechter, so sehr sie sich von Gottes Gnaden fühlen, abgesetzt, Staaten zertrümmert werden. Wer den status quo unbefriedigend findet, vermeidet oder mißachtet einen Schiedsspruch; er handelt als Politiker, nicht als Jurist. Wie sie ist, war die Landkarte nicht immer und wird sie nicht immer bleiben.

Die Gründe, aus denen Veränderungen der jeweiligen Lage erwünscht erscheinen können, sind zahlreich. Das persönliche Moment, Mehrung der Hausmacht, Ehrgeiz oder Rachedurst des Herrschers tritt nicht mehr wie früher in den Vordergrund. Ganz ausgeschaltet ist die Kabinettspolitik freilich auch noch heute nicht; napoleonische Naturen hätten vielleicht in der Ära des lenkbaren Luftschiffes noch einmal Gelegenheit, die Welt zu unterjochen. Aber zwingender sind doch die sachlichen Motive. Sie liegen nicht etwa, wie die Sozialdemokratie behauptet, im System des Kapitalismus. Als die stärkste Triebkraft im Räderwerk der Weltgeschichte erscheint vielmehr die unter jedem Wirtschaftssystem auftretende Not, für die jährlich erstehenden Millionen neuer Erdbewohner Beschäftigung und Nahrung zu schaffen. Hier liegt ein Anlaß für Völkerwanderungen und Eroberungen seit Jahrtausenden, und hier wird auch in kommenden Jahrtausenden der Grund zu Verschiebungen liegen. In gewissem Sinne ist die Geschichte eine fortgesetzte Aufteilung der Erde. Verlebte Kräfte sinken, frische steigen auf. Dazu kommt, daß zerrissene Nationalitäten zur Vereinigung streben, abhängige Staaten zur Selbständigkeit. Diese aus dem tiefsten

Digitized by Google

Innern der Nationen aufquellenden Strömungen fluten über Rechtsschranken hinweg und erreichen ihr Ziel, wenn sie nur Kraft genug in sich haben.

Macht ging noch stets vor Recht. Der Stärkere beugte den Schwächeren. Oder hätte sich etwa der Tatendrang Napoleons I. durch Paragraphen dämpfen lassen? Er wollte sich und sein Haus zu Ruhm und Ehren bringen, und sollte darum die Welt aus den Fugen gehen. Nur die österreichisch-preußisch-russischen Gegenstöße, die zuletzt zur Völkerschlacht von Leipzig führten, waren imstande, ihn nieder zu werfen. Und als er von Elba aus, wo er die ihm zugesicherten zwei Millionen Franken Einkünfte in Ruhe hätte verzehren können, von neuem sich erhob, in Frankreich landete und nach Paris eilte, da ward wiederum ein blutiges Ringen nötig. Der Tag von Belle-Alliance mußte kommen, um den Empörer nach Helena zu verweisen. Wie mit Naturgewalt brach der griechisch-türkische Krieg herein, der Griechenland die Freiheit gab. Ebenso der Kampf Italiens gegen Österreich und die ungarische Erhebung. Sollte Viktor Emanuel Italien unter seinem Szepter vereinigen, so war dies nur durch Kriege und Siege möglich. Auch der Kirchenstaat wäre nicht gutmütig genug gewesen, um freiwillig italienischen Truppen den Eintritt zu erlauben. Preußens Auseinandersetzung mit Österreich ließ sich endgültig gleichfalls nur durch Blut und Eisen erzielen. Kriegsglück und Kriegsrecht verschafften der aufstrebenden preußischen Macht die erforderliche Abrundung durch Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen und Nassau. Erst die Siege von Gravelotte und Sedan mußten erfochten werden, um den zu stürzen, der zwar die Lust, aber nicht die Kraft besaß, Europa zu regieren. Und nun die allerneueste, allerwichtigste Erscheinung der Völkergeschichte, im Vergleich zu der manches andere nur eine Kräuselung an der Oberfläche ist, der Machtzuwachs der gelben Rasse, die jetzt der weißen immer selbstbewußter gegenübertritt, kein Rechtssatz hält ihn auf. Für Entscheidungen in Völkerprozessen

Digitized by Google

reicht auch das neue „internationale Amtsgericht“ nicht aus; die Kanonen mit ihrem ehernen Munde haben hier das letzte Wort.

Mutwillig wird allerdings Niemand mehr die Kriegsfackel entzünden. Der Einsatz in diesem Spiele wäre zu groß. Die Völkerkriege der Zukunft sind Wagestücke, bei denen sehr viel verloren gehen kann. Milliarden von Werten sind der Vernichtungsgefahr ausgesetzt, bei den ersten Schlägen zucken die Börsen zusammen, stürzen die Häuserpreise, werden Hypotheken gekündigt, Fabrikunternehmungen erschüttert, Reedereien schwer betroffen, kurz, wirtschaftliche Interessen aller Art bedroht. In der Epoche der Weltwirtschaft lassen sich die Wirkungen eines Krieges nicht mehr auf einen engen Herd beschränken; sie greifen nach allen Seiten über wie Feuerfunken. Trotz der Schwere der Verantwortung unternimmt man aber das Wagnis, sobald starke Gründe der angedeuteten Art dafür sprechen.

Bleibt so mit der Möglichkeit von Kriegen zu rechnen, dann muß jede Nation, die sich behaupten will, eine diesem Zweck entsprechende Rüstung tragen. Sogar Sozialisten geben dies zu, allerdings englische. Einer derselben äußerte sich zum internationalen Stuttgarter Kongreß des Jahres 1907 in den „Sozialistischen Monatsheften“ dahin: „Die Militärpolitik muß jedoch von der militärischen Stellung eines Volkes abhängig gemacht werden. Wir sind nicht die Schweiz und nicht Deutschland. Die militärische Organisation Großbritanniens muß auf den Voraussetzungen basiert werden, daß die Flotte unser Hauptverteidigungsmittel ist, und daß unsere Kriege vorwiegend auf fremdem Boden ausgefochten werden würden. Heere und Verteidigungskräfte müssen im Hinblick auf die Arbeit geschaffen werden, die sie zu verrichten haben, und da diese Arbeit von der geographischen Lage und den taktischen Möglichkeiten des nationalen Gebietes bestimmt wird, muß jede nationale sozialistische Partei ihre eigene Militärpolitik herausfinden.“ Die deutsche Sozialdemokratie denkt anders. Sie empfiehlt zwar nicht wie fran-

Digitized by Google

zösische Genossen Desertion und Rebellion, aber sie redet die Sprache von Fieberkranken, wenn eine neue Wehrvorlage erscheint, nennt diese eine maßlose Provokation, geeignet, das Land in unabsehbare Verwicklung zu stürzen, einen Raubzug, den eine Handvoll Panzerplattenfabrikanten unternimmt, einen Faustschlag für das Proletariat. Die deutsche Sozialdemokratie weiß nicht oder will nicht wissen, daß nur der Starke widerstands- und bündnisfähig ist. Für eine allgemeine Abrüstung hat man die Formel noch nicht gefunden. Einem einzelnen Staate zuzumuten, daß er die Waffen niederlege, würde von einer geradezu kindlichen Weltfremdheit zeugen. „Bei dem ersten Kanonenschuß ist die Rolle aller dieser Schwätzer zu Ende," — schrieb einst Moltke. Und er hatte recht.

Am wenigsten kann der Liberalismus seinem Vaterland die Machtmittel versagen, die nötig sind, um dessen schwer errungene Stellung aufrechtzuerhalten. Er hat mitgewirkt, diese Stellung zu schaffen. Mit ganzer Seele war er dabei, als es galt, die deutsche Einheit zu begründen. Aus seiner Mitte erscholl der Sehnsuchtsruf: „Wann doch, wann erscheint der Meister, der, o Deutschland, dich erbaut?" Die Freiesten jauchzten hoffnungsvoll mit Freiligrath: „Welche Wunderblume wird einst vor allen dieses Deutschland sein!" Als dann, dank der Geschicklichkeit des leitenden Diplomaten, dank der Umsicht der Truppenführer, dank der Tapferkeit der Soldaten und dank dem Schlachtenglück, das nach Ansicht der größten Schlachtendenker der eigentliche Schlachtenlenker ist, in Versailles die Kaiserproklamation stattfinden konnte, da frohlockte das deutsche Bürgertum. Ein Werdedrang, eine Schaffenslust regte sich, als wäre der Frühling ins Land gekommen. Diese großen Stunden der Wiedererrichtung des Deutschen Reiches vergißt der Liberalismus nicht. Das Werk, das er vollenden half, will er behüten, die dazu nötigen Opfer wird er bringen. In den Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Volkes bewilligt er das als notwendig Nachgewiesene, wie es die nationalen

Digitized by Google

Parteien in den andern Ländern, in einzelnen sogar die Arbeitervertretungen tun.

Gern wird anerkannt, daß unser Heer eines der besten der Welt ist, daß unser Offizierkorps angestrengter als früher arbeitet und den Fortschritten moderner Technik nach jeder Richtung folgt. Tadeln wir, so tadeln wir Verwaltungsfehler im Einzelnen, nicht die Einrichtung als Ganzes.

Gegenstand der Kritik bleiben vor allem die Mißhandlungen, die oft jedes menschliche Gefühl empören. Ganz wird man dieses Übel bei einem Zusammenleben so vieler und verschieden gearteter Elemente und bei der Eigenart der menschlichen Natur nicht entwurzeln; aber die Bekämpfung könnte und sollte eine energischere sein. Man ändere das Beschwerderecht, man scheue die Öffentlichkeit nicht. Dem Schimmelpilz ist nichts so gefährlich wie frische Luft, den Mißbräuchen nichts so abträglich wie die Öffentlichkeit. Also Schleier hinweg, das ist die Losung, wenn die Gesundheit und das Leben der Söhne unseres Volkes besser geschützt, die grauenerregenden Gewalttätigkeiten, die Exzesse des Jähzorns gegen wehrlose Opfer eingeschränkt werden sollen. Die Heeresverwaltung, die so viel vom Volke fordert, soll ihm auch etwas bieten. Disziplin muß sein, das verlangt der Kriegszweck; aber es sind Bürger unseres Staates, die durch die Kaserne gehen, und als solche wollen sie geachtet und behandelt sein.

Digitized by Google

Die Parteien.

Das Parteiwesen Deutschlands befindet sich in einem beklagenswerten Zustand. Als Verbände von Personen gleicher oder ähnlicher Gesinnung, die ihre Ansichten und Absichten im Staate durchsetzen wollen, sind Parteien unentbehrlich. Erst so entstehen aus dem Gewirr handlungsfähige Gruppen, erwachsen aus dem Flugsand, mit dem der Wind spielt, festere Gebilde. Dadurch allein ist der Staatsmann in der Lage, die vorhandenen Volkskräfte und Volksströmungen zu erkennen und in seine Rechnung einzustellen. Aber die deutschen Parteien sind zu zahlreich. Elf Fraktionen weist das Handbuch des Reichstags auf, wobei die Elsässer, Welfen und Dänen noch nicht einmal mitgezählt sind. Das ist ein Elend für die Parteien und für das Parlament. Je mehr Parteien ein Parlament umfaßt, desto sicherer kann man auf seine Ohnmacht rechnen. Staaten mit wirklich konstitutionellem oder parlamentarischem Regiment, wie England und die nordamerikanische Union, haben oder hatten doch bis vor kurzem das Zweiparteiensystem. Dort sind es nur sehr selten politische Theorien oder religiös-metaphysische Fragen, welche die Unterscheidungsmerkmale bilden, sondern konkrete Probleme, bei deren Lösung die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit den Ausschlag gibt. Ihnen gegenüber bilden sich die Parteien des Für und Wider, und diese fühlen sich als Rechtsanwälte, welche die Sache ihrer Klienten vor den Wählern wie vor Geschworenen vertreten. In Deutschland dagegen werden, wenn eine neue Partei begründet oder eine alte umgestaltet werden soll, zunächst einmal lange, alle denkbaren Fragen erörternde Programme aufgestellt. Statt sich dem Leben zu widmen, formuliert man Glaubenssätze und schlägt sie an

Digitized by Google

die Parteitür. Da aber jeder gegen einzelne dieser Dogmen Bedenken zu haben pflegt, so fühlt er sich nicht ganz zugehörig und sucht sich eine passendere Behausung. Am liebsten bildete er eine Partei, die genau auf sein eigenes Wesen abgestimmt ist und deshalb seinen eigenen Namen führen müßte. Dieser Zug zur Sonderbündelei ist vielleicht in keinem Staat so wie in Deutschland ausgebildet, und eben darum fehlt bei uns ein wahrhaft konstitutionelles Leben. Gegenüber solcher Zersplitterung ist die Regierung von vornherein die Herrin der Lage; die Krone meistert die Parteien.

Erklärlich wird die Vielheit der Parteien, abgesehen von historischen Gründen, durch die Vielheit der Interessen. Die meisten Parteien sind Abbilder bestimmter Schichten, deren Wunsch und Willen sie zum Ausdruck bringen. Wohl kommen große Zeiten, in denen der Idealismus überwiegt; religiöse, nationale Bewegungen reißen die Gemüter mit sich. Nach der Anspannung der Nerven aber tritt die Ermattung, nach dem Hochgefühl die Alltagsstimmung ein, und dann ist es wieder der eigene und der Standesvorteil, der die Köpfe lenkt. Man will ein Maximum von Vorteil mit einem Minimum an Opfern erzielen, ein Mehr von Wohlstand selbst auf anderer Kosten. Die Weisen aller Zeiten predigen den Gemeinsinn, Kant stellt jenes Sittengesetz auf, das ihm so hehr erschien wie der gestirnte Himmel. Doch der Durchschnittsmensch denkt an sich selbst zuerst.

Klassenegoismus ist es, der die Parteien formt und trägt. In den Programmen steht davon freilich nichts zu lesen. Die fein gefeilten feierlichen Kundgebungen pflegen von allem anderen mehr zu reden als von dem, was die Partei im Innersten zusammenhält. Ginge es nach Worten, so wäre alles wohlbestellt. Die Taten aber lassen sofort ein besonderes Interesse als Ausgangs- und Zielpunkt erkennen. Aus dem Kampf der Ideen ist ein Kampf der Klassen geworden. Fänden die Parteien ihren Machiavell, wie ihn die Fürsten gefunden haben, er hätte ein recht großes Arbeitsfeld.

Digitized by Google

Die Konservativen.

So vertreten die Konservativen hauptsächlich den großen Grundbesitz. Der konservative Normalwähler ist der Gutsbesitzer. Er verteidigt seine wirtschaftliche Stellung und seinen politischen Einfluß, wenn es sein kann, im Bunde mit der Regierung, schlimmstenfalls aber auch gegen diese. Hat er eine Schäferei, so wünscht er einen Wollzoll, als Brenner hält er an der Liebesgabe fest, als Waldbesitzer am Holzzoll. Als Guts- oder Amtsvorsteher sichert er sich eine Aufsichts- und Strafgewalt.

Es könnte auffällig erscheinen, daß sich diese Partei noch immer in einer verhältnismäßig stattlichen Zahl hat behaupten können. Landwirtschaftliche Betriebe von 100 und mehr Hektar gibt es im Deutschen Reiche nur etwa 25 000, während die Zahl der deutsch-konservativen Reichstagsmandate 61, die der freikonservativen 24 beträgt. Das Rätsel löst sich aber leicht, wenn man die Wahlkreiseinteilung beachtet, welche dieser Partei ein ihr nicht zukommendes Übergewicht gewährt, und wenn man ferner bedenkt, daß die alten Abhängigkeitsverhältnisse auf dem platten Lande unter neuen Formen fortbestehen. Vorteile, die der Großgrundbesitzer gewähren und vorenthalten kann, Gunst oder Mißgunst aller derer, die Gewalt über ihn haben, spielen für das Denken, Fühlen und Wollen des schlichten Landmannes eine weit größere Rolle als Handelsverträge und Matrikularbeiträge. Ferner aber hat es die konservative Partei verstanden, auch den landwirtschaftlichen Mittel- und Kleinbetrieb für sich zu interessieren, indem sie nicht nur hohe Korn-, sondern auch hohe Viehzölle verlangte. Ob und inwieweit dem wahren Interesse der kleineren

Digitized by Google

Landwirte damit gedient ist, wird selten genauer untersucht. Die Zölle versprechen für den Augenblick bar Geld, und bar Geld lacht.

Selbstverständlich gibt es in jeder Partei auch edlere Naturen, denen der Autoritätsgedanke höher als der Standesvorteil steht. Zu ihnen gehörte außer anderen Moltke, aber er fügte sich nicht mehr leicht in den neuen Rahmen ein. Sein Biograph Jähns erzählt, man habe Moltke als Führer gewollt, „als feinstes Deckblatt für die Vierradener Einlagen; doch es ließ sich nicht gut rollen." Naturen wie er würden heute, nachdem der Bund der Landwirte die konservative Partei noch mehr in eine Interessenvertretung umgewandelt hat, sich noch weniger als damals unter den Rufern nach hohen Preisen heimisch fühlen. Vor pflaumenweichen Kandidaten wird gewarnt, rückgratfeste stellt man auf, die erforderlichenfalls einen Druck von oben aushalten und Minister als ihre Geschäftsführer, nicht aber als ihre Herren betrachten. Sind doch einzelne Agrarier sogar schon in Fragen der Landesverteidigung gelegentlich wankend geworden, während die altkonservativen Traditionen darauf hinweisen, der Krone gerade hier zu zeigen, daß der sicherste Verlaß doch nur auf die konservative Partei sei. Der Überlieferung widersprach es auch, daß einer der Führer des Bundes der Landwirte, Freiherr von Wangenheim, sich unterfing, von einer zu Ende der 80er Jahre eingetretenen Vergeudung des Vertrauens zum Hohenzollernhause zu sprechen. Das ist der Wandel der Zeit, dem alles unterliegt, auch die Partei, die das, was vorhanden ist oder am Vorhandenen gut ist, konservieren will.

Digitized by Google

Die nationalliberale Partei.

Heinrich von Treitschke konnte sich in einer seiner Entwicklungsperioden kein idealeres Parteigebilde vorstellen als dasjenige, welches zugleich auf nationaler und auf liberaler Basis beruhe. Diese Stimmung war in den 70er Jahren weit verbreitet, und deshalb stieg die nationalliberale Partei zu stolzer Höhe empor. Heute ist sie um ein Drittel kleiner als zu ihrer Glanzzeit.

Diesen Niedergang wollen manche dadurch erklären, daß die Partei zu kompromißsüchtig gewesen sei, daß sie als der politische locus minoris resistentiae an Reputation eingebüßt habe. Man spöttelte, der von Laplace gedachte Geist, der alle die Welt bewegenden Kräfte kenne, der in seinen Gleichungen den Tag lese, da das griechische Kreuz von der Sophienmoschee blitzen, die letzte Kohle verbrennen werde, der wisse nicht, wie Nationalliberale in dritter Lesung stimmen würden. Geht man indes den Dingen auf den Grund, so wird man auf ernstere und allgemeinere Momente stoßen, welche die Umgestaltung herbeigeführt haben.

Gewiß, die nationalliberale Partei nahm bisweilen eine Verantwortung auf sich, die nur schwer zu tragen war. Sie hat im Jahre 1887 für die Branntweinsteuer, 1896 für das Börsengesetz, im Dezember 1902 für den Vergewaltigungsantrag Kardorff gestimmt. Neun von ihren Mitgliedern stimmten gegen die Brüsseler Zuckerkonvention, vier sogar für den Antrag Kanitz. Der Unterschied gegen die Zeit der Lasker und der Twesten konnte nicht deutlicher hervortreten. Aber das Entscheidende ist dies: Früher waren die Nationalliberalen eine vorwiegend städtische Partei, von den

Digitized by Google

Zierden deutscher Bildung geführt. Heute liefern zum großen Teil halbländliche Bezirke die Mandate. Diesem ihren Daseinsgrunde tragen die Gewählten Rechnung.

Merkwürdig, jetzt sind es die Jüngsten, die an die Ideale der Alten anknüpfen. Die Jungliberalen sprechen die Sprache der aus der nationalliberalen Partei ausgetretenen Freisinnigen Vereinigung. Ob sie, wenn ihre Zeit gekommen ist, nicht auch durch die Erdenschwere herabgezogen werden, wer will es voraussagen!

Digitized by Google

Das Zentrum.

Der Kitt, der das Zentrum zusammenhält, ist die Konfession. Auch hier kommen wirtschaftliche Motive insofern in Betracht, als es zumeist Mittelschichten und kleine Leute sind, aus denen die katholische Bevölkerung besteht. Ihnen will das Zentrum helfen, indem es Mittelstandspolitik, Bauern- und Sozialpolitik treibt. Das Band aber, das selbst gelegentlich widerstrebende Interessen zusammenhält, ist das katholische Bewußtsein. Demgemäß gestaltet sich seine Organisation: die Kirchengemeinde bildet den Rumpf, der Geistliche das Haupt. Jedes Pfarrhaus ist ein Agitationszentrum. Macht es der mild gewordene alte Pfarrer nicht, dann macht es der Kaplan. Außerdem bestehen eine Reihe besonderer Organisationen, an deren Spitze der Volksverein für das katholische Deutschland. So ist ein großer Apparat geschaffen, und er funktioniert gut.

Dies zeigen die Jahr für Jahr abgehaltenen Katholikentage. Da strömen sie in Scharen herbei und zollen mit kräftigen Händen Beifall, wenn vor ihnen von dunklen Mächten und drohenden Gefahren, von einer Fehde zwischen Glauben und Unglauben, von einer Vergewaltigung der Kirche gedonnert wird. Die Trommeln erklingen, die Fahnen wehen, die Trompeten blasen wie zur Schlacht. So wurden noch immer Katholikentage gemacht. Es war ein Kölner Wortführer, der für den erzielten Erfolg die richtige Erklärung gab: „Die Menge bleibt das große Kind, das sich führen und leiten läßt, und auf das die Phrase eine verführerische Macht ausübt.“ Die Kölner Katholikenversammlung, die auch diesem Ausspruch zujubelte, merkte es nicht, wie sehr sie sich selbst damit ironisierte.

Digitized by Google

So verschieden die Interessen und Gesinnungen des bayrischen Adels und des rheinischen Kleinbauerntums, des schlesischen Kohlenmagnaten und seines Arbeiters sind, das Zentrum bleibt einig; denn es weiß, daß aus Einigkeit die Kraft erwächst, und daß es nur dann hoffen darf, eine einflußreiche Stellung zu behaupten oder wiederzugewinnen, wenn es seine Getreuen geschlossen ins Feld führt.

Was man vom Mauerfraß am Turm des Zentrums spricht, will zunächst nicht viel bedeuten. Noch sitzen die Fundamente sehr fest im Boden. Man sehe in katholischen Gegenden nur die Züge der Gläubigen, die zu irgendeinem Bilde wallfahrten und laut auf der Landstraße im Sprechgesang beten. Das sind nicht nur alte Frauen mit verschrumpften Gesichtern, nein, auch stämmige junge Leute, kernige Männer sind unter ihnen. Sie alle haben etwas auf dem Herzen, das sie vor dem Schutzpatron der Gegend oder vor Maria ausschütten möchten. Der denkt an die nächste Ernte, jener an ein krankes Stück Vieh, hier sehnt sich eine Mutter nach dem fernen Sohn, dort bangt sich ein Mädchen um den Bräutigam. „So hat's bei jedem was, bei jedem hat's was," wie Rosegger sagt. Die Heiligen sollen helfen, und zahlreiche in den Kapellen angebrachte Schilder enthalten die frohe Botschaft: „Maria hat geholfen!" Das alles ändert sich nicht in Jahren und nicht in Jahrzehnten.

Der wissenschaftlich Gebildete weiß, daß die Geschichte zwar viel von der Verfolgung freier Geister, vom alten und vom neuen Syllabus erzählt, daß sie aber auch davon Kunde gibt, wie Darwins Bildnis in der Westminsterabtei aufgestellt, Renans Gebeine in das Pantheon getragen und Giordano Brunos Denkmal da aufgerichtet wurde, wo einst sein Scheiterhaufen brannte. Die schlichte Einfalt in entlegenen Dörfern hält dagegen an dem Herkommen fest; sie geht mit dem Pfarrer, der ihr mehr ist als bloß Beichtvater, der ihr in allen Lebenslagen ratend und helfend zur Seite steht.

Digitized by Google

An einer Stelle freilich berührt das Zentrum schon jetzt der Finger der Sorge, und zwar an der wundesten: die Sozialdemokratie tritt mit ihm in Wettbewerb. Mit dem Kaplan ringt der rote Agitator um die Seele des Arbeiters. Die Zukunft wird zeigen, ob das Klassenbewußtsein nicht doch noch stärker als der Kirchenglaube ist.

Digitized by Google

Die Sozialdemokratie.

Die im sozialdemokratischen Parteiprogramm aufgestellten Theorien halten den Tatsachen nicht stand. Es ist objektiv unrichtig, daß „die Mittelschichten versinken, daß das Elend, der Druck, die Knechtung, die Erniedrigung zunimmt". Richtig ist das Gegenteil. Die Massen steigen, wenn auch langsam, auf; ihre Lebenshaltung bessert sich. Statt des ehernen Gesetzes der Verkümmerung herrscht das goldene des Fortschritts. Nicht an einem Abgrund stehen wir, der alles zu verschlingen droht, sondern auf dem Hange eines Berges, an dem wir, mühsam und langsam zwar, und nicht ohne Rückfälle und Unterbrechungen, aber zuletzt doch erfolgreich aufwärtsklimmen.

Die „Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion" würde keine befriedigende Einkommensverteilung herbeiführen. Das liegt an der Tücke der Arithmetik. Der Dividendus wäre nicht groß genug, um bei den vielen Divisoren einen hohen Quotienten zu ergeben. Das Einkommen, das die freie Wirtschaftsordnung gewährt, würde zusammenschrumpfen, wenn, wie dies glaubensstarke Kommunisten wünschen, die Zwangswirtschaft ihren Einzug hielte. Die Auslese des Tüchtigsten hörte auf. Ohne Eigentum und Erbrecht kein intensiver Fortschritt der Kultur.

Völlig falsch ist auch die Haltung, die die Sozialdemokratie dem Unternehmer gegenüber einnimmt. Elemente der Produktion sind und bleiben Natur, Kapital und

Digitized by Google

Arbeit. Neuere Nationalökonomen fügen nicht mit Unrecht noch ein viertes Element hinzu, das man je nachdem die Allgemeinheit, den Staat, die Gesellschaft oder die bisherigen Kulturerrungenschaften nennen kann. Der Staat übt durch seine Rechtsordnung Einfluß auf das Wirtschaftswesen aus, ebenso der ganze Stand der Dinge, wie er durch die geschichtliche Entwicklung des Volkes geschaffen wurde. Alle diese Produktionselemente lenkt der menschliche Geist. Erkennend, wollend und handelnd benutzt er sie, um etwas hervorzubringen. Der Träger dieses Geistes ist der Unternehmer. Er hat das Verfügungsrecht, er bestimmt den Produktionszweck auf eigene Rechnung und Gefahr. Ihm verdanken wir, wie auch Prof. Brentano neuerdings hervorheben zu sollen glaubte, alle die Großtaten, durch welche das Wirtschaftsleben des 19. Jahrhunderts sich von demjenigen früherer Zeiten auszeichnet, vor allem den Fortschritt von der veralteten kleingewerblichen Betriebsform zum Industriebetrieb. Ihm verdanken wir den Fortschritt vom extensiven zum intensiven Betrieb der Landwirtschaft, vermöge dessen heute zwei und mehr Ähren da wachsen, wo früher eine wuchs. Ihm verdanken wir die Überziehung des Erdballs mit Verkehrswegen, wodurch die entlegensten Erdteile zu Vorgärten Europas geworden sind und unsere Bevölkerung die Möglichkeit hätte, sich reich und billig zu ernähren, wenn die derzeit bei uns herrschende Richtung es ihr erlauben wollte. Der Unternehmer hat das Bibelwort erfüllt: Gehet hin und machet euch die Erde untertan! Diese seine Stellung und Bedeutung hat die Sozialdemokratie noch immer nicht erkannt. Sie behandelt ihn noch milde, wenn sie ihn nur einen Ausbeuter schilt. In der Regel kehrt sie gegen ihn alles, was die menschliche Seele an Haß, Neid und Verachtung nur irgendwie hergibt.

Ein solcher Mangel an Objektivität ist keineswegs mit jeder Arbeiterbewegung untrennbar verbunden. In Amerika haßt der Arbeiter die Arbeitgeber nicht, erblickt vielmehr in deren Erfolgen das Mittel, seinerseits zu besseren Löhnen

Digitized by Google

zu gelangen. Auch in England ist der Zusammenhang zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum noch keineswegs gelöst, wenn auch schon etwas gelockert. Bei uns scheint dagegen die Sozialdemokratie nichts Dringlicheres zu tun zu haben, als die Gemüter zu erhitzen, Mißtrauen zu säen, eine Entfremdung herbeizuführen, die ein Zusammenwirken selbst auf neutralem Gebiet unmöglich macht.

Die Sozialdemokratie betrachtet sich als Interessenvertretung der Arbeiterschaft und glaubt dadurch parteipolitisch am meisten zu gewinnen, da die Arbeiterschaft die zahlreichste Schicht der Bevölkerung ist. Der nun verstorbene Ignaz Auer sah, als er in jungen Jahren nach Hamburg kam, sofort die Hauptstärke der Partei in der Zusammenfassung des Proletariats: „Was war dort [in Hamburg] bei den Wahlen", so führte er auf dem Dresdner Parteitage aus, „das wirksamste Mittel, um Stimmen für uns zu gewinnen? Es war die Frage: Nu segg mal, büscht du nich ook 'n Arbeeter? Ja! Denn möstt ook een Arbeeterkandidaten wählen! Über die Begriffe ehernes Lohngesetz, Mehrwerttheorie usw., die ja ihre große Bedeutung haben, ist viel schwerer zu reden: die einfache Rede vom Arbeiterkandidaten geht dem Arbeiter viel mehr zu Herzen." So verfährt die Partei fast überall, dieser Aufstachelung des Klassengeistes verdankt sie ihre Stimmen.

Revolutionär ist die Sozialdemokratie nicht mehr. Die blutroten Phantasiegebilde sind verblaßt. Gewisse marxistische Grundlehren werden von den Wissenden zu den Antiquitäten geworfen und nur von Heißspornen noch zu Agitationszwecken hervorgeholt. Alle Genossen sind sich über die Widerstandsfähigkeit der heutigen Gesellschaft und insbesondere darüber klar geworden, daß Gewehre und Kanonen wehe tun, und daß schon Feuerspritzen unangenehme Empfindungen auf der Haut hervorrufen können. Auch ein Leben hinter schwedischen Gardinen erscheint nicht so begehrenswert wie die Stellung als Gewerkschaftssekretär, Konsumvereinsbeamter oder als Zeitungsredakteur. Aber anti-

Digitized by Google

militaristisch ist die Partei noch immer; jede Heeres- und Flottenforderung, jede bessere Ausrüstung der Truppen lehnt sie ab, mag dieselbe innerhalb oder außerhalb des Etats gefordert werden. Antimonarchisch ist sie, was nicht nur Bebel, sondern auch Eduard Bernstein zugab, der sich noch 1906 ausdrücklich im Reichstag als Gegner der monarchischen Staatsreform bekannte und diese überlebt nannte. Eine Klassenpartei will sie sein und schärft als solche bewußt die sozialen Gegensätze. Parlamentarisch erweist sie sich als unfruchtbar. Am liebsten weicht sie der Verantwortung aus und mißachtet den parlamentarischen Imperativ, der da lautet: Stimme so, daß dein Standpunkt auch dann noch haltbar bleibt, wenn ihn die Mehrheit teilt.

In neuerer Zeit hat sie den Intransigenten-Standpunkt bisweilen verlassen und auch Teilerfolge gutgeheißen. Das hängt hauptsächlich mit dem Wachstum der Gewerkschaften zusammen. Ob bei der engeren Verbindung, die sich jetzt vollzieht, der Einfluß der Gewerkschaften auf die Partei oder derjenige der Partei auf die Gewerkschaften größer sein wird, kann niemand mit Bestimmtheit voraussagen. Die Gesamtpolitik Deutschlands spricht hier das letzte Wort, und ihre künftige Entwicklung ist unbekannt.

Digitized by Google

Der Freisinn.

Mit dieser Charakteristik des Sozialismus sind die nicht zu verwischenden Scheidelinien gegenüber dem Freisinn gezogen. Der Freisinn ist monarchisch; er achtet das Recht der Krone, wie er das der Volksvertretung geachtet wissen will, und wünscht ein vertrauensvolles Zusammenwirken zwischen beiden. Er ist national und gewährt deshalb die Mittel für Heer und Flotte, soweit diese zur Aufrechterhaltung des Friedens, der Sicherheit des Reiches und seiner Angehörigen notwendig sind. Er ist in dem Sinne individualistisch, daß er dem Kollektivismus die persönliche Freiheit entgegengesetzt und diese nur soweit einschränken läßt, wie es die Rücksicht auf die Freiheit des anderen gebietet. Der theoretisch reingehaltene Freisinn vertritt den Staatsgedanken auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, indem er nie den Klassenvorteil, sondern stets die ausgleichende Gerechtigkeit zum Maßstab macht.

Bei dieser Wesensungleichheit erscheint ein Bündnis zwischen Freisinn und Sozialdemokratie, wie es nicht von der Sozialdemokratie, wohl aber von einer kleinen Gruppe innerhalb des Freisinns in der Zeit von 1903—1907 eifrig und übereifrig befürwortet wurde, nicht angängig. Die Kluft ist zu tief, als daß sie sich leichter Hand überbrücken ließe. Wohl hat es innerhalb und außerhalb des Parlaments Situationen gegeben, in denen beide Parteien auf der gleichen Seite fochten, und auch in Zukunft wird sich dies nicht selten wiederholen. Rückwärts gerichtete Gesetzentwürfe zwingen die ganze Linke in die Opposition, und bei Stichwahlen kann je nach der Persönlichkeit des Dritten und nach der politischen

Digitized by Google

Lage ein gemäßigter Sozialdemokrat als das kleinere Übel erscheinen. Falsch aber und zu bekämpfen war an jener Bündnis- oder Kooperationsidee die Generalisierung. So feine Fragen der Methode wollen von Fall zu Fall behandelt sein. Die Politik der freiesten Hand ist hier das Richtigste. Wie leicht sich die politische Lage ändern kann, haben die Wahlen von 1907 bewiesen, nach deren Ausfall selbst frühere Anhänger eines Freundschaftsverhältnisses mit der Sozialdemokratie auf weitere Verfolgung dieses Gedankens einstweilen verzichteten.

Einer derartigen Intimität widerstrebt überdies die ganze Struktur der freisinnigen Partei. Der Freisinn will die in seinem Sinne Vernünftigen aller Stände umfassen. In der Hauptsache aber stützt er sich doch auf den ländlichen Mittel- und Kleinbesitz, auf die städtischen Gewerbetreibenden, auf die Industrie, die den Schutz des Außenhandels wünscht, auf Handel und Schiffahrt und auf liberale Berufe, wie diejenigen der Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte. Von den Arbeitern blieben ihm solche treu, die das einseitige Vorgehen der Sozialdemokratie für schädlich halten. Dies alles sind bedeutsame Volkselemente. Doch die stärksten sind es nicht. Fast alle haben Rücksichten zu nehmen auf sich, auf ihre Familie, auf ihr Geschäft. Setzt der Staat die ganzen Machtmittel, über die er verfügt, gegen sie ein, so halten sie nicht stand. Ebensowenig ertragen sie es, wenn fanatische Privatpersonen ihre soziale Überlegenheit gegen sie mißbrauchen. Mit derartigen Gefahren hatten unsere Freunde im Lande schon zu rechnen, wenn sie nur als liberale Männer hervortraten. Würde ihnen nun gar noch der Stempel der Bundesgenossenschaft mit den Radikalsten auf die Stirn gedrückt, die rote Feder an den Hut gesteckt, dann nähmen die persönlichen Zurücksetzungen und geschäftlichen Schädigungen kein Ende mehr, und es würde in der Provinz bald an Führern fehlen. Der Literat der Großstadt hat es leicht, verwegene Ratschläge zu erteilen. Der Mann der Provinz kann deren Befolgung unter Umständen mit seiner ganzen bürgerlichen

Digitized by Google

Existenz bezahlen. Soweit aber sind die Mucius Scävola-Stimmungen nicht verbreitet, daß man darauf eine Partei begründen könnte. Überdies gehört die Tat des Mucius bekanntlich nicht einmal der Geschichte, sondern der Sage an.

Wie falsch es ist, dem Sozialdemokraten in jedem Fall den Sieg zu gönnen oder zu verschaffen, zeigt die gegenwärtige politische Situation unwiderleglich. Durch ihre Übertreibungen hat es die Sozialdemokratie dahin gebracht, daß sie die freiheitliche Entwicklung heute mehr hindert als fördert. Alle die Rückfälle in eine reaktionäre Politik sind nur durch das Streben hervorgerufen, der Sozialdemokratie Herr zu werden. Die Widerstände gegen einen Ausbau des Koalitionsrechts rühren aus der Erwägung her, daß eine freiere Gestaltung den Sozialdemokraten zugute käme. Das Wahlrecht wäre, wie schon an anderer Stelle bemerkt wurde, durch ein weiteres Wachstum der Sozialdemokratie unmittelbar bedroht gewesen. Ein solches Hindernis des Fortschritts zu vergrößern, ist nicht wohlgetan.

Möglicherweise ändern sich die Verhältnisse einmal. Dann werden sich auch die Entschlüsse ändern. Für die Gegenwartspolitik aber bleiben die Gegenwartsverhältnisse maßgebend. Heute ist heut.

Es gibt ein Ziel, das näher liegt, dessen Erreichung sehr erleichtert worden wäre, wenn man die auf das Bündnis mit der Sozialdemokratie verschwendete Zeit und Kraft ihm zugewendet hätte. Das ist die Einigung der Liberalen. Jetzt endlich gilt sie und sie allein als die Hauptaufgabe der nächsten Zukunft.

Und sie geht ihrer Lösung entgegen. Man rückt einander näher, wird duldsam in Unterfragen, scheidet alles Kleinliche und Gehässige aus und sucht, soweit irgend möglich, ein geschlossenes Auftreten im Parlament zu erzielen. Der Knorr lernt den Knubben ertragen, der Grobschmied gewöhnt sich an den Goldschmied in dem Gefühl, daß dessen feinere Arbeit gleichfalls nützlich ist. Der Individualität bleibt Spielraum genug; die Partei als Ganzes aber überzeugt sich, daß

Digitized by Google

sie nicht den Wallungen eines einzelnen folgen kann, am wenigsten, wenn diese Wallungen selbst einem raschen Wechsel unterworfen sind, daß sie vielmehr der Stetigkeit bedarf, um das Vertrauen der Wählerschaft zu festigen.

Im Lande war man längst des Streites unter den Fraktionen müde. Die Wählerschaft kümmern die taktischen Finessen nicht, um welche die Parlamentsweisen sich streiten; sie kennt die großen Grundgedanken; sie fragt danach, ob der Mann, den sie ins Parlament berufen soll, aufrichtig liberal ist. Ist er das, so genügt es ihr. Im Lande hätte man deshalb einen noch engeren Zusammenschluß gewünscht. Aber auch das jetzt Erreichte, die Fraktionsgemeinschaft unter Aufrechterhaltung der Parteiorganisationen, ist im Vergleich zu dem früheren Zustand ein immerhin erfreulicher Erfolg. Bei gutem Willen wird man weiter kommen. Wer jetzt noch den Prozeß des Zusammenwachsens stören wollte, würde sich der Gefahr der Isolierung aussetzen.

Der Freisinn hat Unglück gehabt. Nie gelangte er zu eigentlicher Herrschaft. Immer mußte er im Schatten kämpfen. Seine Führer, die Lasker, Forckenbeck, Stauffenberg, Rickert, starben, ohne sich als Regierende betätigen und bewähren zu können. An den Aufgaben konnte nicht die Kraft, an Erfolgen nicht die Freude wachsen. Es starb der Fürst, der ihnen etwas näher rücken wollte. Feinere Naturen, sonst geistesfrisch und willensstark, aber doch zu ernst veranlagt, um sich mit Redenhalten zu begnügen, traten zur Seite. Eigenes Verschulden kam hinzu: als Folge der ausschließlichen Beschäftigung mit der Politik eine Entfremdung gegenüber dem wirklichen, wogenden Leben, größere Begabung für Kritik als für positive Arbeit auf der einen, dogmatische Spitzfindigkeit auf der anderen Seite, übermäßiges Persönlichkeitsgefühl auf allen Seiten — Allzumenschliches und Allzudeutsches. Dies des näheren zu schildern, ist jetzt nicht an der Zeit. Noch fehlt die Ruhe der Betrachtung, die nur die Begriffe von Ursache und Wirkung, nicht die von Gut und Böse zuläßt. Das Schlimmste aber war, daß der Liberalismus Massen von Arbeitern verlor,

Digitized by Google

die sich zu einer eigenen Partei organisierten. Was bis dahin ihm gehörte, fiel der Sozialdemokratie zu, sein Rückgang war ihr Wachstum. Er wurde kleiner trotz aller großen Worte in Generalversammlungen.

Gleichwohl behielten noch immer Hunderttausende Wandermut und Zuversicht. Und sie hatten recht. Was heißt denn zuletzt Liberalismus anderes als das Streben der Menschheit nach größerer Gerechtigkeit, nach Loslösung von Privilegien und Bevormundung, nach freier Entfaltung der Kräfte auf allen Gebieten? Diese Bewegung ging durch die Jahrhunderte, noch ehe sie ihren heutigen Parteinamen erhielt. Der Gedanke der Gleichberechtigung ohne Unterschied des Standes und des Glaubens, der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, einer Wirtschaftspolitik, die den wirtschaftlichen Tatsachen gehorcht und nicht befiehlt, einer Sozialpolitik, die die Millionen emporhebt zum Mitgenuß der Kulturgüter, der geistigen Freiheit, die die Fesseln sprengt, — er kann nicht sterben. Bald hat er mehr, bald weniger wahrnehmbar gewirkt, aber gewirkt hat er immer. Eines Jahres Spanne ist nicht weit genug, um die Änderung erkennen zu lassen. Schon ein Jahrzehnt und vollends ein Jahrhundert aber zeigt, wie sich die Welt doch fortbewegt. Zuletzt trägt uns alle der große Strom der Dinge, und dieser Strom treibt vorwärts. Nichts geht verloren. Was heute eintritt, ist gestern und ehegestern vorbereitet, und der Keim, der sich morgen in den Boden senkt, treibt in weiterer Zukunft Knospe und Frucht. Dieses Gesetz der Kontinuität wirkt in der Geschichte so sicher wie das Gesetz der Schwere in der Körperwelt. Nicht schnell und nicht in gerader Linie vollzieht sich die Entwicklung. Nie wird der Zustand der Vollkommenheit, nie volles Glück erreicht. Immer ist's ein Drang nach Vervollkommnung, eine Sehnsucht nach Glück. Doch wer die Mächte kennt, die zum Lichte ringen, die alles Faulen und Vermorschen hindern, wer insonderheit die noch unerschöpfte Lebenskraft des deutschen Wesens spürt, der glaubt nicht an Verfall, der glaubt an Aufstieg. Noch im Anfang des 19. Jahrhunderts gibt es kein Deutschland, sondern

Digitized by Google

nur deutsche Fürsten, besorgt um kleine dynastische Interessen, eifersüchtig untereinander, unfähig, sich dem nationalen Gedanken unterzuordnen. Und es gibt Untertanen, die sich lässig in dem engen Lebenskreis bewegen. Was ist aus diesem zerstückelten, erniedrigten Land geworden? Eine imposante Großmacht, ein Pflanzgarten der Wissenschaft und Kunst, eine Werkstatt der Welt. Mehrt sich Deutschlands Volkszahl so wie jetzt weiter, setzt sich die geistige und wirtschaftliche Entwicklung fort, dann kommt die Zeit, wo der liberale Staatsgedanke an der Gestaltung der nationalen Geschicke entscheidender als jetzt beteiligt sein wird. Zum Verzagen ist für den kein Grund vorhanden, der die Dinge von der Höhe aus betrachtet. Wir haben das einige große Vaterland, und wir haben die Macht, es nach unserm Willen zu gestalten; denn wir haben das allgemeine Wahlrecht. Am Volke ist es, dieses Recht nach dem Gebot der allgemeinen Wohlfahrt zu gebrauchen.

Ob in der Blockpolitik ein nationaler Fortschritt liegt? Wir warten es ab. Vielleicht schreiten wir wirklich eine Strecke vorwärts, vielleicht stellt sich die Staatsgewalt nicht mehr ganz so wie bisher in den Dienst der hemmenden Kräfte. Einen Versuch ist diese Aussicht wert.

Die Möglichkeit des Gelingens wird um so größer sein, je lebhafter das Bürgertum die liberalen Bestrebungen unterstützt. In der veränderten Lage liegt ein vergrößerter Reiz zur allgemeinen Anteilnahme an der Politik.

Freilich, die Politik ist, wie der Krieg, ein rauhes Handwerk. Vornehmere Naturen kostet es Überwindung, auf den offnenen Markt zu treten, sich Angriffen gröbster Art auszusetzen, alle die Krämpfe des Ehrgeizes, der die Berufskrankheit der Künstler und der Politiker ist, aus der Nähe zu betrachten, mit der Selbstsucht von Interessenten zu paktieren. Doch wie will das öffentliche Leben gesunden, wenn die Ärzte fehlen? Wie soll das deutsche Volk ein politisches Volk werden, das es immer noch nicht ist, wenn seine Besten ihre staatsbürgerliche Pflicht mißachten?

Digitized by Google

England wird von den gebildeten Klassen regiert; sollte in Deutschland nicht ein gleiches möglich sein? Man vergesse die Worte nicht, die der spätere Minister Friedenthal bei der Beratung der Reichsverfassung sprach: „Mit der Bewilligung des Wahlrechts übernimmt man die Verpflichtung, die Massen zu führen. Nur wenn der feste Vorsatz besteht, täglich diese Arbeit zu leisten, dann können wir diese Bewilligung vor uns verantworten.“ Die Gebildeten vor die Front, das ist der Mahnruf, der heute lauter und eindringlicher denn je erschallt.

Was der letzten Wahlbewegung die Schwungkraft gab, war die Erwartung, daß Neues und Besseres sich vorbereite. Dauert diese Stimmung an und paart sie sich mit Tatkraft, tritt zur Kraft der Massen die Besonnenheit der Leiter, dann drängt das Bürgertum die feindlichen Mächte zurück und erobert sich ein Stück des streitigen Terrains, dann zwingt es der Regierung Reformen im Sinne der Freiheit und des Gemeinwohls ab.

Digitized by Google

Fürst Bülow.

Der andere Faktor in der Rechnung ist Fürst Bülow. Wir verkennen die Schwierigkeiten seiner Lage nicht. Er hat nicht nur mit dem Reichstag, sondern auch mit dem preußischen Abgeordnetenhaus zu rechnen. Gegen die Konservativen kann er zurzeit in Preußen nicht regieren, ganz abgesehen davon, daß er es nicht will. Er weiß, daß noch jeder Minister zu Fall kam, den die Konservativen nachdrücklich bekämpften. Den Parteibau von Grund aus umzuformen, wäre ein gewaltsames, dem Griff in einen Lostopf vergleichbares Wagnis und darum seinem Wesen nicht gemäß. Er ist keine Kampfnatur voll Herbigkeit und Härte. Ihm gilt die Abstoßung der Extreme, die Innehaltung der mittleren Linie als die Weisheit des praktischen Staatsmanns. Allen, die er braucht, etwas zu bieten und keinem soviel, daß der andere darüber grollt, das ist seine Realpolitik. Der alten Mehrheitskombination gegenüber hat er sie durchgeführt. Die in sich noch weniger übereinstimmenden Gruppen der neuen Mehrheit zu befriedigen, ist schon minder leicht. Überdies fehlt ihm, was Bismarck zustatten kam, der Glanz geschichtlicher Erfolge.

Aber das Ziel ist gesteckt und damit der Weg gewiesen. Jetzt muß Fürst Bülow zeigen, ob er eine Mehrheit zusammenzuhalten weiß, ob er der kluge Rechner und der Künstler in der Politik ist, der vor dem Forum der Geschichte besteht. Die Wartezeit klingt ab. Entschlüsse sind zu fassen und fest und folgerichtig durchzuführen.

Digitized by Google

Von diesen Entschlüssen, von den vorzulegenden Gesetzentwürfen hängt das Verhalten des Liberalismus ab. Erfüllen sich seine Erwartungen nicht, so wird er die Konsequenzen ziehen. Dem guten Willen die offene Hand, der Fortsetzung einer Politik des Klasseninteresses und der geistigen Bedrückung entschlossene Abwehr! In allen Dingen entscheidet das Ende.

Digitized by Google

Inhalt.

	Seite
Der Frontwechsel	3
Gewissensfreiheit	10
Kunst	15
Schule	16
Krone und Volksvertretung	23
Die Reichsverfassung	28
Die Verwaltung	31
Wahlrecht	32
Vereinsrecht	38
Wirtschaftspolitik	41
Landwirtschaft	47
Gewerbewesen	53
Handel	57
Kartellwesen	64
Börse	66
Finanzwesen	68
Sozialpolitik	74
Krieg und Frieden	83
Die Parteien	89
Die Konservativen	91
Die nationalliberale Partei	93
Das Zentrum	95
Die Sozialdemokratie	98
Der Freisinn	102
Fürst Bülow	109

Digitized by Google

Druck von F. E. Haag in Melle i. H.

Digitized by Google

Verlag von Rosenbaum & Hart, Berlin SW. 48.

In unserem Verlage ist erschienen:

Badische Landtagsgeschichte

von

Professor Leonhard Müller-Karlsruhe.

Band I: Der Anfang des landständischen Lebens im Jahre 1819.
Band II: 1820—1825.
Band III: 1825—1833.
Band IV: 1833—1840.

Jeder Band 11—16 Bogen Lexikon-Oktav in vornehmster Ausstattung mit Bildern von **Karl von Rotteck — Ludwig von Liebenstein — Adam Itzstein — Dr. J. G. Duttlinger — Karl Josef Anton Mittermaier — L. T. Welcker — Johann Baptist Bekk — Franz Joseph Buß — Adolf Sander — Gottlieb Bernhard Fecht,** nach Originalen, Sitzungsplan, Namensverzeichnis der Deputierten, der Abgeordneten usw. und der politischen Literatur Badens von 1840—1870.

Preis pro Band geh. M. 4.50. Elegant geb. M. 6.—.

Jeder Band ist in sich abgeschlossen.

Vom selben Verfasser erschien:

Das politische Erziehungsproblem der badischen Gegenwart,

25 Briefe, der badischen Jugend gewidmet

von

Professor Leonhard Müller-Karlsruhe.

Gr. 8°, ca. 5 Bogen, mit 2farbigem Umschlag. Preis M. 1.—,

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Digitized by Google

Richard Burdinski, Dr., Der Kampf um die Weltanschauung in Berlin. Ausführlicher Bericht über die Vorträge des Jesuitenpater Wasmann und den Diskussionsabend, mit kritischen Bemerkungen. 41 Seiten, gr. 8°. M. —.60.

E. Wilhelm, Sind Frauen Staatsbürgerinnen? 102 Seiten gr. 8°. M. 1.50.

Karl Weinstein, Von Südafrika und seinen Goldfeldern. 77 Seiten gr. 8°. M. 1.—.

Joachim Graf Pfeil, Vorschläge zur praktischen Kolonisation in Ost-Afrika. 79 Seiten gr. 8°. M. 1.20.

Hedwig Wagner, Tasso daheim und in Deutschland. Einwirkungen Italiens auf die deutsche Literatur. — 404 Seiten Lex. 8°, geh. M. 8.—, in engl. Kaliko geb. M. 9.50.

Schmidt-Weißenfels, Krupp und sein Werk. Mit dem Bildnis von Alfred Krupp. 5. Aufl. 107 Seiten 8°. M. 1.—.

Stanislaw Przybyszewski, De Profundis. 95 Seiten und Vorwort „Pro domo mea", kl. 8°. auf Büttenpapier. M. 6.—.

— —, **In diesem Erdental der Tränen.** 70 Seiten kl. 8° auf Büttenpapier. M. 6.—.

Olga Arendt-Morgenstern, Für gesellige Kreise. Eine Sammlung ernster und heiterer Deklamationsstücke und einem Anhange von Gelegenheitsgedichten. 2. Aufl. 409 Seiten + XVIII 8°, geh. M. 3.—, eleg. geb. M. 4.—.

Sigmar Mehring, Ein Herbst auf Festung. Erinnerungen. 127 Seiten 8°. M. 2.—.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Digitized by Google

3 2044 010 407 252

A

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.

CANCELLED

FEB 16 1992 JL1

Digitized by Google

Digitized by Google